

Außerordentlicher Parteitag

18. Januar 2025 in Berlin

Antragsheft

Die Linke

Inhaltsverzeichnis

Einladung der Bundesgeschäftsführung	Seite 5
Einladung der Antragskommission zu den Vorberatungen	Seite 6
Allgemeines	Seite 7
Einberufungsbeschluss	Seite 9
Organisatorische Hinweise	Seite 10
Anträge	Seite 15
<i>Anträge zu den Regularien des Parteitags</i>	Seite 17
Tagesordnung	Seite 17
Zeitplan	Seite 17
<i>Anträge von grundsätzlicher Bedeutung (§ 17 (5) Satzung)</i> ...	Seite 18
Leitantrag „Bundestagswahlprogramm 2025“	Seite 18

Impressum/ Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 10. Dezember 2024

Liebe Genoss*innen,

hiermit lade ich euch herzlich zur außerordentlichen 2. Tagung des 9. Parteitag-
es ein, die am 18. Januar 2025 in Berlin in der STATION stattfinden wird.

Nach dem Bruch der Ampelkoalition und der Entscheidung über die vorgezoge-
nen Neuwahlen stellt sich Die Linke für einen erfolgreichen Bundestagswahl-
kampf auf. Dazu zählt auch die Beschlussfassung über das Bundestagswahl-
programm, die entsprechend unserer Bundessatzung dem Parteitag vorbehalten
ist. Daher hat der Parteivorstand diesen außerordentlichen Parteitag mit
verkürzten Fristen einberufen, der sich ausschließlich der Beschlussfassung
über das Wahlprogramm widmet.

Antragsschluss für die Einreichung von Änderungsanträgen an den Wahlpro-
grammentwurf ist der 2. Januar 2025. Für die weitere Beratung zu den einge-
reichten Änderungsanträgen lädt die Antragskommission zu Vorberatungen in
der Woche vor dem Parteitag ein.

Am Freitag, 17. Januar, finden das Frauenplenum und das Migrantische Plenum
digital und ebenfalls zum Wahlprogramm statt. Zur Teilnahme lade ich herzlich
ein.

Selbstverständlich freuen wir uns zum Parteitag wieder über alle Besucher*in-
nen sowie über das Interesse der Vertreter*innen der Medien, von denen wir
uns eine faire Berichterstattung wünschen.

Ich wünsche euch einen guten Rutsch in das neue Jahr, zum Parteitag eine gute
Anreise und uns allen einen erfolgreichen Parteitag!

Mit solidarischen Grüßen



Janis Ehling
Bundesgeschäftsführer

Liebe Genoss*innen,

in der Woche vor dem Bundesparteitag (vom 13. bis 16. Januar 2025) wird es zum Bundestagswahlprogramm wieder **digitale Vorberatungen** geben, zu denen wir Euch herzlich einladen.

Ziel der Vorberatungen ist, zwischen der Antragstellerin des Bundestagswahlprogramm-Entwurfs, dem Parteivorstand und den Änderungsantragsteller*innen mögliche Kompromisse zu diskutieren und zu entscheiden.

Dafür werden vom Parteivorstand Mitglieder teilnehmen, die mit dem Diskussionsstand des Parteivorstandes zu den Änderungsanträgen (der Parteivorstand berät auf seiner Sitzung am 11./12. Januar 2025 dazu) vertraut sind und ein Verhandlungs-/Entscheidungsmandat haben. Auch die Antragstellenden der Änderungsanträge bringen im besten Fall ein solches Mandat (die Berechtigung, Kompromissentscheidungen im Sinne der Antragsteller*innen zu treffen) in die Vorberatungen mit.

Die Vorberatungen sind parteiöffentlich, **die genauen Termine und Themen** werden, gemeinsam mit den Zugangsdaten, **ab 10. Januar 2025** auf der Parteitagsseite unter www.die-linke.de/parteitag und in OpenSlides veröffentlicht.

Wir freuen uns auf spannende Debatten.

Sabine Berninger & Marc Mulia
Sprecher*innen der Antragskommission

Allgemeine Informationen

Einberufung eines außerordentlichen Parteitags zur Beschlussfassung des Bundestagswahlprogramms 2025

Beschluss des Parteivorstandes vom 8. Dezember 2024

Der Parteivorstand beruft nach §17(3) der Bundessatzung einen außerordentlichen Bundesparteitag zum 18. Januar 2025, 11 bis 17 Uhr, ein. Einziger Zweck des Parteitags ist die Beschlussfassung über das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025. Tagungsort ist Station Berlin, Luckenwalder Str. 4–6, 10963 Berlin.

Der Parteivorstand schlägt die folgende **Tagesordnung** vor:

1. Eröffnung (Tagesordnung und Zeitplan),
2. Einbringung des Entwurfes für ein Wahlprogramm durch die Parteivorsitzenden,
3. Aussprache,
4. Beschlussfassung über das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025,
5. Rede der Spitzenkandidat/innen zum Wahlprogramm,
6. Schlusswort.

Der Parteivorstand beschließt folgenden **Zeitplan** (siehe Antrag R.2) und nach §17/5 Satz 4 Bundessatzung folgende **Fristen**:

- 11.12.24 Veröffentlichung Leitantrag (Entwurf Wahlprogramm)
- 2.1.25 Änderungsantragsschluss laut Geschäftsordnung des laufenden Bundesparteitages

Organisation des Parteitages

Das **Organisationsbüro** des Parteitages ist wie folgt zu erreichen:

Die Linke Bundesgeschäftsstelle
Ulrike Liersch
Telefon: 030 24009-537
E-Mail: ulrike.liersch@die-linke.de

Am **Samstag, 18. Januar 2025**, 9.30 Uhr:

Station Berlin
Halle 7
Luckenwalder Straße 4-6, 10963 Berlin
<https://www.station-berlin.de>

Anmeldung

Die Anmeldung und Akkreditierung zum Sonderparteitag der Partei Die Linke erfolgen in der Halle 7 der Station Berlin.

Die Anmeldung ist am Samstag, **18. Januar 2025, ab 9.30 Uhr** geöffnet.

An der Anmeldung werden die Stimmkarten für Delegierte, Sichtausweise, eventuelle Leihgeräte sowie gegebenenfalls weitere Unterlagen ausgegeben.

Bitte seht davon ab, vor 9.30 Uhr anzureisen.

Anreise

Gelände- und Anfahrtsplan folgt ab Seite 14.

Es wird die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln empfohlen, da nur in begrenztem Umfang Stellplätze zur Verfügung stehen.

Anreise per Auto

Von Stadtautobahn A100 Richtung Dresden, bis Ausfahrt B96 - Tempelhofer Damm. Links auf Tempelhofer Damm. Geradeaus bis Mehringdamm. Links abbiegen auf Hallesches Ufer/B96. Links abbiegen auf Schöneberger Brücke, links abbiegen auf Tempelhofer Ufer/B96 und dann rechts in die Luckenwalder Str. einfahren. Die STATION Berlin befindet sich auf der linken Seite.

Parkhaus Gleisdreieck

Einfahrt in das Parkhaus Gleisdreieck:

Schöneberger Ufer

Öffnungszeiten: Ein- und Ausfahrt Mo–So 24 Stunden möglich

Tarife für Kurzparkende:

je angefangene Stunde: 2,00 Euro

Tagesmaximum: 20,00 Euro

Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln

U-Bahn: Linie U1/U2/U3 bis U-Bahnhof Gleisdreieck, Linie U1/U2/U7 bis U-Bahnhof Möckernbrücke und dann ca. 6 Min. Fußweg.

S-Bahn: Linie S1/ S2/ S25/ S26 bis S-Bahnhof Anhalter Bahnhof und dann ca. 8 Min. Fußweg.

Busverbindung: Buslinie 248 bis Möckernstraße. In Fußnähe (ca. 8 Min.) befindet sich sonst noch der S-Bahnhof Anhalter Bahnhof. Dort hält der Bus M41.

Anträge

Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages einzureichen.

Antragsschluss für Änderungsanträge zum Wahlprogrammmentwurf ist am **Donnerstag, 2. Januar 2025, 24 Uhr.**

Die Einreichung der Änderungsanträge erfolgt digital über die Webseite des Parteitages in OpenSlides (<https://linke.openslides.com>).

Antragsteller*innen ohne Zugangsdaten sind gebeten, rechtzeitig vor Antragsschluss einen Zugang zu beantragen. Schreibt dazu bitte eine Mail an:

antragskommission@die-linke.de

und gebt euren Namen, eure Telefonnummer sowie eure Gliederung, in der ihr organisiert seid, an.

Kontakt zur Antragskommission:

Die Linke Bundesgeschäftsstelle
Antragskommission des Parteitages
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030 24009-440
Telefax: 030 24 009-310
antragskommission@die-linke.de

Die Antragskommission arbeitet vor Ort in der Halle 2.

Ausschlussklausel

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen. Fallen euch solche Personen auf, dann sagt am Infopunkt oder im Organisationsbüro Bescheid. Unsere Security kümmert sich dann darum.

Barrierefreiheit

Die Barrierefreiheit ist im gesamten Tagungsobjekt gewährleistet. Es werden Gebärdensprachdolmetscher*innen eingesetzt. In der Halle 2 der Station Berlin gibt es einen ausgeschilderten Nachteilsausgleichsraum. Besondere Anforderungen von Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Assistent*innen sind bitte dem Organisationsbüro im Vorfeld mitzuteilen.

Genoss*innen, die auf Grund einer Beeinträchtigung einen blauen Parkausweis haben und somit einen Behindertenparkplatz benötigen, können vor dem Eingang der Station parken. Dort stehen barrierefreie und in unmittelbarer Nähe zum Eingang liegende Parkplätze zur Verfügung. Der Ausweis muss gut sichtbar hinter der Scheibe ausgelegt sein.

Besucher*innen

Für Besucher*innen stehen im Plenarsaal (Halle 7), vom Delegiertenbereich abgetrennte, Sitzplätze zur Verfügung. **Bitte meldet euch über das Formular auf www.die-linke.de/parteitag an.** Dieses wird ab dem 20. Dezember 2024 freigeschaltet sein.

Flugblätter, Informationen, Zeitungen, Flyer, Handzettel

Eine Materialverteilung im Plenarsaal ist nicht gestattet und vom Großteil der Delegierten auch nicht gewünscht. Einzelfälle und Ausnahmen entscheidet das Organisationsbüro.

Fundsachen

Fundsachen bitten wir am Infopunkt in der Halle 7 der Station Berlin abzugeben. Dort kann auch nach verlorengegangenen Gegenständen gefragt werden.

Garderobe

Die Garderobe befindet sich in der Halle 7 der Station Berlin.

Gastronomie

Die Versorgung erfolgt ganztägig in der Halle 7 der Station Berlin auf Selbstzahlendenbasis. Die Preise für Speisen und Getränke sind, wie in vielen Messehallen, relativ hoch, daher wird es ein von der Partei bezuschusstes Gericht geben, das daher günstiger angeboten werden kann.

Nach der Hausordnung der Station Berlin ist das Mitbringen von Speisen und Getränken leider nicht gestattet (es wird jedoch keine Kontrollen danach geben).

Hotels und sonstige Unterbringung

Mit Fragen zur Unterbringung wenden sich Delegierte aus den Landesverbänden bitte an ihre jeweiligen Landesgeschäftsstellen der Partei Die Linke.

Die Übernachtung der Delegierten aus den Zusammenschlüssen sowie für Teilnehmer*innen und Delegierte mit beratender Stimme wird durch die Bundesgeschäftsstelle organisiert.

Im Organisationsbüro sind dafür zuständig:

Janina Kaulfuß (Tel. 030 24009-397) und Christina Beck (Tel.: 030 24009-583),
E-Mail: quartier.parteitag@die-linke.de

Kinderbetreuung

Während des gesamten Parteitages gibt es eine professionelle Kinderbetreuung. Die Betreuung findet für Kinder ab einem Jahr statt.

Eine Betreuung von Kindern mit Krankheitssymptomen jeglicher Art ist leider nicht möglich.

Wir bitten darum, die Kinder – mit Geburtsdatum, Wohnadresse, Telefonnummer (Mobil) der Eltern und dem gewünschtem Betreuungszeitraum – **bis zum 10. Januar 2025** beim Organisationsbüro anzumelden. Spätere Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn ein besonderer Grund vorliegt.

Im Organisationsbüro ist dafür zuständig:

Ulrike Liersch (Tel.: 030 24009-537),
E-Mail: ulrike.liersch@die-linke.de

Kopieraufträge

Kopieraufträge können am Infopunkt in der Halle 7 angemeldet werden.

Müll

Parteitage produzieren jedes Jahr sehr viel Müll. Versucht Müll zu vermeiden und kümmert euch ansonsten um die Entsorgung. Bitte verlasst euren Bereich im Plenarsaal, wie ihr ihn vorgefunden habt. Die Beseitigung eures Mülls verursacht bei den Reinigungskräften Rückenschmerzen und bei uns teilweise Kopfschütteln. Bitte hinterlasst keine benutzten Taschentücher, leere Fischdosen oder alte Couches. Mülleimer stehen zur Benutzung bereit.

Parteitagseröffnung

Der Sonderparteitag der Partei Die Linke wird am **Samstag, 18. Januar 2025, 11 Uhr** im Plenarsaal (Halle 7, Station Berlin) eröffnet.

Rauchen

In allen Räumen der Station Berlin besteht Rauchverbot. Ein Bereich zum Rauchen befindet sich auf dem Vorplatz des Eingangsbereichs.

Tagungspräsidium

Das Tagungspräsidium ist über den Arbeitstisch neben der Bühne zu erreichen.

Tiere

Bitte lasst eure Hunde, Katzen, Chamäleons, Vogelspinnen und anderes Getier zu Hause. Das betrifft nicht Begleithunde von Menschen mit Beeinträchtigung.

Wasser

Auch dieses Jahr wird es wieder für alle Menschen auf dem Parteitag eine kostenlose Wasserversorgung geben.

Wortmeldungen

Für Wortmeldungen in der Debatte sind Wortmeldezettel, die es bei der Anmeldung und am Arbeitstisch neben der Bühne gibt, zu benutzen. Die Wortmeldezettel sind am Arbeitstisch abzugeben.



Anträge

Antrag R.1: Tagesordnung

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Der Parteivorstand schlägt die folgende Tagesordnung vor:**
- 2 TOP 1 Eröffnung (Tagesordnung und Zeitplan)
- 3 TOP 2 Einbringung des Entwurfes für ein Wahlprogramm durch die Parteivorsitzenden
- 4 TOP 3 Aussprache
- 5 TOP 4 Beschlussfassung über das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025
- 6 TOP 5 Rede der Spitzenkandidat*innen zum Wahlprogramm
- 7 TOP 6 Schlusswort

Antrag R.2: Zeitplan

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Zeitplan für den Außerordentlichen Bundesparteitag der Partei Die Linke am 18. Januar**
- 2 **2025 in Berlin**

- 3 **Freitag, 17. Januar 2025**
- 4 Gremien
- 5 Frauenplenum zum Wahlprogramm digital
- 6 Migrantisches Plenum zum Wahlprogramm digital

- 7 **Samstag, 18. Januar 2025**
- 8 11:00 Uhr Konstituierung / Zeitplan / Eröffnung
- 9 11:30 Uhr Einbringung des Leitantrags durch die Parteivorsitzende
- 10 11:45 Uhr Aussprache und Generaldebatte zum Wahlprogramm (auch Berichte aus Plena)
- 11 13:20 Uhr Rede Gregor Gysi zum Wahlprogramm
- 12 13:30 Uhr Pause
- 13 14:00 Uhr Beratung und Entscheidung über das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025
- 14 16:30 Uhr Rede der Spitzenkandidat/innen zum Wahlprogramm und Ausblick
- 15 17:00 Uhr Schlusswort

Antrag L.1: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.**

2 **Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander.**

3 **Präambel**

4 Liebe Wählerinnen und Wähler,

5 wir sind verschieden, aber die meisten von uns wollen das Gleiche: Eine Gesellschaft, in
6 der man sich gegenseitig zuhört und unterstützt, in der alle gesehen und gehört werden.
7 Ein planbares Leben mit einer sicheren Zukunft, die Platz lässt für eigene Ziele und
8 Entscheidungen. Eine Politik, die Verantwortung übernimmt, an der Seite der Menschen steht
9 und sich um ihre Probleme kümmert.

10 Wir als Linke kämpfen dafür, und wir sind überzeugt: Es ist möglich. Ein Leben, in dem
11 alle ein sicheres Einkommen haben, die Mieten bezahlbar sind und nicht jeder
12 Supermarkteinkauf zum Schock an der Kasse führt, ist möglich. Ein Leben, in dem Konflikte
13 friedlich gelöst werden und Klimapolitik nicht auf Kosten der Haushalte mit niedrigen bis
14 mittleren Einkommen geht, ist möglich. Ein Leben, in dem jeder Mensch die gleichen Rechte
15 hat, ist möglich.

16 Doch dafür muss sich vieles ändern. In den letzten Jahren sind die Reichen und Mächtigen
17 unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und
18 lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern: Um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit
19 noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und
20 Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne zu schlagen. Und damit wir das nicht
21 merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Die
22 Profiteure unserer ungerechten Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht
23 darüber, dass sie das Problem sind.

24 Aber wir müssen genau darüber sprechen. Für uns ist klar: Die Spaltung der Gesellschaft in
25 Arm und Reich ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Wer nur darauf hoffen kann,
26 dass die Waschmaschine, das Auto oder die eigene Gesundheit noch zwei Jahre durchhalten,
27 braucht jetzt Veränderung. Wer nicht weiß, wie er die nächste Mieterhöhung zahlen oder
28 sein Kind unterbringen soll, dem helfen große Versprechungen nicht weiter.

29 Wir wollen, dass niemand mehr Angst haben muss, bei der nächsten Mieterhöhung aus der
30 Wohnung zu fliegen. Deswegen wollen wir einen Mietendeckel durchsetzen. Dadurch können
31 alle Menschen entspannt weiter zu Hause wohnen. Wir wollen, dass niemand mehr am
32 Monatsende vor einem leeren Kühlschrank steht: Deshalb wollen wir die Mehrwertsteuer auf
33 Grundnahrungsmittel abschaffen und die Marktmacht von großen Supermarktketten brechen.
34 Heiz- und Strompreise müssen wieder bezahlbar werden. Damit niemand sich zwischen einer
35 warmen Mahlzeit oder einer warmen Wohnung entscheiden muss. Wir wollen mehr Geld für die,
36 die immer zu kurz kommen – allen voran Kinder und Familien. Deshalb kämpfen wir weiter für
37 eine echte Kindergrundsicherung. Dafür, dass Frauen endlich gleiches Geld für
38 gleichwertige Arbeit bekommen. Und dafür, dass sie über ihre eigenen Körper bestimmen
39 können und vor Gewalt geschützt werden.

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze
51 schützt und nicht Profite.

52 Wir stehen zum Recht auf Asyl - ohne Wenn und Aber. Wir wollen keine Festung Europa, die
53 Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in der Wüste verdursten lässt. Wir wollen legale
54 Fluchtwege und mehr Geld für die Kommunen. Alle Menschen müssen bei uns die gleichen
55 Rechte und Chancen haben, unabhängig von Pass und Herkunft. Und ja: Wir halten an der
56 Perspektive fest, dass Abrüstungsverträge, Kooperation, Diplomatie und friedliche
57 Konfliktlösung der richtige Weg sind, um Sicherheit zu schaffen und globale Probleme zu
58 lösen. Wir verteidigen die Demokratie und wollen mehr Mitbestimmung. Aber wir sagen auch:
59 Unsere Demokratie muss besser funktionieren, vor allem für die, die keine teuren
60 Lobbyorganisationen haben.

61 Deshalb brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die das, was wir gemeinsam erarbeiten, fair
62 verteilt. Politik, die einige Wenige immer reicher macht, zeugt – entgegen aller
63 Beteuerungen – nicht von Wirtschaftskompetenz, sondern ist schlicht Lobbyismus im Sinne
64 der Superreichen. Wir wollen hohe Einkommen stärker besteuern und niedrige entlasten. Und
65 große private Kapitalvermögen müssen endlich gerecht besteuert werden. Wir alle sind
66 „systemrelevant“, nur Milliardäre sind es nicht. Niemand von uns wird Milliardär – aber
67 wir alle sind irgendwann im Leben auf Unterstützung angewiesen.

68 Für uns als Linke ist klar: Wir stehen bedingungslos an der Seite der arbeitenden Menschen
69 und Familien. An der Seite der Menschen, bei denen das Geld kaum zum Leben reicht und
70 derer, die keine Lobby haben. Kurz: an der Seite der Mehrheit dieser Gesellschaft. An
71 ihren Prioritäten richten wir unsere Politik aus.

72 Noch ein Wort zu uns, Heidi und Jan: Wir haben die Spitzenkandidatur für Die Linke
73 übernommen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Partei braucht, die eine laute Stimme
74 für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde legt und die
75 Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass mehr möglich ist. Dass das noch nicht alles
76 gewesen sein kann – für Die Linke, für das Land, für Euch. Wir glauben, dass der
77 Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die Demokratie es wert ist, verteidigt
78 zu werden.

79 Alleine sind wir den Reichen und Mächtigen ausgeliefert, aber gemeinsam können wir uns
80 wehren. Deswegen müssen wir uns zusammenschließen und gemeinsam für unsere Anliegen
81 eintreten. Unsere Leitlinie heißt: **Wir gemeinsam gegen die da oben.**

82 Eure

83 *Heidi & Jan*

84 **I. Leben bezahlbar machen**

85 Drei Jahre Ampel-Ausfall haben Deutschland noch sozial ungerechter gemacht als zuvor. Das
86 Leben ist für die Mehrheit teurer geworden. Die Preisexplosion hat besonders Menschen mit
87 niedrigen und mittlerem Einkommen getroffen. Sie müssen einen großen Teil ihres Einkommens
88 für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Hier sind die Preise am meisten gestiegen:
89 Unter Olaf Scholz sind Lebensmittel über 30 Prozent teurer geworden, Haushaltsenergie um
90 etwa 50 Prozent. Die offiziellen Inflationszahlen verdecken, dass die Inflation für
91 diejenigen mit weniger Geld sehr viel höher liegt als für diejenigen mit viel Geld. Es ist
92 eine Inflation der Ungleichheit, die wir erleben.

93 Doch das lässt sich ändern: Preise sind nicht naturgegeben. Wir wollen Preise , da wo
94 nötig, regulieren und begrenzen, damit die Konzerne nicht beliebig ihre Profite erhöhen
95 können. Das gilt nicht nur für die Miete, sondern auch für Energie und Lebensmittel.
96 Niemand soll am Ende des Monats mehr Angst vor dem Einkauf haben. Willkürliche
97 Preiserhöhungen darf es bei unseren grundlegenden Bedürfnissen nicht mehr geben. Wir
98 schlagen eine Preis-Behörde und soziale Tarife für den Grundverbrauch bei Strom und Gas
99 vor, um uns künftig vor künstlicher Preistreiberei zu schützen. Auf Grundnahrungsmittel
100 soll die Mehrwertsteuer entfallen, was alle Menschen schnell und unkompliziert entlastet.

101 Die steigenden Lebenshaltungskosten sind kein unglücklicher Zufall: Lebensmittelkonzerne
102 und Energiekonzerne machen Rekordgewinne. Die Unternehmen nutzen die Inflation. Sie setzen
103 die Preise hoch – und steigern damit ihre Gewinne. Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und
104 Kaufland, hat sein privates Vermögen während der Regierungszeit der Ampel verdoppelt! Er
105 besitzt nach Schätzungen des Manager Magazins nun 43,7 Milliarden Euro.

106 **Wir senken die Lebensmittelpreise - sofort und wirkungsvoll**

107 Sparen beginnt für viele Menschen inzwischen beim Essen. Oft reicht es nicht mehr für das
108 Nötigste. Besonders betroffen sind Menschen mit niedrigem Einkommen und Familien mit
109 Kindern. Hunger und Armut sind in Deutschland wieder Alltag. Zwei Millionen Menschen
110 müssen zu den Tafeln gehen, um über die Runden zu kommen – ein Viertel davon sind Kinder.
111 Für uns ist das nicht hinnehmbar. Wir wollen schnelle und wirkungsvolle Maßnahmen
112 ergreifen, damit eine gesunde Ernährung wieder für alle erschwinglich wird.

113 • Mehrwertsteuer abschaffen für Grundnahrungsmittel, Bus und Bahn: Nicht nur Wohnen,
114 Lebensmittel und Energie sind viel zu teuer geworden. Auch Kosten für Alltägliches,
115 wie für den Regionalzug, für Kino und Sport sind stark gestiegen. Das belastet vor
116 allem Menschen mit niedrigen Einkommen und Familien. Wir wollen der Teuerung
117 entgegenwirken: Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn (Regional- und
118 Fernverkehr) wollen wir von der Mehrwertsteuer befreien. Wir stellen gesetzlich
119 sicher, dass die Mehrwertsteuersenkung sich in den Preisen niederschlägt – und nicht
120 die Profite der Unternehmen füttert. Das ist ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit,
121 macht das Leben sicherer und stärkt die Kaufkraft.

122 • Lebensmittelverschwendung soll verboten werden. Genießbare Lebensmittel sollen an
123 gemeinnützige Organisationen weitergegeben werden müssen. Lebensmittelabfälle sollen
124 bis 2030 halbiert werden. Dafür braucht es verbindliche Vorgabe für die
125 unterschiedlichen Branchen.

126 • Wir wollen Spekulation mit Lebensmitteln verbieten (siehe Kapitel 6).

127 • Der Lebensmittelmarkt braucht gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und
128 wirksames Kartellrecht. Das Bundeskartellamt beobachtet die Einkaufsmacht von

129 Lebensmittelkonzernen sowie die Marktmacht von großen Supermarktketten schon seit
130 langem mit zunehmender Sorge. Wir fordern ein entschlossenes Durchgreifen, um die
131 Macht von Konzernen zu brechen, zugunsten von Landwirt*innen und Verbraucher*innen
132 gleichermaßen. Keine Region darf von einzelnen Supermarktketten dominiert werden.
133 Monopole müssen zerschlagen werden und Preiswächter müssen durchgreifen können. Wo es
134 nötig ist, wollen wir mit Mindesterzeugerpreisen Landwirt*innen schützen.

135 **Wir senken die Energiepreise – gerecht und klimafreundlich**

136 Alle brauchen bezahlbare und stabile Energiepreise. Langfristig wird der Ausbau der
137 erneuerbaren Energien die Preise für Strom und Wärme senken. Aber so lange können Menschen
138 mit kleinem Einkommen, Familien und auch Kleingewerbetreibende nicht warten. Wir fordern
139 deshalb, kleine Energieverbraucher*innen kurzfristig zu entlasten:

- 140 • Sozial gestaffelte Energiepreise: Wir wollen für den durchschnittlichen Verbrauch von
141 Strom und Heizenergie preisgünstige Sockeltarife schaffen. Wer mehr verbraucht, zahlt
142 mehr. Das ist sozial gerecht und regt trotzdem zum Energiesparen an.
- 143 • Zur Finanzierung fordern wir vorübergehend einen Energie-Soli für Reiche! Menschen
144 mit sehr hohem Einkommen profitieren von preisgünstigen Sockeltarifen – brauchen aber
145 die Entlastung nicht. Für eine sozial gerechte Finanzierung fordert Die Linke deshalb
146 einen Energie-Soli als Zuschlag auf die Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragssteuer,
147 bis die Energiekrise vorbei ist und der Marktpreis stabil unter dem Preisdeckel
148 liegt.
- 149 • Die neoliberale Klimapolitik der Ampel ist zutiefst ungerecht und hat die Probleme
150 für die Menschen noch verschärft. Der versprochene soziale Ausgleich über ein
151 Klimageld wurde nicht umgesetzt, obwohl die CO₂-Preise weiter steigen. Das ist Betrug
152 an den Wähler*innen. Die Linke will deshalb rückwirkend zum 01.01.2025 ein soziales
153 Klimageld von aktuell 320 Euro jährlich pro Person als Direktzahlung einführen, von
154 dem Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen besonders profitieren. Das
155 Klimageld wird zukünftig an die reale Entwicklung der CO₂-Preise angepasst.
- 156 • Jährlich werden gegen Hunderttausenden Menschen in Deutschland Strom- und Gassperren
157 verhängt, sogar im Winter. Das ist menschenunwürdig. Strom- und Gassperren müssen
158 gesetzlich verboten werden.
- 159 • Energiekonzerne dürfen sich nicht auf unsere Kosten bereichern: Ziel des
160 Strommarktsystems muss es sein, allen Verbraucher*innen bezahlbaren Strom zur
161 Verfügung zu stellen. Wir wollen den Strommarkt reformieren (siehe Kapitel 8).

162 **Wir sorgen für stabile Preise und verhindern zukünftige Krisen**

163 Um Preisschocks in Zukunft zu verhindern, braucht es Preiskontrollen, die schnell wirken
164 und kurzfristig greifen. Die Ampel hat zunächst gar nicht und dann zu wenig wirksam auf
165 die Preisexplosion reagiert und die Profite der Konzerne gesichert. Die Menschen sind im
166 Alltag nicht stark genug entlastet worden. Wir müssen uns für die nächste Krise wappnen:
167 Mit der Digitalisierung ist eine engmaschige Überwachung der Preise möglich. Wenn Konzerne
168 in systemrelevanten Branchen (Energie, Gebäude/Wohnen, Lebensmittelversorgung, Mobilität,
169 Gesundheit, Banken) Preise deutlich stärker anheben als die Kosten gestiegen sind, muss es
170 möglich sein, kurzfristig in den Markt einzugreifen. Auf Preisschocks muss reagiert
171 werden, bevor sich diese auf andere Branchen ausweiten.

172 Wir fordern eine neue Preis-Behörde als Frühwarnsystem für die deutsche und europäische
173 Wirtschaft. Die Preis-Behörde soll direkt dem Bundeswirtschaftsministerium unterliegen.

- 174 • Preiskontrollen statt Abzocke: Im Energiesektor sollen ohne Genehmigung keine
175 Preiserhöhungen vorgenommen werden dürfen. Energieversorger müssen selbst nachweisen,
176 dass eine Preiserhöhung durch gestiegene Beschaffungskosten gerechtfertigt ist.
- 177 • Übergewinnsteuer beseitigt Anreize für Preiserhöhungen: Die Energie- und
178 Lebensmittelkonzerne haben in Zeiten von Krieg und Krise durch enorme
179 Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben ihre Marktmacht ausgenutzt, um
180 auf Kosten von uns allen Profite zu machen. Wenn plötzliche und außergewöhnliche
181 Gewinnsprünge in Krisenzeiten, sogenannte Übergewinne, mit sehr hohen Steuersätzen
182 belegt werden, gibt es keinen Anreiz mehr, die Preise weiter in die Höhe zu treiben.
183 Wir fordern eine Übergewinnsteuer, die die Extragewinne der Konzerne mit 90 Prozent
184 besteuert. Als Vergleichszeitraum bieten sich die durchschnittlichen
185 Unternehmensgewinne der letzten 10 Jahre an: Alles, was darüber liegt, wird
186 besteuert. Damit die Gewinne auch effektiv besteuert werden können, wollen wir eine
187 Quellensteuer einführen und Steueroasen trockenlegen.

188 **II. Wohnen darf kein Luxus sein**

189 Bezahlbares Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit. Olaf Scholz ist als
190 Mietenkanzler angetreten, aber in den letzten drei Jahren sind die Mieten weiter
191 explodiert. Nicht nur in den Städten, auch in vielen ländlichen Gebieten sind die
192 Wohnkosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Millionen Menschen geben einen großen
193 Teil ihres Einkommens für das Wohnen aus. Dazu kommen die rasant gestiegenen Nebenkosten.
194 Immobilienkonzerne machen Extra-Profite, indem sie überzogene Heizkostenrechnungen an ihre
195 Mieter*innen schicken und hoffen, dass es niemand merkt. In den letzten Jahren haben sich
196 Fälle gehäuft, in denen Menschen mehrere tausend Euro nachzahlen mussten. Das ist für
197 viele eine existenzielle Bedrohung, das wollen wir unter Strafe stellen.

198 Aber explodierende Mieten sind kein Naturgesetz: Bezahlbare Wohnungen, Sicherheit vor
199 Mieterhöhungen, genossenschaftlicher Wohnungsbau sind sinnvoll, gerecht und auch
200 erreichbar. Auch der Ausverkauf von Grund und Boden aus staatlicher Hand ist eine bewusste
201 politische Entscheidung – er könnte morgen gestoppt werden.

202 SPD und Co. behaupten, wir müssten bauen, um wieder bezahlbaren Wohnraum zu bekommen.
Die

203 durchschnittliche Miete für eine neu gebaute Wohnung in Berlin: 20 Euro pro Quadratmeter.

204 Eine 50 Quadratmeter Wohnung kostet dann im Schnitt 1.000 Euro – Wer soll sich das leisten

205 können? Die Immobilienkonzerne nutzen den Neubau, um überhöhte Mieten zu verlangen und

206 treiben damit die Miete für Bestandswohnungen in die Höhe. Wir müssen dringend neue

207 Wohnungen bauen – aber sie müssen bezahlbar sein! Es braucht eine grundlegende Wende in

208 der Mietpolitik. Wohnungen sind keine Ware.

209 **Mieten runter!**

210 Mieten müssen gesenkt und wirksam reguliert werden. Die Mietpreisbremse der

211 Bundesregierung ist nicht nur wirkungslos, sondern befördert unverschämte Praktiken: Wer

212 klagt, hat schnell das „Vertrauen“ des Vermieters verraten – dann dauert die nächste

213 Reparatur an der Wohnung eben länger. Ein Drittel der Wohnungen in den Metropolen wird

214 mittlerweile möbliert vermietet, weil die Mietpreisbremse dann nicht gilt.

215 • Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel! Unser Ziel: Die Explosion der Mieten

216 nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. In angespannten

- 217 Wohnungsmärkten müssen besonders hohe Mieten abgesenkt werden.
- 218 • Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, für
219 die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Die Tricks der Vermieter für höhere
220 Mieten müssen abgeschafft werden: Staffelmieten und Indexmietverträge wollen wir
221 verbieten und möblierte Wohnungen streng regulieren.
- 222 • Viel zu oft kündigen Vermieter, um bei Neuvermietung höhere Mieten zu nehmen. Wir
223 wollen den Kündigungsschutz ausweiten und fordern Dauermietverträge für alle.
224 Eigenbedarfskündigungen müssen auf Verwandte ersten Grades beschränkt werden.
225 Mietwohnungen müssen durch ein generelles Umwandlungsverbot geschützt werden.
- 226 • Wir wollen die Modernisierungsumlage abschaffen! Sanierungen und Heizungstausch
227 müssen warmmietenneutral sein. Wir wollen sozial gerechten Klimaschutz (s. Kapitel 8)
- 228 • Immobilien und Energiekonzerne machen Extraprofite, indem sie überzogene
229 Heizkostenrechnungen an ihre Mieter*innen schicken und hoffen, dass es niemand merkt.
230 Das wollen wir unter Strafe stellen.
- 231 • Wir fordern sozial gestaffelte Heizungs- und Stromkosten. Für den durchschnittlichen
232 Verbrauch wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen. Wir wollen Strom- und
233 Gassperren verbieten. Wir wollen einen Fonds einrichten, aus dem unbürokratisch die
234 Heizkosten übernommen werden können, wenn sich Mieter*innen keine warme Wohnung
235 leisten können.
- 236 • Hauptmieter*innenwechsel müssen ohne Zustimmung der Vermieter*innen möglich sein.
- 237 • Kleingewerbe leiden unter explodierten Gewerbemieten. Der Bund muss dafür sorgen,
238 dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk,
239 kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.
- 240 **Investitionsoffensive für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau**
- 241 Wir wollen 20 Milliarden im Jahr in gemeinnützigem Wohnraum investieren. Aktuell hätten
242 mehr als 11 Millionen Mieter*innenhaushalte in Deutschland Anspruch auf eine
243 Sozialwohnung. Der Bestand reicht nicht einmal für jeden zehnten dieser Haushalte.
244 Gemeinnütziger Wohnraum hält die Miete bezahlbar. Wien ist die Metropole in Europa, in der
245 die Mieten am wenigsten explodiert sind, denn die Hälfte des Wohnraums ist gemeinnützig –
246 ein Viertel „Gemeindebau“ und ein Viertel genossenschaftlich.
- 247 • Wir stehen an der Seite von Deutsche Wohnen & Co enteignen. Wir wollen
248 Immobilienkonzerne mit mehr als 3 000 Wohnungen in öffentliches Eigentum überführen.
- 249 • Die Regierung hat nur ein Viertel der Sozialwohnungen gebaut, die sie versprochen
250 hat. In den Neunziger Jahren gab es noch 4 Millionen – jetzt gibt es nur noch eine
251 Million. Egal ob im Bestand oder beim Neubau, wir fordern: Einmal Sozialbindung,
252 immer Sozialbindung.
- 253 • Die Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit durch die Ampel ist eine Enttäuschung!
254 Wir wollen die neue Wohngemeinnützigkeit zum Instrument machen für mittelfristig 30
255 Prozent gemeinnützige Wohnungen. Mit Steuerbefreiungen und Privilegierung bei
256 Fördermitteln und öffentlichen Grundstücken wollen wir starke Anreize zur Beteiligung
257 zum Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungsmarktsektors schaffen, in dem sich die Mieten
258 an den realen Kosten orientieren und die Profite gedeckelt werden.
- 259 • Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem (Re-
260)Kommunalisierungsfond sollen Kommunen unterstützt werden Wohnungen in die

261 öffentliche Hand (zurück) zu holen. Wir setzen uns für ein preislimitiertes
262 Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an
263 bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner*innen.

264 **Investoren zurückdrängen!**

265 Auch wenn Neubau alleine die Miete nicht senkt, gibt es in den Metropolen einen Bedarf an
266 mehr Wohnraum. Wir wollen gemeinnützigen Neubau fördern statt mit Investoren! Wir wollen
267 Regulierungen überprüfen: Nicht alle Regulierungen beim Neubau sind sozial und ökologisch
268 sinnvoll, manche treiben lediglich die Preise in die Höhe. Hingegen ist energieeffizientes
269 Bauen für den Klimaschutz notwendig und spart für die Mieter*innen Heizkosten.

270 • Die Baukrise ist die Zeit der öffentlichen Hand. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen
271 müssen durch Förderprogramme gestärkt und endlich gegenüber renditeorientierten
272 Investoren und Wohnungskonzernen bevorzugt werden.

273 • Öffentliche Förderung soll es nur für gemeinnützigen Wohnungsbau geben. Kommunen
274 sollen ein Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke bekommen.

275 • Wir wollen Gewinne durch Spekulation mit Immobilien stärker besteuern und
276 Steuertricks beim massenhaften Kauf und Verkauf von Wohnungen, wie sogenannte Share
277 Deals verbieten!

278 • Keine Spekulation mit Wohnraum und Bauland! 2 Millionen Wohnungen in Deutschland
279 stehen leer. Wir wollen Zweckentfremdung von Wohnraum verbieten. Leerstehenden Wohn-
280 und Gewerberaum wollen wir beschlagnahmen und der Zwischennutzung zuführen. Es dürfen
281 keine Profite mit dem Besitz von Grund und Boden gemacht werden. In einem ersten
282 Schritt werden deswegen leistungslose Bodenwertzuwächse abgeschöpft.

283 **Leerstand beenden!**

284 Leerstand ist ein unterschätztes Problem. Deutschlandweit stehen laut aktuellem Zensus
285 rund 2 Millionen Wohnungen leer. Ein Teil davon in ländlichen Regionen, die durch
286 Strukturwandel veröden, ein Teil davon in den Städten, wo sich der Leerstand aufgrund
287 steigender Bodenpreise häufig finanziell rechnet und kaum bestraft wird. In allen Fällen
288 gilt: Der vorhandene Wohnraum muss besser genutzt werden, sowohl aus sozialen als auch aus
289 ökologischen Gründen. Leerstand nutzen ist immer besser als neu zu bauen. Wir fordern:

290 • Aktive Strukturpolitik und Infrastrukturinvestitionen, um Regionen außerhalb der
291 Metropolen attraktiver zu machen und der Verödung ländlicher Regionen
292 entgegenzuwirken.

293 • Egal ob spekulativer Leerstand oder Erbstreitigkeiten. Leerstehender Wohnraum in
294 angespannten Wohnungsmärkten ist Zweckentfremdung und darf sich nicht lohnen!
295 Wohnungsleerstände müssen zuerst systematisch erfasst werden und dann mit einer
296 Leerstandsabgabe von 10 Euro pro Quadratmeter belegt werden. Das macht den Leerstand
297 unrentabel. In Fällen von langfristigem Leerstand muss die Wohnung im Sinne der
298 Allgemeinheit vorübergehend beschlagnahmt, auf Kosten der Eigentümer instandgesetzt
299 und wieder vermietet werden.

300 • Die Besetzung von Wohnraum, der seit mindestens einem Jahr leersteht, muss zu einem
301 dauerhaften Wohnrecht führen, es sei denn, die Eigentümer*innen verpflichten sich, den
302 Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten zur Verfügung zu stellen.

303 **Obdachlosigkeit abschaffen!**

304 Es gibt in Deutschland ungefähr 600 000 wohnungslose Menschen. Die Regierung hat einen

305 Aktionsplan geschrieben – der hat allerdings zu keiner einzigen neuen Maßnahme gegen
306 Wohnungslosigkeit geführt.

- 307 • Es gibt jedes Jahr 30 000 Zwangsräumungen, viele Betroffene landen in der
308 Obdachlosigkeit. Wir wollen Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit verbieten!
- 309 • Wir wollen den Ansatz Housing First in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern:
310 Wohnungslosen wird zuerst eine Wohnung vermittelt, darauf folgen andere Angebote.
311 Seit Einführung von Housing First im Jahre 2008 konnte Finnland die Obdachlosigkeit
312 mehr als halbieren.
- 313 • Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung! Wir werden die
314 Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür sorgen,
315 dass für Wohnungslose und für Saison- und Wanderarbeiter*innen regulärer Wohnraum
316 bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.

317 **III. Umsteuern**

318 Die vergangenen Regierungen aus CDU, SPD, FDP und Grünen haben dazu beigetragen, dass die
319 Reichsten heute deutlich weniger Steuern zahlen als früher. Das spüren Menschen mit
320 kleinen und mittleren Einkommen besonders stark: Der Alltag wird immer schwieriger. Wir
321 halten dagegen und kämpfen für ein gerechtes Steuersystem, in dem die Steuern für die
322 Mehrheit sinken und das der astronomischen Macht und dem Reichtum der Milliardäre Grenzen
323 aufzeigt.

324 **Es sollte keine Milliardäre geben.**

- 325 • Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Damit wir nur die
326 Reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für
327 Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum
328 Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei
329 5 Millionen Euro. Unser Steuersatz ist progressiv, steigt also mit höheren Vermögen:
330 ab 1 Million 1 Prozent, ab 50 Millionen 5 Prozent. Für Vermögen oberhalb der Grenze
331 von 1 Milliarde Euro legen wir einen Sondersteuersatz von 12 Prozent fest – die
332 Milliardärsteuer. Damit soll eine weitere Anhäufung von Vermögen bei den Superreichen
333 verhindert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen!
- 334 • Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland treibende Kraft für eine international
335 koordinierte Milliardärsteuer wird und den Vorschlag Brasiliens hierfür unterstützt.

336 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 108 Milliarden.**

337 Derzeit ist nicht bekannt, wie groß das Vermögen der reichsten Deutschen wirklich ist. Wir
338 fordern ein öffentlich einsehbares Finanzregister, das die wahren Eigentümer von
339 Immobilien, Unternehmensanteilen und anderen großen Vermögen (z.B. Kunstsammlungen,
340 Wertpapieren und Patenten) registriert.

341 Um die enormen Kosten der sozialen und ökologischen Transformation zu stemmen, fordern wir
342 eine einmalige Vermögensabgabe, die die Reichsten unserer Gesellschaft einmalig belastet.
343 Mit unserem Konzept werden die reichsten 0,7 Prozent der Bundesbürger mit bis zu 30
344 Prozent zusätzlich belastet. So können mindestens 310 Milliarden Euro eingenommen werden.
345 Die Abgabe kann auf 20 Jahre gestreckt werden, damit würde nicht die gesamte Belastung auf
346 einmal anfallen.

347 **Kleine und mittlere Einkommen entlasten**

348 Niedrige und mittlere Einkommen werden wir entlasten. Sehr hohe Einkommen wollen wir
349 dagegen stärker besteuern. Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger
350 als 6.500 Euro im Monat brutto verdient, zahlt mit unserem Tarif weniger Steuern.

- 351 • Alle zu versteuernden Einkommen unter 16.800 Euro im Jahr bleiben steuerfrei – das
352 entspricht der Höhe unseres Modells des Existenzminimums.
- 353 • Hohe Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem
354 Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent – das entspricht etwa 81.000 Euro
355 Brutto für Alleinstehende ohne Kinder. Für die Reichensteuer fordern wir zwei Stufen:
356 60 Prozent für Einkommen oberhalb von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen
357 oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.
- 358 • Wir wollen den Solidaritätszuschlag für die reichsten 10 Prozent der Einkommen
359 behalten und Menschen mit geringen Einkommen entlasten.
- 360 • Einkommen aus Arbeit wird bisher deutlich stärker besteuert als Einkommen aus
361 Kapital. Ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die diese Gesellschaft jeden Tag
362 mit harter Arbeit am Laufen halten und den Wohlstand in Deutschland aufgebaut haben.
363 Wir fordern, dass Einkommen aus Kapital unter die Einkommensteuer fällt. Wer viel
364 bekommt, zahlt mehr Steuern.
- 365 • Wir fordern verbindliche Obergrenzen für Manager*innen- und Vorstandsgehälter (inkl.
366 Boni) : Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im
367 Unternehmen bekommen.
- 368 • Die Mehrwertsteuer belastet Menschen mit niedrigem Einkommen besonders stark. Wir
369 fordern die Mehrwertsteuerbefreiung von Grundnahrungsmitteln, Hygieneprodukten und
370 Tickets für Bus und Bahn (siehe Kapitel 1). Damit die Senkung der Mehrwertsteuer
371 tatsächlich bei den Menschen ankommt, müssen die Lebensmittelkonzerne und Supermärkte
372 verpflichtet werden, die Steuersenkung weiterzugeben.
- 373 • Für arbeitsintensives Handwerk, Arzneimittel und Produkte für Kinder wollen wir
374 ermäßigte Steuersätze. Das gilt auch für Reparaturdienstleistungen und Demontage,
375 damit die Reparatur und Wiedernutzung Vorrang vor Entsorgung haben.

376 **Schlupflöcher für die Reichen schließen**

377 **Erbschaft- und Schenkungssteuer**

378 Vermögen werden durch Erbschaften und Schenkungen oft steuerfrei über Generationen
379 weitergegeben. So sind die Steuersätze auf das Einkommen einer durchschnittlichen Familie
380 höher als die Besteuerung von Millionen- und Milliarden-Erbschaften.

- 381 • Für diese Superreichen sollen die Steuersätze für Erbschaften und Schenkungen erhöht
382 und die persönlichen Freibeträge herabgesetzt werden. ‚Normales‘ selbstgenutztes
383 Wohneigentum bleibt freigestellt. Der Spitzensteuersatz der Erbschaftsteuer beträgt
384 60 Prozent und gilt ab einem zu versteuernden Erbe von drei Millionen Euro zuzüglich
385 des Freibetrags.
- 386 • Wir fordern einheitliche Freibeträge von 150.000 Euro für alle Begünstigten. Für
387 Erb*innen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, minderjährige Kinder,
388 Hinterbliebene aus einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft und für
389 eine von der Erblasserin oder dem Erblasser benannte Person verdoppelt sich der
390 Freibetrag auf 300.000 Euro. Danach greift ein Eingangssteuersatz von 6 Prozent, der
391 progressiv auf den Spitzensteuersatz ansteigt. Die Erbschaftssteuer kann auf 20 Jahre

392 gestreckt werden, damit würde nicht die gesamte Belastung auf einmal anfällt.

393 • Die Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden.
394 Vergünstigungen bei Unternehmensvermögen, großen Wohnungsbeständen und der
395 Verschonungsbedarfsprüfung sollen entfallen.

396 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 17 Milliarden.**

397 • Steuervorteile für Immobilieninvestor*innen und -unternehmen müssen flächendeckend
398 abgeschafft werden. Wir fordern eine Reform der Grunderwerbsteuer, sodass anteilige
399 Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) entsprechend anteilig besteuert werden. Im Fall
400 eines Erwerbs durch mehrere Personen oder Gesellschaften gemeinsam (sog. Co-
401 Investments) wird entsprechend der jeweiligen Beteiligungsquote besteuert. Dadurch
402 werden Share Deals weitgehend unattraktiv.

403 • Wir brauchen eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Klarstellung der als
404 gemeinnützig anerkannten Zwecke. Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung
405 muss ausdrücklich möglich sein, ob zur Verfolgung eigener Zwecke oder darüber hinaus
406 für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Organisationen, denen die
407 Gemeinnützigkeit für ihre selbstlose politische Einmischung entzogen wurde, müssen
408 sie zurückerhalten (z.B. Attac oder Campact).

409 **Konzerne gerecht beteiligen, Spekulant*innen den Nährboden entziehen**

410 Die Unternehmensteuern wurden in den letzten Jahrzehnten massiv gesenkt – bis 1989 hatten
411 Unternehmen durchschnittliche Steuerbelastungen von über 60 Prozent, heute weniger als 30
412 Prozent. Von den zahlreichen Steuergeschenken profitieren vor allem große Konzerne und die
413 Reichen.

414 • Wir fordern, dass die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent erhöht wird. Um international
415 gegen Steuerwettbewerb und Profitverschiebung vorzugehen, setzen wir uns auch für die
416 Erhöhung des globalen Mindeststeuersatzes auf 25 Prozent ein. Die Bemessungsgrundlage
417 muss durch eine realistische Gewinnermittlung erweitert werden, beispielsweise durch
418 die angemessene Besteuerung von Gewinnen, die aus dem Verkauf von
419 Unternehmensanteilen resultieren.

420 • Für internationale Konzerne ist es besonders leicht, Profite ins Ausland zu
421 verschieben und so Steuern zu umgehen. Wir fordern, dass internationale Konzerne
422 stärker dort besteuert werden, wo sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten haben. Dazu
423 fordern wir eine Quellenbesteuerung der Gewinne am Ort der wirtschaftlichen
424 Aktivität. Dafür ist ein stärkerer Austausch zwischen den Ländern über alle
425 steuerrelevanten Informationen entscheidend. Bei Zahlungen wie Dividenden, Zinsen und
426 Lizenzabgaben, die in nicht kooperative Staaten fließen, fordern wir eine
427 Quellensteuer von 50 Prozent. Damit machen wir Steuerflucht unattraktiv. Unternehmen
428 können sich die Steuer nur anrechnen lassen, wenn sie alle steuerrelevanten
429 Informationen offenlegen. Betriebsausgaben, die nur der Gewinnverlagerung dienen,
430 dürfen nicht abzugsfähig sein. Das Konzept der virtuellen Betriebsstätte muss auch im
431 Steuerrecht verankert werden.

432 • Transnationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, ihre Kerndaten wie ihre
433 Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise offenzulegen. Damit
434 verhindern wir, dass Geldströme z.B. durch Briefkastenfirmen verschleiert werden.
435 Steuervermeidung über Stiftungen muss eingeschränkt werden.

436 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 42 Milliarden Euro**

437 **Gewerbsteuer**

438 Die Gewerbesteuer in Deutschland gleicht einem Flickenteppich, von Region zu Region ist
439 sie unterschiedlich. Manche Kommunen werben mit besonders niedrigen Gewerbesteuern, um
440 mehr Unternehmen anzulocken und die kommunalen Steuereinnahmen aufzubessern. Das
Ergebnis:

441 viele Kommunen sind unterfinanziert und können keine Investitionen mehr tätigen – die
442 Schere zwischen armen und reichen Kommunen geht immer weiter auseinander.

- 443 • Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefiskussteuer
444 ein. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und
445 Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbstständige und
446 Freiberufler werden einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro
447 anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die
448 Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet.

449 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 18 Milliarden Euro**

450 **Finanztransaktionssteuer**

- 451 • Wir streiten für eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulation auf den Finanzmärkten
452 einzudämmen. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig
453 werden. Die Finanztransaktionssteuer trifft vor allem kurzfristige Großumsätze mit
454 kleinen Gewinnmargen – die sogenannten Hochfrequenzhändler. So stabilisiert und
455 schrumpft sie die Finanzmärkte.

456 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 36 Milliarden Euro**

457 **Profite mit Krieg und Krisen verhindern**

458 Konzerne wie RWE, Shell und Total haben im Zuge des Ukrainekriegs durch enorme
459 Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben die Krisensituationen und ihre
460 Marktmacht ausgenutzt, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Wir wollen die
461 Extraprofite an die Allgemeinheit zurückverteilen. Die Linke fordert die Einführung einer
462 Übergewinnsteuer in Höhe von 90 Prozent auf alle Krisenprofite. (siehe Kapitel 1)

463 **Finanzkriminalität bekämpfen**

464 Deutschland ist ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche. Cum-Ex und Cum-Cum
465 oder der Skandal um Wirecard haben wieder einmal gezeigt, wie einfach es Kriminellen in
466 Deutschland gemacht wird, durch Betrug dem Gemeinwesen hunderte Milliarden aufzubürden.
467 Wir werden den Diebstahl an der Öffentlichkeit verhindern!

- 468 • Wir brauchen eine offizielle Steuerlückenschätzung, die jährlich von der
469 Bundesregierung erstellt wird, öffentlich einsehbar ist und zur Zielvorgabe für die
470 Finanzverwaltung wird.
- 471 • Skandale wie Cum-Ex, Cum-Cum oder Wirecard müssen systematisch aufgearbeitet werden.
472 Die Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell und technisch in die
473 Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell konsequent zu
474 verfolgen.
- 475 • Jede*r Steuerfahnder*in bringt dem Staat im Durchschnitt mehr als eine Million Euro
476 mehr, als sie oder er kostet. Besonders unter den Superreichen wird viel zu wenig
477 geprüft, obwohl bei 75 Prozent der überprüften Millionäre Steuerhinterziehung
478 festgestellt wird. Wir fordern mehr Prüfungen bei den Superreichen!
- 479 • Finanzaufsicht reformieren, finanziellen Verbraucherschutz stärken: Alle Geld- und

480 Vermögensanlagen sowie Kreditgeschäfte sollen von der BaFin erfasst und regelmäßig
481 geprüft werden. Die BaFin braucht dafür mehr Fachpersonal, um die Bilanzkontrolle
482 besser durchführen zu können.

483 • Ohne ein Strafrecht für Unternehmen kommen die großen Banken in Beihilfeverfahren oft
484 glimpflich davon. Wir brauchen ein Unternehmensstrafrecht, um nicht nur einzelne
485 Personen, sondern auch große Konzerne zur Verantwortung zu ziehen.

486 • Wir wollen verhindern, dass einzelne Superreiche Steuern umgehen, indem sie
487 beispielsweise ins Ausland ziehen oder ihre Geschäfte verlagern. Wir wollen, dass
488 alle deutschen Staatsangehörigen in Deutschland besteuert werden, unabhängig davon,
489 wo sie ihre Einkommen erzielt haben oder ihren Wohnsitz haben. Um eine
490 Doppelbesteuerung zu vermeiden, können im Ausland gezahlte Steuern angerechnet
491 werden.

492 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 18 Milliarden**

493 **Abschaffung der Investitionsbremse**

494 Die so genannte Schuldenbremse hat riesige Investitionslücken in der Infrastruktur und bei
495 sozialen Dienstleistungen gerissen. Die Rechnung für die Bürger*innen sind überhöhte
496 Mieten, verspätete Züge, und extremer Personalmangel in Schulen und Kitas. Wir stellen uns
497 dagegen und fordern einen Wandel in der Haushaltspolitik. Alleine in den nächsten 10
498 Jahren muss der deutsche Staat nach Schätzungen 600 Milliarden Euro an zusätzlichen
499 Investitionen bereitstellen, um Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig
500 zu machen.

501 • Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse und ihre Ersetzung durch die „Goldene
502 Regel“, wonach Investitionen über Kredite finanziert werden können. Die goldene Regel
503 muss mit einem Umdenken in der Investitionspolitik einhergehen. Der Staat muss
504 genauso in die Zukunft investieren können wie ein Privatunternehmen. Die Ausgaben von
505 Bund, Ländern und Kommunen müssen grundlegend anders priorisiert werden. Mehr Geld
506 für Bildung, Soziales und öffentlichen Wohnungsbau, weniger für Rüstung und
507 klimaschädliche Subventionen.

508 • Den allergrößten Teil der Investitionen müssen Länder und Kommunen leisten. Um die
509 Kommunen zu unterstützen, brauchen wir eine Gemeindefinanzreform, die 100 prozentige
510 Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich und einen
511 Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen. Die Einnahmen der Vermögensteuer würden
512 ebenfalls den Ländern zufließen.

513 **Die Europäische Zentralbank demokratisieren**

514 Die EZB hat in den vergangenen Krisen versagt. Die Erhöhung der Leitzinsen war ein
515 wirkungsloser Versuch, die profitgetriebene Inflation zu bekämpfen. Dringend benötigte
516 Investitionen wurden gebremst, die Preise sind weiter gestiegen. Auf dem Rücken der
517 arbeitenden Bevölkerung hat die EZB bewiesen, dass sie aufkommende Krisen nicht verhindern
518 kann. Wir wollen die Rolle der EZB neu definieren, damit sie die Menschen in der EU
519 schützt.

520 • Wir fordern, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert wird
521 und nicht weiter dem Einfluss von Finanzlobbyist*innen unterliegt. Die
522 Führungsgremien der EZB – wie EZB-Rat, EZB-Direktorium und EZB-Präsident*in – sollen
523 vom Europäischen Parlament gewählt werden. Die grundlegenden und langfristigen
524 Zielsetzungen der Geldpolitik sollen im Parlament diskutiert und entschieden werden.

525 Gerade in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen sind Zentralbanken
526 politische Schlüsselakteure - eine demokratische Mitentscheidung ist hier dringend
527 nötig.

528 • Neben dem Ziel der Preisstabilität soll das Mandat der EZB auf Vollbeschäftigung und
529 nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Richtung ökologischer Verantwortung
530 erweitert werden. Wir wollen der EZB ermöglichen, Staaten direkt zu finanzieren, um
531 diese Ziele zu erreichen. Ein inflationäres Risiko besteht nicht, weil die EZB
532 weiterhin ihrem Inflationsziel von 2 Prozent verpflichtet ist.

533 Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende
534 Privatisierung lehnen wir ab. Internetgiganten und Finanztechnologieunternehmen (Amazon,
535 Paypal und Co.) müssen denselben Regeln und Gesetzen unterworfen sein, wie konventionelle
536 Finanzdienstleister wie Banken und Versicherungen. Mit einer öffentlichen Alternative zu
537 den Bezahlssystemen der großen Internetkonzerne können wir ihrer enormen Macht
538 entgegenwirken.

539 • Die Linke befürwortet die Einführung des digitalen Euro durch die EZB. Er soll ein
540 von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein, das Privatpersonen in
541 begrenztem Maße und unverzinst auf Konten bei der EZB halten können. Er soll Bargeld
542 nicht ersetzen, sondern als weitere bequeme Form des Zentralbankgelds ergänzen.

543 • Digitale Zahlungen ermöglichen die Erstellung von persönlichen Profilen und
544 Rückschlüsse auf sensible persönliche Informationen. Bei kleinen Beträgen muss das
545 Recht auf anonymes Bezahlen gesetzlich verankert werden.

546 **Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen**

547 15 Jahre nach der Finanzkrise hat die Regierung es immer noch nicht geschafft, Maßnahmen,
548 die während der Finanzkrise versprochen wurden, umzusetzen. Dabei können Krisen im
549 Finanzsektor ganze Staaten und Sozialsysteme in den Ruin stürzen. Wir wollen die
550 Gesellschaft und die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne befreien. Dafür
551 werden wir den Finanzsektor auf eine dienende Funktion für die Gesellschaft
552 zurechtstutzen.

553 • Mit lebenswichtigen Bereichen darf nicht auf den Finanzmärkten spekuliert werden.
554 Dazu gehört die öffentliche Daseinsvorsorge, aber auch Spekulationen auf
555 Nahrungsmittel. Wir wollen, dass Krankenhaus-, Pflege- und Immobilienkonzernen die
556 Börsenzulassung entzogen wird.

557 • Banken müssen verkleinert und das Investmentbanking abgewickelt werden. Wir werden
558 Banken auf ein Geschäftsmodell verpflichten, das den Bedürfnissen der Gesellschaft
559 und der Realwirtschaft dient: 1. Angebote im Bereich Zahlungsverkehr, 2. einfachere
560 und sichere Sparinstrumente und 3. Finanzierung öffentlicher und privater
561 Investitionen.

562 • Die Linke setzt sich für strengere soziale und ökologische Kriterien bei der EU-
563 Taxonomie ein. Investitionen in Atom- oder Gasenergie sind nicht nachhaltig,
564 Greenwashing etwa durch das Einbeziehen von konventionellen Schiffen und Flugzeugen
565 oder Ausgleichsmaßnahmen von Biodiversitätsverlusten lehnen wir ab.

566 • In Zukunft sollen Finanzinstrumente eine ausdrückliche Zulassung durch einen Finanz-
567 TÜV erhalten, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen. Finanztransaktionen, -
568 dienstleistungen und -instrumente sind dann nur noch erlaubt, wenn sie einen
569 gesamtwirtschaftlichen und/oder gesellschaftlichen Nutzen haben.

- 570 • Das globale Finanz- und Währungssystem verschärft soziale Ungleichheit, die
571 Klimakrise und Fluchtbewegungen. Wir brauchen internationale Kooperationen auf
572 Augenhöhe. Grundvoraussetzung dafür ist ein Schuldenschnitt und eine nachhaltige
573 Entschuldungsinitiative für alle Länder des Globalen Südens, deren Schuldenlast nicht
574 tragfähig ist. Private Gläubiger müssen gezwungen werden, sich an dieser
575 Schuldeninitiative zu beteiligen. Wir fordern die Einführung eines
576 Staateninsolvenzverfahrens.
- 577 • Wir fordern einen Deckel für Dispozinsen: Der Zinssatz für Dispositions- und
578 Überziehungskredite darf maximal 5 Prozentpunkte über dem Leitzinssatz der EZB
579 liegen. So schützen wir Menschen, die sich am Rande des Existenzminimums bewegen und
580 den Dispokredit oft nutzen müssen.

581 **IV. Soziale Sicherheit für alle**

582 Soziale Sicherheit ist kein Almosen. Sozialpolitik sorgt dafür, dass Menschen in
583 unterschiedlichen Lebensumständen ein angemessenes Einkommen haben, auch wenn die
584 Mechanismen des Marktes nicht dafür sorgen. Dabei geht es nicht nur um die Ärmsten.
585 Familien mit Kindern brauchen Leistungen wie Wohngeld und Kindergeld, weil es heute keinen
586 „Familienlohn“ mehr gibt, der nach Familienstand unterscheidet. Es wäre ungerecht,
587 unsozial und auch nicht im gesellschaftlichen Interesse, wenn Familien mit Kindern
588 grundsätzlich ärmer wären, weil sie vom selben Einkommen auch noch die Kinder durchbringen
589 müssten und oft noch Arbeitszeit reduzieren müssen. Auch im Alter und bei Erwerbslosigkeit
590 muss dafür gesorgt sein, dass jeder und jede ein Leben in Würde und Sicherheit führen
591 kann. Nur eine Gesellschaft, wo nicht ständig die Angst vor dem Abstieg herrscht, ist eine
592 humane und auch eine produktive Gesellschaft.

593 Die Linke kämpft dafür, dass den Menschen in Notlagen ihre Würde und ihre sozialen Rechte
594 zurückgegeben werden. Armut und Erwerbslosigkeit sind nicht selbstverschuldet, sondern
595 haben oft strukturelle Ursachen. Wir kämpfen für des Recht auf Existenzsicherung ohne
596 Gängelung und Strafen.

- 597 • Der Regelsatz im Bürgergeld ist kleingerechnet: Der Paritätische Wohlfahrtsverbandes
598 zeigt, dass der Regelsatz bei mindestens 813 Euro liegen müsste.
- 599 • Wir wollen das Bürgergeld zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung umbauen. Anspruch
600 haben alle, die kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben. Bei der Höhe
601 orientieren wir uns an der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze. Eine alleinlebende
602 Person würde demnach gegenwärtig rund 1.400 Euro monatlich bekommen (inkl. Miete und
603 sonstige Wohnkosten; in Regionen mit hohen Mieten entsprechend mehr).

604 **Eine sichere Rente für alle**

605 Viele legen ihre jährliche „Renteninformation“ schnell wieder weg, weil sie wissen: Das
606 wird nicht reichen. Immer weniger Menschen haben ein planbares Berufsleben und können
607 sicher sein kann, dass ein erarbeiteter und erkämpfter Lebensstandard auch Bestand hat.
608 Das muss so nicht sein. Die gesetzliche Rente hat kein Demografieproblem, sondern ein
609 Gerechtigkeitsproblem:

- 610 • Für ein gerechtes Rentensystem zahlen alle Menschen mit Erwerbseinkommen - auch
611 Beamt*innen, Selbstständige, Freiberufler*innen, Manager*innen und Abgeordnete - in
612 eine solidarische Erwerbstätigenversicherung ein. Das Rentenniveau kann dann steigen.

- 613 Menschen mit sogenannten Riester-Verträgen u.ä. Zusatzrenten sollen ihre Verträge in
614 die gesetzliche Rente zu überführen können. Ergänzend gibt es Betriebsrenten, die
615 mindestens zu 50 Prozent von den Arbeitgeber*innen finanziert sein müssen.
- 616 • Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben und die
617 Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln. Die niedrigen Rentenansprüche von Niedrig- und
618 Geringverdienenden, Erwerbslosen, Erziehenden und Pflegenden wollen wir aufwerten.
619 Ostverdienste wollen wir noch bis 2030 hochwerten, damit sich Renten und Ost- und
620 Westdeutschland angleichen.
 - 621 • Die Rente erst ab 67 bedeutet Rentenkürzungen für alle, insbesondere in Berufen, in
622 denen Beschäftigte nicht so lange durchhalten können. Wir fordern eine
623 Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Wer 40 Jahre lang gearbeitet und selbst Beiträge
624 gezahlt hat, soll, ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können.
 - 625 • Gegen Altersarmut hilft unsere »Solidarische Mindestrente«: Für diejenigen, die wegen
626 schlechter Jobs, erzwungener Teilzeit oder Erwerbslosigkeit keine auskömmliche Rente
627 bekommen. Sie erhalten einen Zuschlag bis zur Höhe der Armutsrisikogrenze von derzeit
628 rund 1.400 Euro. Dazu kommen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und in Regionen
629 mit sehr hohen Wohnkosten ggf. einen Mietzuschuss.
- 630 **Alle Familien stärken und entlasten, Vereinbarkeit verbessern**
- 631 Für Die Linke ist Familie dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen –
632 unabhängig von Tauschein, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.
633 Familienpolitik muss allen Menschen ermöglichen, ein gutes Leben ohne Zukunftsangst zu
634 führen und materielle Nachteile ausgleichen. Die soziale Absicherung – besonders von
635 Alleinerziehenden – muss sicher vor Armut schützen und Familie und Beruf müssen leichter
636 zu vereinbaren sein.
- 637 • Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen, die flexible Öffnungszeiten haben, damit
638 eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Es muss deshalb massiv in
639 den Ausbau der öffentlichen und gebührenfreien Kindertagesbetreuung für alle
640 Altersgruppen investiert werden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung muss
641 verbindlich werden – und ausreichend Plätze geschaffen werden.
 - 642 • Um eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Müttern
643 und Vätern zu fördern, wollen wir für den zweiten Elternteil ab Geburt des Kindes 28
644 Tage Elternschutz einführen.
 - 645 • Den Mindestbetrag beim Elterngeld wollen wir auf 420 Euro anheben. Mindest- und
646 Höchstbetrag sollen an die Entwicklung des allgemeinen Verbraucherpreisindex
647 gekoppelt werden. Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung soll das Mindest-
648 Elterngeld nicht auf Bürgergeld und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
649 angerechnet werden.
 - 650 • Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine Individualbesteuerung ersetzen, wobei
651 das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw.
652 Lebenspartner*innen übertragbar sein soll.
 - 653 • Berufstätige Alleinerziehende wollen wir durch Finanzierung einer Haushaltshilfe
654 (einmal pro Woche) und eine Kitaplatz-Garantie entlasten. Außerdem fordern wir eine
655 Steuergutschrift, die mindestens der maximalen Wirkung des heutigen
656 Entlastungsbetrags von 2.028 Euro im Jahr entspricht und die regelmäßig erhöht wird.

- 657 • Den Unterhaltsvorschuss machen wir gerechter, indem u. a. das Kindergeld nicht mehr
658 voll angerechnet und das Bezugsalter bis zum 25. Lebensjahr ausgeweitet wird. In das
659 Sorge- und Umgangsrecht wollen wir den Gewaltschutz verankern. Die Gleichwertigkeit
660 aller Betreuungsmodelle muss im Familienrecht und in der Beratung deutlich werden.
- 661 • Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit
662 Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von
663 Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen
664 die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Wir wollen den Kündigungsschutz für Eltern bis
665 zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes ausweiten. Die Situation von
666 Berufsrückkehrer*innen nach der Elternzeit stärken wir u. a. durch ein ausdrückliches
667 Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

668 **Kinderarmut bekämpfen**

669 Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, von
670 der alle Kinder und Jugendlichen profitieren. Sie besteht aus vier Säulen:

- 671 1. Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen monatlichen
672 Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche im Jahr 2024)
- 673 2. Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu 353 Euro
674 monatlich)
- 675 3. Tatsächliche Unterkunftskosten (anteilig)
- 676 4. Einmalige und besondere Bedarfe (z. B. Klassenfahrten, Umzugskosten o. ä.)

677 Neben der Kindergrundsicherung wollen wir Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen
678 Voraussetzungen für ihr Leben schaffen:

- 679 • Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch auf gute Entfaltung und
680 soziale Teilhabe bekommen. Gleiches gilt für den Schutz vor Gewalt. Deshalb wollen
681 wir ihre Rechte im Grundgesetz verankern.
- 682 • Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere
683 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrigschwellig, barrierefrei,
684 wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung der
685 Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Ko-Finanzierung durch die
686 Länder. Die Mittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes müssen dafür ebenfalls
687 aufgestockt werden. Bereits im Vorschulalter müssen Kinder lernen, sexualisierte
688 Übergriffe und Gewalt zu erkennen und Erwachsene zu informieren, wenn sie dies erlebt
689 oder beobachtet haben.

690 **Selbstbestimmtes Altern ermöglichen**

691 Viele Menschen sind im Alter besonders auf Unterstützung angewiesen. Dabei geht es nicht
692 nur um finanzielle Leistungen, sondern auch um altersgerechte Beratungs-, Kultur- und
693 Freizeitangebote. Wir setzen uns für eine neue Kultur des Alterns in dieser Gesellschaft
694 ein. Es geht um selbstbestimmtes Altern in Würde, ohne Diskriminierungen, Armut und
695 Abstiegsängste. Senior*innen müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt
696 teilhaben können.

- 697 • Wir wollen, dass ältere Menschen einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Altenhilfe
698 bekommen. Wir wollen Altersdiskriminierung verbieten: Artikel 3 (3) GG soll um das
699 Merkmal Alter ergänzt werden. Überall in den Kommunen müssen Seniorenvertretungen
700 eingerichtet werden.

- 701 • Der altersgerechte Umbau von Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche
702 Wohnungsunternehmen ist vorrangig mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Wir wollen
703 eine Quote für altersgerechte und barrierefreie Wohnungsangebote und ein gesetzliches
704 Räumungsverbot gegenüber älteren Menschen. Wohnungstauschbörsen mit Mietpreisbindung
705 wollen wir fördern. Seniorengerechtes, betreutes Wohnen muss in die Richtlinien des
706 sozialen Wohnungsbaus mit bundesweiten Qualitätsstandards verankert werden.
- 707 • Für Mobilität und soziale Teilhabe von älteren Menschen wollen wir ein kostenloses
708 bundesweites Senior*innen-Ticket (siehe Kapitel 9).

709 **V. Gesundheit und Pflege: Solidarität statt Wettbewerb**

710 Beim Zustand des Gesundheitssystems in Deutschland bleibt nur die Hoffnung: Bloß nicht
711 krank werden. Die Arbeitsbedingungen sind eine Katastrophe, als Kassenpatient*in wartet
712 man ewig auf einen Termin – und im Wartezimmer nochmal. Doch eine gute gesundheitliche
713 Versorgung für alle ist keine Utopie, sondern eine Verteilungsfrage. Wir können eine gute
714 Gesundheitsversorgung für alle erreichen, wenn wir mit der Profitorientierung brechen und
715 die Gesundheitsversorgung nach sozialen und medizinischen Kriterien ausrichten.

716 Das ist bitter nötig, denn der Ist-Zustand ist untragbar: Auf dem Land bricht die
717 Versorgung weg und Patient*innen müssen teils stundenlange Wege in Kauf nehmen.
718 Gleichzeitig sind viele Behandlungen unnötig und werden von Krankenhauskonzernen und
719 Ärzt*innen angeboten, weil es sich lohnt. Die Privatisierung und Ökonomisierung des
720 Gesundheitswesens ist ungerecht – und ineffizient. Trotzdem haben Lauterbach und die
721 Ampel-Regierung eine Krankenhausreform durchgepeitscht, die die Versorgung (nicht nur) auf
722 dem Land bedroht und weiter auf Wettbewerb zwischen den Kliniken setzt.

723 Wer arm ist, stirbt früher, wird häufiger schwer krank oder pflegebedürftig. Schuld daran
724 sind z.B. schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen, prekäre Lebensverhältnisse, kaum
725 Förderung von Prävention und gesunden Lebensweisen. Wir wollen ein gesundes Leben
726 unabhängig vom eigenen Geldbeutel in allen Lebensbereichen ermöglichen! Menschen ohne
727 regulären Aufenthaltsstatus müssen bundesweit Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung
728 erhalten. Gesundheit darf keine Klassenfrage mehr sein – und deshalb auch keine Frage der
729 Krankenkasse.

730 • Wir streiten für eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Alle zahlen
731 ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt. Die
732 Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Auch auf Einkommen aus Kapitalerträgen und andere
733 Einkommensarten müssen Beiträge gezahlt werden. Privatversicherte werden in die
734 gesetzliche Krankenversicherung einbezogen. Dadurch sinkt der Beitrag für die
735 Krankenversicherung von derzeit 17,1 auf etwa 13,3 Prozent des Bruttolohns. Für alle
736 Menschen mit einem Monatseinkommen unter etwa 7.100 Euro sinken die Beiträge. Der
737 allergrößte Teil der Bevölkerung wird durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch
738 viele Selbstständige und Rentner*innen.

739 • Unsere solidarische Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen
740 abdecken. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil
741 zahlen. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden!

742 • Mit der Pflegevollversicherung werden die Kommunen entlastet, weil sie nicht mehr für
743 die Eigenanteile der Pflegebedürftigen aufkommen müssen.

744 Für die Beschäftigten bedeutet der ständige Kostendruck im Gesundheitssystem Stress und
745 Überlastung. Viele Kolleg*innen haben dem Beruf den Rücken gekehrt, der Personalmangel
746 verschärft den Stress – ein Teufelskreis. Für die Patient*innen heißt das: mehr
747 vermeidbare Infektionen, weniger Versorgung, Tausende vermeidbare Todesfälle im
748 Krankenhaus pro Jahr.

749 • Solidarität mit den Beschäftigten, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen! Wir
750 fordern flächendeckende Entlastungstarifverträge haben (siehe Kapitel 7), bessere
751 Arbeitsbedingungen und eine bundesweite Offensive zur Rückanwerbung für Pflegekräfte
752 und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen, die den Beruf verlassen. Wir fordern
753 zudem eine Ausbildungsoffensive und allgemeinverbindliche Tarifverträge (s. Kapitel
754 7)

755 • Für eine gesetzlich vorgeschriebene Personalbemessung, bei der es am Ende auch mehr
756 Personal gibt, für Schichtpläne ohne Stress. Es braucht mindestens 100 000
757 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern!

758 • Kein Outsourcing, um Löhne zu drücken oder Tarifverträge zu umgehen! Wir unterstützen
759 die Kämpfe der Beschäftigten im Gesundheitswesen für die Rücknahme von
760 Ausgliederungen und Privatisierungen (etwa der Küchen- und Reinigungsdienstleistungen
761 oder der Logistik). Es muss gelten: Ein Haus, ein Tarif!

762 Es braucht eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung. Dafür muss der Bund
763 sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und ausreichend
764 zu finanzieren.

765 Das Krankenhaus-Reformgesetz der Ampel-Regierung ist halbherzig: Es hält an den
766 Fallpauschalen fest, enthält keine echten Standortgarantien für notwendige Einrichtungen
767 und sichert die niedrigschwellige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung nicht finanziell –
768 ausgerechnet gemeinnützige und ländliche Krankenhäuser sind besonders von der Schließung
769 bedroht.

770 • Wir wollen, dass die notwendigen Betriebskosten der Krankenhäuser von den
771 Krankenkassen vollständig finanziert werden, die Fallpauschalen müssen vollständig
772 abgeschafft werden. Dadurch sind Gewinne und Verluste weitgehend unmöglich. Private
773 Konzerne dürften zwar weiter Krankenhäuser betreiben, aber ohne Gewinnmöglichkeit
774 werden sie daran kein Interesse mehr haben. Wir wollen private Krankenhäuser, die
775 private Betreiber aufgeben wollen, in die öffentliche Hand überführen. Hierzu können
776 Kommunen und Länder auf den Re-Kommunalisierungsfonds zugreifen (s. Kapitel 11).

777 • Die Länder sind für die Investitionskosten der Krankenhäuser zuständig, zahlen dafür
778 aber seit Jahrzehnten viel zu wenig. Dadurch haben wir einen massiven
779 Investitionsstau, Personalmittel werden für Baumaßnahmen eingesetzt. Der
780 Pflegenotstand nimmt zu. Bund und Länder müssen nachhaltig in die Krankenhäuser
781 investieren! Die Vermögensteuer kann ihnen dabei helfen.

782 **Ambulante Versorgung**

783 Arztpraxen sind oft schlecht erreichbar und selten barrierefrei. Die Terminvereinbarung
784 ist kompliziert und die Wartezeit hängt vom Versichertenstatus ab. Die Linke tritt für
785 eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung
786 in Stadt und Land ein. Wir wollen kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der
787 wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie sollen zentrale Anlaufstelle für
788 Patient*innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen,

789 psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen
790 verbinden. Wir wollen, dass stationäre und ambulante Versorgung gemeinsam im Interesse des
791 Gemeinwohls geplant und gestaltet wird.

792 • Gesundheitsberufe wie Apotheker*innen, Pflegekräfte, Therapeut*innen (Heilmittel),
793 Hebammen, medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter*innen bringen ihre
794 speziellen Kompetenzen mit und sind für eine gute Versorgung unentbehrlich. Sie
795 sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und versorgen können. Wir wollen die
796 Befugnisse der Heilberufe ausweiten und eine flächendeckende Versorgung
797 gewährleisten.

798 • Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht den
799 Bedarf. Solange nicht genügend zugelassene Psychotherapeut*innen zur Verfügung
800 stehen, müssen Therapien über das Kostenerstattungsverfahren unbürokratisch möglich
801 sein. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform der Bedarfsplanung für
802 vertragspsychotherapeutische Kassensitze, die sich nach dem realen Bedarf richtet.
803 Die Ausbildungskosten für zukünftige Psychotherapeut*innen müssen gedeckelt werden
804 und die Vergütung an Tarifverträge angelehnt werden. Die Finanzierung der Ausbildung
805 durch die Weiterbildungsstätten muss gesetzlich geregelt werden.

806 • Private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private Equity) investieren in großem
807 Stil in Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgungszentren (MVZ), trimmen sie
808 auf Profite und verkaufen sie teurer weiter. Das wollen wir stoppen!

809 • Wir wollen, dass die elektronische Patientenakte konsequent auf die Verbesserung der
810 Behandlungen ausgerichtet ist und nicht – riesige Datenmengen ohne Wissen der
811 Patient*innen auch für kommerzielle Player freigegeben werden.

812 • Für digitale Gesundheitsanwendungen brauchen wir wissenschaftliche
813 Bewertungsverfahren. Wir wollen Open-Source-Anwendungen öffentlich fördern!

814 **Bezahlbare Medikamente für alle! Die Macht der Pharmaindustrie durchbrechen**

815 Die gesetzlichen Krankenkassen geben in Deutschland über 50 Milliarden Euro für
816 Arzneimittel aus – mit schnell steigender Tendenz – und obwohl Patient*innen für
817 Arzneimittel zuzahlen müssen. Für neue Arzneimittel verlangen die Pharmakonzerne
818 Fantasiepreise und machen Milliardenprofite. Keiner der Versuche, die Preise für neue
819 Arzneimittel zu regulieren, konnte die Kostenexplosion wirksam begrenzen. Wir wollen den
820 Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen. Es braucht öffentliche Kontrolle über die
821 Arzneimittelforschung. Preise müssen in der EU einheitlich festgelegt werden. Wir wollen
822 gezielt Gelder bereitstellen, um die Forschung zu öffentlicher Gesundheit (Public Health)
823 und die nichtkommerzielle klinische Forschung zu stärken.

824 **Pflege darf kein Armutsrisiko sein!**

825 Die Eigenanteile in der Pflege sind so hoch, dass sie meist alle Rücklagen und die Rente
826 auffressen und dann die Kosten von den Kommunen getragen werden. Pflegeeinrichtungen
827 gelten als lukratives Investment. Die Gewinne steigen, aber das hat seinen Preis: Der
828 Stress für Pflegekräfte steigt und die Versorgung der Bewohner*innen wird schlechter. Wir
829 wollen Pflegekonzerne aus der stationären Pflege herausdrängen. Die Finanzierung muss auf
830 Kostendeckung ausgerichtet werden. Wir setzen uns für einen Systemwechsel in der Pflege
831 ein: Für gute Arbeitsbedingungen und Entlastung der Beschäftigten in den
832 Pflegeeinrichtungen. Wir wollen private Pflegeeinrichtungen in öffentliche Hand
833 überführen.

- 834 • Die Kostenspirale der Eigenanteile muss gebrochen werden: Wir wollen sie kurzfristig
835 senken und deckeln. Mit unserer Pflegevollversicherung werden sie abgeschafft.
- 836 • Es braucht 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Pflegeheimen! Hunderttausende
837 Pflegekräfte können sich vorstellen, in den Beruf zurückzukehren – bei besseren
838 Arbeitsbedingungen.
- 839 • Die Berufe von Kranken- und Altenpflege sind zusammengelegt worden. Trotzdem besteht
840 noch eine Lohnlücke von etwa 300 Euro: Sie muss geschlossen werden. Alle Pflegekräfte
841 sind Fachkräfte und verdienen eine entsprechende Entlohnung.
- 842 • Pflegende Angehörige müssen viel besser unterstützt werden! Das
843 Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus: Wir wollen für alle Beschäftigten sechs
844 Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten
845 Auftreten eines familiären Pflegefalls. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle
846 pflegenden Angehörigen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten.
- 847 • Die größte Entlastung sowohl für Menschen mit Pflegebedarf als auch für ihre
848 pflegenden Angehörigen sind wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer
849 solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und
850 Kurzzeitpflege sowie unbürokratisch zugängliche Entlastungsangebote.
- 851 • Keine Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in der Pflege! Die „24-Stunden-
852 Betreuung“ ist eine Zumutung für alle Beteiligten. Die prekäre Lage dieser Menschen
853 in ihren Herkunftsländern wird für eine Beschäftigung unter inakzeptablen Bedingungen
854 ausgenutzt. Es braucht endlich eine Regulierung dieser Beschäftigungsverhältnisse mit
855 Sozialversicherungsschutz, gesetzlicher Arbeitszeit, Urlaub und Mindestlohn.

856 **Prävention und Beratung statt Strafverfolgung in der Drogenpolitik**

- 857 Ein Verbot von Drogen reduziert weder den Drogenhandel noch senkt es wirksam den Konsum.
858 Viele Probleme entstehen erst durch die Kriminalisierung, etwa Gesundheitsschäden durch
859 Verunreinigungen, der soziale Absturz von Menschen mit Suchtproblemen und die Förderung
860 der organisierten Kriminalität. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel.
- 861 • Wir wollen ein Werbe- und Sponsoring-Verbot für Tabak, Alkohol, andere Drogen sowie
862 Glücksspielangebote einführen, begleitet von Aufklärungskampagnen zu Alkohol-, Drogen
863 und Spielsucht. Manche dieser Suchtmittel sind gesellschaftlich oft weitgehend
864 akzeptiert, aber haben gravierende Folgen. Wir wollen wir Spielautomaten in
865 Gaststätten verbieten.
 - 866 • Wir wollen die Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden beenden und dafür den Kampf
867 gegen die organisierte Kriminalität stärken. Für häufig gebrauchte Drogen braucht es
868 hierfür bundeseinheitliche Höchstmengen, bei deren Besitz keine Strafverfolgung
869 erfolgt.
 - 870 • Wir wollen eine vollständige Legalisierung von Cannabis und die dafür notwendigen
871 Änderungen auf EU- und UN-Ebene.
 - 872 • Für alle Drogen, inklusive Alkohol, werden Grenzwerte für die Blutkonzentration
873 festgelegt, bei denen die Fahrtüchtigkeit nach wissenschaftlich-medizinischen
874 Gesichtspunkten nicht beeinträchtigt wird. Höhere Konzentrationen im Straßenverkehr
875 werden geahndet. Damit wollen wir das Nüchternheitsgebot endlich sachgerecht
876 durchsetzen.
 - 877 • Im Vordergrund muss stehen: Leben retten. Deshalb wollen wir einen flächendeckenden

878 Zugang zu Drogenkonsumräumen, sterilen Konsumutensilien und Medikamenten gegen
879 Überdosierung. Die Analyse von Drogen auf gefährliche Beimischungen und
880 Verunreinigungen (Drugchecking) muss flächendeckend verfügbar sein.
881 • Wir stärken Präventions-, Beratungs- und Hilfsangebote.

882 **VI. Eine friedliche Welt ist möglich**

883 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die eines
884 friedlichen Deutschlands in einer demokratischen, sozialen und friedlichen EU, in der das
885 Primat des Zivilen gilt. Wir wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in
886 der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite
887 der Angegriffenen und Unterdrückten steht. Eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen,
888 zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Eine Außenpolitik, für die
889 Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere
890 Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im
891 Krieg gibt es einen Klassengegensatz. Die arbeitende Klasse hat das stärkste und
892 unmittelbarste Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles zu verlieren und nichts
893 zu gewinnen.

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit
896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deutschland und die EU tragen durch
897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird
899 immer unsicherer. Imperialistische Angriffskriege wie der von Russland gegen die Ukraine
900 oder von der Türkei in Nordostsyrien bedrohen Millionen Menschen an Leib und Leben.

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck
916 aufzubauen.

917 Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den
918 geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich. Die
919 Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie die BRICS-
920 Staaten, infrage gestellt. Dabei versuchen alle Akteure, mir allen Mitteln mehr Einfluss
921 zu gewinnen und vorhandenen Einfluss gewaltsam zu verteidigen. Wir verurteilen dieses

922 Denken und Handeln, in der Ukraine, im Nahen Osten und in allen Krisengebieten der Welt.
923 Wir wollen, dass die Menschen in der Ukraine selbstbestimmt, demokratisch und souverän
924 über ihr Zusammenleben entscheiden können – genauso wie in Palästina, Kurdistan und
925 überall auf der Welt.

926 Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein
927 Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen
928 herangezogen werden. Das Unrecht der Besatzung der palästinensischen Gebiete ist niemals
929 eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas – und genauso
930 rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der israelischen
931 Armee in Gaza oder im Libanon. Wir unterstützen die Bemühungen des Internationalen
932 Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Verantwortung zu ziehen.
933 Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in
934 Israel und Palästina im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.

935 Wir wollen die weltweite Spirale von Aufrüstung und Konfrontation durchbrechen. Das
936 drohende Wettrüsten und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen führen nicht zu
937 mehr, sondern zu weniger Sicherheit für die Menschen in Deutschland, Europa und der ganzen
938 Welt. Von einem Rüstungswettlauf profitieren vor allem die Rüstungskonzerne und ihre
939 Anteilseigner. Er geht zu Lasten des sozialen Fundamentes der Demokratie und der dringend
940 nötigen Zukunftsinvestitionen überall. Dagegen braucht es eine ganz andere, eine
941 friedenspolitische Zeitenwende - für eine Sicherheitspolitik ohne militärischen
942 Tunnelblick.

943 Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ist dafür
944 nicht geeignet. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein reines Militärbündnis
945 zur Durchsetzung nationaler und wirtschaftlicher Interessen, immer wieder und seit vielen
946 Jahrzehnten auch mit militärischer Gewalt. Weder der Afghanistankrieg, noch der Irakkrieg,
947 noch die weiteren zahlreichen Völkerrechtsbrüche durch NATO-Mitglieder haben Europa
948 sicherer gemacht. Wir haben dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn
949 wir aus Fehlern lernen und uns rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik.
950 Kein Kalter Krieg 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines friedlichen
951 Europas. Eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa soll die NATO mittelfristig
952 ersetzen. Langfristig kann sie auch Russland und die Türkei miteinbeziehen - Voraussetzung
953 wäre die Beendigung aller Angriffskriege. Globale Sicherheit gibt es nur durch eine
954 gerechte Neuordnung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Welt. Auch dafür
955 setzen wir uns ein.

956 Wir wollen Diplomatie stark machen - und EU und Bundesrepublik international wieder
957 glaubwürdig. Denn die fehlende Glaubwürdigkeit, etwa angesichts der Völkerrechtsbrüche von
958 NATO-Verbündeten, wie der USA, der Türkei oder Saudi-Arabien, ist selbst ein
959 Sicherheitsrisiko für Europa. Das verhindert diplomatische Erfolge, siehe die fehlende
960 internationale Unterstützung der Sanktionen gegen Russland. Eine EU, die nicht mehr Teil
961 der Blockkonfrontation ist, sondern im UN-System glaubwürdig und ohne Doppelstandards für
962 einen Interessenausgleich eintritt, würde auf zivilen Weg ihr politisches Gewicht deutlich
963 erhöhen.

964 • Um endlich einen Friedensprozess für die Ukraine zu ermöglichen, muss die
965 Bundesregierung Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien endlich
966 aufgreifen und sich aktiv für eine gemeinsame diplomatische Verhandlungsoffensive
967 einsetzen, unterstützt durch gezielte Sanktionen, die nicht gegen die Breite der

- 968 Bevölkerung gerichtet sind.
- 969 • Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und keine weitere
970 Aufrüstung in Deutschland und Europa. Die europäischen NATO-Staaten geben heute schon
971 – kaufkraftbereinigt – sehr viel mehr Geld für das Militär aus als Russland.
972 Sicherheit ist ohne Aufrüstung organisierbar.
 - 973 • Wir wollen die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätze abziehen und sie strikt auf
974 Landesverteidigung ausrichten. Wir wollen, dass sie zu einer strukturell nicht
975 angriffsfähigen Verteidigungsarmee umgebaut wird.
 - 976 • Wir wollen die nukleare Teilhabe der Bundeswehr beenden. Alle US-Atomwaffen müssen
977 aus Deutschland abgezogen werden.
 - 978 • Diplomatischen Druck für einen sofortigen Waffenstillstand und einen nachhaltigen
979 Friedensprozess in Israel und Palästina. Beendigung der deutschen Waffenexporte nach
980 Israel, Anerkennung Palästinas als eigenen Staat in den Grenzen von 1967 und Druck
981 der Bundesregierung auf die Staaten der Region, Israel als Staat anzuerkennen.
 - 982 • Deutschland muss die Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) zur
983 juristischen Aufarbeitung und Verfolgung der Verbrechen im Kontext des Nahost-Krieges
984 seinen Verpflichtungen als Vertragspartner gemäß unterstützen.
 - 985 • Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und Rüstungsexporte verbieten. Wir
986 fordern eine gezielte Förderung der Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivil
987 notwendige Produkte.
 - 988 • Wir stellen uns gegen eine Militarisierung der Gesellschaft: Keine Wiedereinführung
989 der Wehrpflicht, kein Werben fürs Sterben an unseren Schulen und Universitäten.
990 Zivilklauseln für Hochschulen ohne Militär wollen wir verteidigen und ausbauen.
 - 991 • Stärkung und Reform der Vereinten Nationen: Die UN-Generalversammlung, in der alle
992 Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind, muss gegenüber dem undemokratischen
993 UN-Sicherheitsrat stärkere Entscheidungsrechte erhalten, vor allem bei Fragen zur
994 Wahrung des Weltfriedens.
 - 995 • Wir unterstützen alle Abrüstungsbemühungen von unten, bei denen die globale
996 Zivilgesellschaft für eine grenzübergreifende Eindämmung des Rüstungswahnsinns
997 eintritt. Wir unterstützen globale Initiativen zur Abrüstung und zur Reduzierung der
998 Militärausgaben, um so die Logik des Rüstungswettlaufes zu durchbrechen und das Geld
999 für Zukunftsinvestitionen zu nutzen.

1000 **Für eine EU, die Teil der Lösung ist**

1001 Wir wollen eine soziale EU, die internationalem Ausgleich und dem Frieden verpflichtet
1002 ist, anstatt Löhne zu drücken und Blockkonfrontation und Standortkonkurrenz zu
1003 verschärfen. Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa, das den Menschen mit
1004 niedrigen und mittleren Einkommen hilft. Eine Friedensunion, die Demokratie fördert und in
1005 globale Gerechtigkeit investiert statt in Konfrontation. Wir treten für
1006 Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung Europas stoppen.

- 1007 • Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den
1008 klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschneidet die
1009 Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik
1010 fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne
1011 Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden.

- 1012 Auch soziale Rechte müssen in der EU unteilbar sein.
- 1013 • Die soziale Kohäsion muss Priorität der EU-Politik werden, um die Lebensverhältnisse
1014 der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu verbessern. Die Angleichung der
1015 sozialen Lage beugt Standortverlagerung, Lohndumping und Abwanderung von Fachkräften
1016 vor, Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine
1017 solidarische Erweiterung der Europäischen Union, dafür ist die Einhaltung sozialer,
1018 ökologischer und demokratischer Standards notwendig. Beitritts-hilfen sollen der
1019 Entwicklung der jeweiligen Länder dienen und sie in die Lage versetzen, diese
1020 Standards zu erfüllen, damit auch die Menschen vor Ort profitieren. Um
1021 erweiterungsfähig zu werden, bedarf es ebenso Reformen der EU27.
- 1022 • Wir wollen, dass das Europäische Parlament endlich das volle Initiativrecht bekommt
1023 und eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann. Grundlegende Entscheidungen müssen vom
1024 Europaparlament getroffen werden – statt von exekutiven Gremien wie Kommission,
1025 Eurogruppe oder Rat. Die hohen Hürden für europäische Bürgerinitiativen müssen
1026 gesenkt werden: Wir wollen EU-weite Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen.
1027 Alle Menschen sollen in den EU-Staaten, in denen sie leben, die gleichen Rechte
1028 haben.
- 1029 • Der Ausschuss der Regionen soll gestärkt werden, indem er in die
1030 Entscheidungsstruktur der EU-Institutionen einbezogen wird, um die lokalen
1031 Perspektiven sowie Erfahrungen in Politikgestaltung einzubinden.
- 1032 • Friedensunion statt Festung Europa! Wir stellen uns der weiteren Aufrüstung der EU
1033 und die Militarisierung der europäischen Grenzen entgegen. Deals zum Zweck der
1034 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. Die Abschottungsagentur Frontex muss
1035 umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission.
- 1036 • Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem
1037 Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags über
1038 Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa
1039 einsetzen. Ziel muss die Beseitigung aller Atomwaffen sein.
- 1040 **Für globale Gerechtigkeit**
- 1041 Jahrhunderte kolonialer Ausbeutung und die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung sind
1042 Ursache für die großen Ungleichheiten zwischen den westlichen Industriestaaten und den
1043 Ländern des Südens. Auch global gilt: kein Frieden, keine Sicherheit ohne soziale
1044 Gerechtigkeit. Was wir wirtschafts- und sozialpolitisch für Deutschland fordern, wollen
1045 wir auch global durchsetzen – gemeinsam und solidarisch mit den sozialen Bewegungen und
1046 den fortschrittlichen Parteien weltweit. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale
1047 Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen ebenso beendet werden wie solche,
1048 die neoliberale Strukturanpassungen erzwingen.
- 1049 Trotz gegenteiliger Ankündigung in ihrem Koalitionsvertrag hatte die Ampelregierung bei
1050 Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe rigoros Kürzungen vorgenommen. Wir wollen diese
1051 Entwicklung umkehren, wir wollen soziale Gerechtigkeit weltweit und nehmen die UN-Ziele
1052 für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) zum Maßstab.
- 1053 • Wir fordern eine globale Mindeststeuer auf Unternehmen und eine globale
1054 Milliardärsteuer, Regulierung der Finanzmärkte und Einführung einer
1055 Finanztransaktionssteuer, faire Kooperationsabkommen anstelle von
1056 Freihandelsabkommen. Es braucht einen Schuldenschnitt für Länder des globalen Südens

- 1057 und eine Entschuldungsinitiative.
- 1058 • Die finanzielle Unterstützung bei Klimaschutz und Minderung von Klimaschäden für
1059 Länder des globalen Südens muss massiv erhöht werden. (siehe Kapitel 8)
- 1060 • Es braucht eine Anhebung der Finanzierungshöhe der Entwicklungshilfe auf die
1061 vereinbarten 0,7 Prozent. Zentrale Leitlinien für entwicklungspolitische Maßnahmen
1062 müssen die Einhaltung von Menschenrechten, Schutz von Frauen, Mädchen und LSBTIQ+ und
1063 Schutz von Kindern und Jugendlichen sein. Eine Verwendung von
1064 Entwicklungshilfegeldern für zivil-militärische Zusammenarbeit oder die Abschottung
1065 gegen Geflüchtete lehnen wir ab.
- 1066 • Deutschland und die EU müssen Ernährungssouveränität sicherstellen, Landraub durch
1067 Großkonzerne verhindern, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fördern, lokale Produzenten
1068 vor Preis-Dumping und Verdrängung schützen, Spekulation mit Nahrungsmitteln
1069 verbieten.
- 1070 • Das Menschenrecht auf Gesundheit stärken! Medikamente und Impfstoffe, die über mit
1071 Steuergeldern finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur
1072 Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden.
- 1073 • Das Lieferkettengesetz wollen wir erhalten und die zentralen Regelungen in Bezug auf
1074 Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Bekämpfung von
1075 Kinderarbeit stärken.

1076 **VII. Arbeit, die zum Leben passt**

1077 Gute Arbeit ist ein Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, in dem wir uns selbst
1078 entwickeln und am Freizeit- und Kulturleben teilnehmen können. Arbeit darf nicht krank
1079 machen. Die Klagen über schlechte Arbeitsbedingungen nehmen aber immer weiter zu. Ein
1080 riesiger Niedriglohnbereich wurde geschaffen, Befristungen und Leiharbeit gefördert und in
1081 vielen Branchen häufen sich die Berichte von Beschäftigten über Überlastung im Job. Immer
1082 öfter fehlt aufgrund von Fehlplanung und schlechten Arbeitsbedingungen ausreichend
1083 Personal oder die Arbeit wird verdichtet.

1084 Der Fachkräftemangel ist inzwischen allgegenwärtig. Die Arbeitsbedingungen müssen sich
1085 ändern. Produktives Arbeiten bis zur Rente ist nur mit stärkerer Entlastung, besserer
1086 Vereinbarkeit und mehr Mitbestimmung möglich. Beschäftigte erwarten zu Recht, dass ihre
1087 Arbeit zu ihrem Leben passen muss. Das ist auch volkswirtschaftlich vernünftig.

1088 **Schluss mit schlechten Löhnen und unsicheren Jobs**

1089 Löhne müssen für ein gutes Leben mit Kindern reichen. Doch jede*r Sechste in Deutschland
1090 bekommt für die eigene Arbeit nur einen Niedriglohn, mit dem man kaum über den Monat
kommt

1091 – in Ostdeutschland fast jede*r Vierte. Laut EU soll der gesetzliche Mindestlohn
1092 mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens betragen, in Deutschland liegt er deutlich
1093 darunter. Die EU fordert auch Maßnahmen, um 80% der Beschäftigten durch Tarifverträge zu
1094 schützen: In Deutschland ist es derzeit nur jede*r Zweite. Trotzdem hat die Ampelregierung
1095 die europäische Mindestlohn-Richtlinie nicht umgesetzt – obwohl diese geltendes Recht ist.

- 1096 • Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025
1097 wären das 15 Euro. Jährlich muss er um die Inflationsrate steigen. Er muss ohne
1098 Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. Die

1099 Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften
1100 entscheiden. Alle Arbeitszeiten müssen elektronisch erfasst werden, damit Unternehmen
1101 ihre Beschäftigten nicht um den Mindestlohn betrügen.

1102 • Das Arbeitsministerium soll Tarifverträge für allgemeingültig erklären können – auch
1103 ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite. Bei Auslagerungen müssen Tarifverträge
1104 unbefristet fortgelten.

1105 • Volle Sozialversicherung in jedem Arbeitsverhältnis ab dem 1. Euro statt Minijobs,
1106 Midijobs und Ausnahmen für ausländische Saisonbeschäftigte. Alle brauchen
1107 Krankenversicherung, eine Rente und Schutz bei Arbeitslosigkeit. Auch für
1108 Soloselbstständige müssen Auftraggeber*innen Sozialversicherungsbeiträge zahlen und
1109 branchenweite Mindesthonorare einhalten.

1110 • Um Sicherheit und Planbarkeit des Lebens zu ermöglichen, wollen wir Leiharbeit und
1111 sachgrundlose Befristungen abschaffen. Sachgründe für Befristungen werden wir
1112 deutlich enger begrenzen, spätestens der 3. Arbeitsvertrag beim selben Arbeitgeber
1113 muss unbefristet sein. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leihbeschäftigte ab dem
1114 ersten Tag genauso bezahlt werden wie Beschäftigte im Einsatzbetrieb plus 10%
1115 Flexibilitätszulage. Die Höchstüberlassungsdauer muss für den Arbeitsplatz gelten
1116 statt für die Beschäftigten. Wir wollen Scheinwerkverträge wirkungsvoll bekämpfen,
1117 damit niemand um seine Arbeitnehmer*innenrechte betrogen wird: Bei Verdacht auf
1118 Verstöße gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss die Beweislast bei den
1119 beteiligten Unternehmen liegen.

1120 • Damit der Arbeitsschutz funktioniert, dürfen auch ausländischen Beschäftigten keine
1121 Nachteile durch Kontrollen oder Meldung von Missständen entstehen: Deshalb müssen
1122 Aufenthaltsrechte unabhängig vom Arbeitsvertrag sein. Mobile Arbeitsrechtsberatung in
1123 Muttersprachen muss dauerhaft finanziert werden. Kosten für Unterkünfte, die der
1124 Arbeitgeber stellt oder vermittelt, müssen gedeckelt werden und transparent auf der
1125 Lohnabrechnung stehen. Beschäftigte in Privathaushalten sollen vorrangig über
1126 gemeinwohlorientierte und kommunale Träger vermittelt werden sowie über zertifizierte
1127 Agenturen, die Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.

1128 • Das Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz werden, um gleiche
1129 Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Es soll Unternehmen auch
1130 verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der Bewertung von Arbeit schrittweise
1131 und branchenübergreifend abzubauen mit dem Ziel, dass Arbeit mit Menschen nicht
1132 schlechter bewertet wird als Arbeit mit Maschinen, oder dass Berufserfahrung mit
1133 formalen Abschlüssen gleichgestellt wird. Gewerkschaften brauchen ein
1134 Verbandklagerecht, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.

1135 **Fachkräfte sichern mit guten Arbeitsbedingungen**

1136 Gute Löhne und Arbeitsbedingungen sind das beste Mittel gegen Personalmangel. Alle reden
1137 über einen Mangel an Fachkräften, doch die Gründe fallen oft unter den Tisch.

1138 Pflegekräfte, Erzieher*innen und Lehrkräfte kämpfen für Tarifverträge zur Entlastung. Sie
1139 hängen reihenweise ihren Job an den Nagel oder verkürzen ihre Arbeitszeit, weil die
1140 Belastung nicht länger zu ertragen ist. Viele Betriebe zahlen nur knapp über dem
1141 Mindestlohn. Immer weniger Betriebe bilden selbst aus, gleichzeitig haben fast drei
1142 Millionen junge Leute in Deutschland keinen Berufsabschluss. Rund 3,5 Millionen Menschen
1143 stecken außerdem in Erwerbslosigkeit fest, wenn man ältere Erwerbslose und Menschen in

1144 Weiterbildungsmaßnahmen mitzählt. Unternehmen und Regierung lenken davon ab, dass sie
1145 Löhne und Arbeitsbedingungen nicht verbessern und nicht mehr in Ausbildung investieren
1146 wollen. Die Hälfte der ehemaligen Pflegekräfte würde laut Studien in ihren Job
1147 zurückkehren, wenn die Bedingungen besser werden. Die Unternehmerverbände fordern das
1148 Gegenteil und wollen längere Arbeitszeiten, obwohl das die Probleme nicht löst, sondern
1149 weiter verschärft. Wir wollen, dass gute Arbeitsbedingungen überall zur Norm werden:

- 1150 • Öffentliche Aufträge dürfen nur Unternehmen bekommen, die Tarifverträge einhalten,
1151 auch bei ihren Subunternehmen. Öffentliche Verwaltungen und Betriebe in öffentlichem
1152 Eigentum müssen mit den Gewerkschaften realistische Schritte für Entlastung und gute
1153 Arbeit vereinbaren, um den Personalmangel zu beheben. Dazu gehören ausreichend
1154 finanzierte öffentliche Haushalte, die gute Arbeitsbedingungen ermöglichen statt
1155 Milliarden und Multimillionäre zu beschenken.
- 1156 • Wir brauchen bessere Arbeitsschutzverordnungen gegen berufliche Überlastung und
1157 erzwingbare Mitbestimmung für Betriebsräte bei Personalbemessung und der Vorbeugung
1158 von Belastungen. Beschäftigte sollten wöchentliche Beratungszeit bekommen, um sich
1159 über die Arbeitsbedingungen zu verständigen. Arbeitsschutzbehörden brauchen mehr
1160 Personal und Bußgelder müssen empfindlich erhöht werden. Berufskrankheiten müssen
1161 leichter anerkannt werden.
- 1162 • Eine Ausbildungsumlage muss Ausbildungsbetriebe entlasten und Betriebe, die nicht
1163 selbst ausbilden, an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Alle Unternehmen einer
1164 Branche müssen zusätzlich in einen Weiterbildungsfonds einzahlen.
- 1165 • Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um kürzere Arbeitszeiten bei vollem
1166 Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen. Eine geringere
1167 Wochenarbeitszeit oder eine Vier-Tage-Woche ermöglichen mehr Erholung und eine
1168 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verteidigen den 8-Stunden-Tag als
1169 Obergrenze und mindestens 11 Stunde Ruhezeit zwischen Schichten, Ausnahmen wollen wir
1170 einschränken und die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen.
1171 Arbeitsunterbrechungen müssen bezahlt werden, sie sind keine Freizeit der
1172 Beschäftigten!
- 1173 • Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle und auf
1174 familienfreundliche Schichten ein. Alle Beschäftigten brauchen das Recht auf
1175 vorübergehende Verkürzung ihrer Arbeitszeiten und auf eine sechswöchige Pflegezeit
1176 mit Lohnfortzahlung. Wir setzen uns für einen gesetzlichen Urlaubsanspruch von sechs
1177 Wochen im Jahr ein.
- 1178 • Bei Betriebsschließung, Verlagerung, Investitionen, Umwelt- und Klimafragen,
1179 Personalbemessung, Weiterbildung und der Verhinderungen von Gesundheitsschäden
1180 brauchen Betriebs- und Personalräte ein erzwingbares Recht auf Mitbestimmung. In
1181 allen privaten und öffentlichen Unternehmen ab 500 Beschäftigten muss echte
1182 paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten her. (siehe Kapitel 8)
- 1183 • Betriebsratswahlen müssen einfacher werden, Behinderung von Wahlen und Betriebsräten
1184 strenger verfolgt und Gewerkschaften verlässlich Zugang bekommen, insbesondere auch
1185 digital. Betriebs- und Beschäftigtenbegriff müssen angepasst werden. Arbeit, die über
1186 digitale Plattformen organisiert wird, muss automatisch als Beschäftigungsverhältnis
1187 gelten, es sei denn, das Gegenteil kann belegt werden. Hierbei müssen strenge
1188 Kriterien zur Anwendung kommen. werden Die Mitbestimmung in öffentlichen und

1189 kirchlichen Einrichtungen muss an das Betriebsverfassungsgesetz angepasst werden. Das
1190 Streikrecht verteidigen wir gegen alle Angriffe. Es muss auch bei Kirchen und für
1191 Beamte gelten – und Streiks für politische und gesellschaftliche Anliegen erlaubt
1192 sein. Das Tarifeinheitsgesetz muss weg. Arbeitgeberverbände dürfen keine tariflosen
1193 Mitgliedschaften anbieten. Gewerkschaften müssen die Einhaltung von Tarifverträgen
1194 einklagen können.

1195 • Die Bundesregierung muss einen verbindlichen Zukunftsplan für die Wirtschaft
1196 gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften, Umwelt- und
1197 Sozialverbänden, Wissenschaft und Unternehmen entwickeln. Darin müssen Umbauziele und
1198 Investitionen für die nächsten Jahre festgeschrieben werden und an
1199 Beschäftigungsgarantien und Tarifverträge gebunden werden, um Planungssicherheit für
1200 alle zu schaffen. (siehe Kapitel 8)

1201 • Unternehmen müssen alle Beschäftigten für veränderte Anforderungen und Aufgaben
1202 weiterbilden. Deswegen brauchen wir einen Fonds, in den alle Unternehmen einer
1203 Branche einzahlen. Alle Beschäftigten dürfen für Weiterbildung ihre Arbeitszeit
1204 verkürzen und bekommen für diese Zeit mindestens 70% ihres Lohns fortgezahlt (im
1205 Niedriglohnbereich staatlich auf 100% aufgestockt), damit sich alle eine
1206 Weiterbildung leisten können. Bei Arbeitslosengeld und Rente muss diese Zeit besser
1207 berücksichtigt werden. Wer den Job verliert, sollte 90% des letzten Nettolohns als
1208 Weiterbildungsgeld bekommen, ohne dass dadurch der Anspruch auf Arbeitslosengeld
1209 gekürzt wird.

1210 **Gute Absicherung bei Erwerbslosigkeit**

1211 Im Oktober 2024 waren über 3,5 Millionen Menschen in Deutschland entweder arbeitslos oder
1212 in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht. Fast eine Million Menschen sind
1213 langzeitarbeitslos. Wir finden, dass niemand unfreiwillig vom Erwerbsleben ausgeschlossen
1214 bleiben darf.

1215 Mit längeren Rahmenfristen und kürzeren Anwartschaftszeiten verschaffen wir wieder mehr
1216 Menschen Zugang zur Arbeitslosenversicherung. Das Arbeitslosengeld soll länger gezahlt und
1217 auf 68 Prozent erhöht werden. Erwerbslosigkeit bekämpfen wir mit staatlichen
1218 Beschäftigungsmaßnahmen und Qualifizierungsprogrammen. Unser Investitionsprogramm in die
1219 öffentliche Daseinsvorsorge und in die Verkehrs- und Energiewende schafft Hunderttausende
1220 gute Arbeitsplätze. Für Menschen, die dauerhaft vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen
1221 sind, schaffen wir zusätzliche Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten
1222 Beschäftigungssektor („Sozialer Arbeitsmarkt“). Erwerbslose erhalten einen Rechtsanspruch
1223 auf Qualifizierung und Weiterbildung.

1224 **VIII. Wirtschaft für alle - sozial und ökologisch**

1225 Wenn Steuersenkungen und Deregulierung das richtige Rezept wären, um eine
1226 wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen, dann müssten Monaco, die Kaimaninseln und der
1227 Sachsenwald blühende Produktionslandschaften sein. Sind sie aber nicht. In Steueroasen
1228 entstehen weder Industriearbeitsplätze, noch werden dort innovative Unternehmen gegründet.
1229 Eine international wettbewerbsfähige Produktion hat andere Voraussetzungen: Eine gute
1230 Infrastruktur, ausgebildete Fachkräfte, qualifizierte Dienstleister und Zulieferer,
1231 Bildung, Forschung, eine ausgewogene Wirtschaftslandschaft aus unterschiedlichen Branchen
1232 und Unternehmensgrößen, Lebensqualität und politische Stabilität. Eine Wirtschaft für

1233 alle, die nicht nur auf ein paar ausgewählte Leuchtturmprojekte schaut, sondern die
1234 Situation von Beschäftigten, Konsument*innen, Kleinunternehmen und Unternehmen der
1235 Daseinsvorsorge ebenso in den Blick nimmt: Die ist nicht nur sozial gerechter, sondern
1236 auch wirtschaftlich erfolgreicher.

1237 Gleichzeitig befinden wir uns in einem Prozess, der eine zügige, grundlegende
1238 Modernisierung der Wirtschaft erfordert: Weil die Produktions- und Lebensweise
1239 klimaneutral werden muss, weil es um Innovation geht, weil die Balance zwischen Öffnung
1240 und Sicherheit auch für Lieferketten, Handelswege und Energieversorgung neu bestimmt
1241 werden muss. Das geht nur mit einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik. Dazu gehören
1242 klare und langfristige Zielvorgaben, mit welchen Technologien und mit welchen Förderungen
1243 der Umbau erreicht werden soll, denn ohne einen klaren Rahmen können auch Private nicht
1244 investieren. Dazu gehört aber auch, dass niemand beim Umbau auf der Strecke bleibt, dass
1245 Beschäftigte qualifiziert und abgesichert werden und dass die untere Einkommenshälfte von
1246 den Kosten der Transformation freigestellt wird.

1247 Die Grenzen des fossilen Kapitalismus sind erreicht: Trotzdem halten Konzerne an ihrer
1248 Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu schützen. Einige wenige
1249 Großvermögende werden dadurch immer reicher, indem sie die große Mehrheit für sich
1250 arbeiten lassen und die Natur hemmungslos ausbeuten und das Klima anheizen. Wir wollen
1251 diese Wirtschaftsweise überwinden. Unser Ziel ist eine gerechte, nachhaltige Wirtschaft,
1252 die der großen Mehrheit der Menschen ein besseres Leben ermöglicht und dabei die
1253 natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert. Wir wollen den demokratischen
1254 Sozialismus.

1255 Die letzten drei Jahre waren verheerend für den Klimaschutz. In keinem Bereich gab es
1256 grundlegende Fortschritte, stattdessen wurde das sowieso schon dünne Klimaschutzgesetz der
1257 Vorgängerregierung noch aufgeweicht. Alle kosmetischen Maßnahmen haben die Bedürfnisse
der

1258 Menschen ignoriert. Damit hat die Ampel-Regierung die große Bereitschaft der Bevölkerung,
1259 auch weitreichende Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen zerstört. Unsere Wirtschaftspolitik
1260 richtet sich gegen die soziale Spaltung im Land. Wir verlangen Anerkennung und Respekt für
1261 alle diejenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Das bedeutet, in den Umbau der
1262 Wirtschaft investieren und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Kosten nicht den
1263 Beschäftigten und der großen Mehrheit aufgebürdet werden. Klimaschutz und soziale
1264 Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen: Ohne soziale Gerechtigkeit hat die
1265 Mehrheit gar keine Möglichkeit, Klimaschutz im Alltag umzusetzen. Ohne Klimaschutz wird es
1266 keine soziale Gerechtigkeit mehr geben, denn der Klimawandel trifft die am stärksten, die
1267 finanziell schlechter gestellt sind.

1268 **Die Industrie sozial und ökologisch gerecht umbauen**

1269 Die vergangenen Bundesregierungen haben zugeschaut, wie massenhaft Industriearbeitsplätze
1270 in Zukunftsbranchen vernichtet wurden. Seit ihrer Hochphase ist die Zahl der Beschäftigten
1271 in der Solarindustrie um knapp 120 000 gesunken und hat sich immer noch nicht erholt. In
1272 der Windkraftindustrie sind mehr als 40 000 Stellen verloren gegangen. Ohne Importe aus
1273 China kann in Deutschland keine Solaranlage und kein Windrad mehr errichtet werden. Der
1274 Umbau der Automobilindustrie wurde verschlafen – Hunderttausende Arbeitsplätze stehen auf
1275 dem Spiel. Die Entscheidung der Regierung, industriepolitisch blind auf den Markt zu
1276 vertrauen, war fatal.

1277 Die deutsche Industrie ist stark abhängig vom Export, allen voran die wichtigen Branchen

1278 Automobilindustrie und der Werkzeug- und Maschinenbau. Wir wollen die Industrieproduktion
1279 umbauen und zukunftssicher machen. So sichern wir Beschäftigung und gute Arbeit. Darum
1280 wollen wir die Produktion für den Binnenmarkt und die Herstellung nachhaltige Güter
1281 stärken. Wir setzen uns für die zivile und ökologisch nachhaltige Konversion der
1282 Industrieproduktion ein. Zentral ist der Umbau der Rüstungsindustrie in Richtung
1283 Friedensproduktion und die Weiterentwicklung der Automobilindustrie im Rahmen einer
1284 aufzubauenden Mobilitätsindustrie, für die der Staat durch Investitionen in die
1285 Verkehrswende die Nachfrage schaffen muss. Wir wollen gute Arbeit schaffen, das Klima
1286 schützen sowie nachhaltig öffentliches Eigentum und Mitbestimmung stärken. Wir wollen
1287 regionale Wirtschaftskreisläufe aufbauen und dadurch Transport-Emissionen reduzieren: Wir
1288 wollen, dass Produkte möglichst nah an dem Ort hergestellt werden, wo sie gebraucht
1289 werden. Lieferketten werden kürzer, zuverlässiger und belasten die Umwelt weniger. Anstatt
1290 Industriekomponenten um die Welt oder quer durch Europa zu schicken, um die billigsten
1291 Löhne auszuschöpfen, wollen wir integrierte Produktionsabläufe stärken. Das sichert lokale
1292 Arbeitsplätze und stärkt die Regionen abseits der Metropolen.

1293 **Unser sozial-ökologisches Investitionsprogramm für den Industrieumbau**

1294 Wir fordern 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau: Das Geld fließt in einen
1295 Investitionsfonds, aus dem Unternehmen entweder durch langfristige Kredite oder im
1296 Austausch zu Gesellschaftsanteilen beim klimagerechten Umbau unterstützt werden.
1297 Beschäftigte sollen einen Kredit erhalten, wenn sie einen Betrieb selbst übernehmen und
1298 genossenschaftlich weiterführen wollen, auch im Fall einer Insolvenz, wenn eine
1299 grundsätzliche Perspektive auf einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht. Der Fonds
1300 soll mittelfristig kostendeckend wirtschaften und Gewinne aus Beteiligungen oder Krediten
1301 reinvestieren.

1302 Darüber hinaus wollen wir den Klima- und Transformationsfonds (KTF) ausbauen und jährlich
1303 mit 64,6 Milliarden Euro ausstatten: Das Geld wird unter anderem verwendet:

- 1304 • Für eine Anschubfinanzierung für neue Batterietechnologien und Energiespeicher. Die
1305 Herstellung und den Transport von Wasserstoff wollen wir nur in Fällen fördern, wo
1306 sie erwiesenermaßen notwendig ist und es keine praktikablen Alternativen gibt, etwa
1307 für Langzeit-Energiespeicher oder als Grundstoff für die chemische Industrie;
- 1308 • Um die energieintensive Industrie in Notlagen zeitweise beim Industriestrompreis zu
1309 unterstützen;
- 1310 • Und für einen Rettungsschirm für die Zuliefererbetriebe in der Automobilindustrie in
1311 Höhe von 20 Milliarden Euro.
- 1312 • Mit der Hilfe von Klimaschutzverträgen wollen wir klimafreundliche Technologie bei
1313 der Um- und Ausrüstung von Produktionsanlagen fördern, zusätzlich zu Aktivitäten des
1314 Investitionsfonds.
- 1315 • Auf europäischer Ebene setzt sich Die Linke für eine Ausweitung der Ausnahmen und
1316 Änderung des Europäischen Beihilferechts ein. Nur so wird eine echte Industriepolitik
1317 möglich.

1318 Dabei gilt: Kein Steuergeld ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (egal ob direkte
1319 Hilfszahlungen oder indirekte Subventionen) binden wir an langfristige Garantien von
1320 Arbeitsplätzen, Tarifverträgen, Standortverpflichtungen und verbindliche
1321 Investitionspläne. So treiben wir den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran,
1322 sichern Arbeitsplätze und Einkommen für die Beschäftigten.

- 1323 • Wenn Betriebe betriebsbedingte Kündigungen aussprechen und sich nicht an
 1324 Beschäftigungsvereinbarungen halten, müssen sie Fördergelder zurückzahlen. Es dürfen
 1325 keine Unternehmen in Steueroasen gefördert werden. Dividendenausschüttungen müssen
 1326 bei der Inanspruchnahme von Förderungen untersagt werden.
- 1327 • Öffentliche Steuerung von Schlüsselbranchen durch die Gründung von
 1328 Industriestiftungen und anderen öffentliche Beteiligungsformen neben dem
 1329 Investitionsfonds. Finanziert durch den Bund sollen gezielt Anteile an Unternehmen
 1330 erworben werden, die eine Schlüsselrolle im Systemwechsel einnehmen, und damit den
 1331 klimagerechten Umbau besser steuern. So schützen wir auch kritische Infrastruktur,
 1332 wie Raffinerien, Pipelines, Energiespeicher oder Häfen, vor dem Ausverkauf an
 1333 autoritäre Regime oder private Konzerne. Öffentliche Unternehmen müssen der Motor der
 1334 industriellen Erneuerung werden, eine steuernde Rolle einnehmen und die Kompetenzen
 1335 privater Unternehmen in Kooperationen einbinden.
- 1336 • Klimagerechte Leitmärkte schaffen: Durch die öffentliche Beschaffung und
 1337 Produktstandards und Quoten kann auf Leitmärkten, zum Beispiel in der Stahlindustrie,
 1338 klimafreundlich und tariflich abgedeckt produzierten Produkten Vorteile eingeräumt
 1339 werden. Es werden die Unternehmen belohnt, die am schnellsten und günstigsten
 1340 klimafreundliche Produkte anbieten können und gleichzeitig gute Arbeit und
 1341 gewerkschaftliche Mitbestimmung garantieren.
- 1342 • Wirtschafts- und Transformationsräte: In den Regionen, die vom Strukturwandel
 1343 betroffen sind, wollen wir Wirtschafts- und Transformationsräte einsetzen, die über
 1344 Geld aus dem Klima- und Transformationsfonds verfügen und den Umbau vor Ort
 1345 mitgestalten. Neben Landesregierungen, Kommunen und Unternehmen, sollen auch
 1346 Gewerkschaften, sowie Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.
- 1347 • Mehr Wirtschaftsdemokratie: Betriebsräte müssen in wirtschaftlichen Fragen ein
 1348 Mitbestimmungsrecht bekommen und alle wichtigen Unternehmensentscheidungen müssen
 1349 von
 1350 Belegschaftsversammlungen bestätigt werden. Die Belegschaften müssen bei
 1351 Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen, bei
 1352 Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen mitbestimmen und
 1353 ein Vetorecht erhalten.
- 1354 • Job- und Einkommensgarantie: Zu einer gerechten Transformation gehört, dass sich
 1355 Beschäftigte, die den Beruf und die Branche wechseln, weiterqualifizieren können,
 1356 ohne ihr Einkommen zu gefährden. Für die Zeit der Weiterbildung wollen wir ein
 1357 Weiterqualifizierungsgeld einführen, das 90 Prozent des letzten Gehalts beträgt. Das
 1358 Weiterbildungsgeld wird anteilig über die Agentur für Arbeit und einen Fonds
 1359 finanziert, in den Unternehmen einzahlen (siehe Weiterbildungsfonds). Für
 1360 Beschäftigte, die aufgrund des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft ihre alte
 1361 Arbeitsstelle verlieren, wollen wir Beschäftigungsgesellschaften gründen, so dass sie
 1362 gute Arbeitsbedingungen nicht verlieren und ihre Regionen nicht verlassen müssen. Sie
 1363 kümmern sich um die Weitervermittlung in neue Arbeitsplätze, die der Qualifikation
 der Beschäftigten entsprechen oder in Weiterbildungsmaßnahmen.

1364 **Transformation konkret: Automobilindustrie für die Zukunft**

1365 Die Autoindustrie in Deutschland ist in einer Existenzkrise. Die Kosten tragen die
 1366 Beschäftigten. Am deutlichsten ist das bei Volkswagen zu sehen: Der Familien-Clan Porsche

1367 und Piech verfügt über ein geschätztes Vermögen von 36,5 Milliarden Euro. Ihnen gehört
1368 über die Holding Porsche SE die Mehrheit des Volkswagen-Konzerns. Über Jahrzehnte hinweg
1369 haben sie Profite aus den Unternehmen gezogen und den ökologischen Umbau verschleppt.
1370 Selbst dieses Jahr hat VW 4,5 Milliarden an Dividende ausgezahlt. Damit ihr
1371 Milliardenvermögen weiterwachsen kann, sollen jetzt die Beschäftigten bluten: Die Löhne
1372 sollen um 10 Prozent gekürzt werden. Prämien und Boni für die Beschäftigten wollen sie
1373 streichen. Werke stehen vor der Schließung.

1374 Ursächlich für die Krise der Automobilindustrie sind die Fehlplanungen und die falsche
1375 Produktstrategie der Manager, der weltweit rückläufige Autoabsatz – allein in Europa minus
1376 zwei Millionen pro Jahr – sowie die Weigerung von Autoindustrie und der Regierung, die
1377 Weichen Richtung Verkehrswende zu stellen. Während VW, Mercedes und BMW mit immer
größeren
1378 und teureren Autos hohe Gewinne mach(t)en, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter um ihre
1379 Zukunft bangen.

1380 Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen
1381 können, muss die Industrie so umgebaut werden, dass gute Arbeit gesichert und geschaffen
1382 wird. Das geht nur sozial gerecht. Weder E-Fuels noch Wasserstoff sind praktikable
1383 Lösungen für den Individualverkehr. Auch die reine Umstellung auf E-Autos ist keine
1384 tragfähige Strategie für die Verkehrswende und die Bewältigung der Krise in der
1385 Automobilindustrie. Der Anteil des Verkehrssektors an der globalen Klimazerstörung wird
1386 nur nachhaltig reduziert, wenn es weniger Individualverkehr gibt. Unsere Verkehrs- und
1387 Umweltpolitik fördert den Ausbau kollektiver Verkehrssysteme und die Reduzierung von
1388 Transport- und Verkehrswegen. Die aktuelle Krise der Automobilindustrie sollte Anlass für
1389 den nachhaltigen Umbau und Diversifizierung der Unternehmen sein. Das wird aber nicht ohne
1390 politische Steuerung dieses Prozesses gelingen.

- 1391 • Wir wollen die KfZ-Steuer neugestalten und große und schwere Autos deutlich stärker
1392 besteuern. Wir sehen keine Notwendigkeit für reguläre PKWs, die mehr als zwei Tonnen
1393 wiegen. Damit schonen wir auch die Straßen und sparen Gelder für ihren Unterhalt.
- 1394 • Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der
1395 Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität
1396 werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.

1397 **Klimagerechtigkeit und Energiewende**

1398 Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind längst auch in Deutschland zu spüren:
1399 Flutkatastrophen, mehr Dürren und Wassermangel und das Sterben unserer Wälder wird unseren
1400 Alltag prägen. Wir halten weiter an den grundsätzlichen Zielen des Pariser Klimaabkommens
1401 fest und setzen uns weiter konsequent für Klimaschutz ein – denn mehr Emissionen bedeuten
1402 immer mehr Klimaschäden. Wir wollen schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umsteigen
1403 und die Energiekonzerne entmachten.

1404 Mit Energieversorgung aus öffentlicher Hand werden bezahlbare und sozial gestaffelte
1405 Preise möglich. Wir kämpfen für eine Versorgung mit Strom und Wärme, nicht in der Hand von
1406 Konzernen, sondern von Bürger*innen, von Kommunen und Genossenschaften. Wir wollen ihre
1407 Erzeugung und Verteilung so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren.
1408 Wir setzen deshalb auf Strom und Wärme aus dem Stadtwerk, den kommunalen
1409 genossenschaftlichen Solar- oder Windkraftanlagen und von den Dächern und Wärmepumpen
der

1410 Bürger*innen. Langzeit-Energiespeicher für die Dunkelflaute wollen wir an strategisch
1411 günstigen Orten in das bestehende Stromnetz integrieren, so dass der Netzausbau minimiert
1412 werden kann. Wir wollen Deutschland bis 2040 klimaneutral machen.

1413 **Runter mit den Energiepreisen**

- 1414 • Wenige, teure, fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten
1415 Strommarkt setzen. Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise
1416 lehnen wir ab. Ein gerechtes Strommarktsystem muss leistungslose Übergewinne
1417 ausschließen. Sollten sie durch externe Schocks dennoch auftreten, müssen sie
1418 konsequent abgeschöpft werden (siehe Kapitel 1).
- 1419 • Wir fordern eine neue Netzentgeltstruktur. Die Stromerzeuger und der internationale
1420 Stromhandel müssen an den Kosten des Stromtransports beteiligt werden, Strom soll so
1421 möglichst erzeugungsnah eingesetzt werden, auch damit zukünftiger Netzausbau
1422 reduziert wird. Wir fordern die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen
1423 Mindeststeuersatz. Mit diesen Maßnahmen lassen sich die Strompreise kurzfristig um
1424 bis zu 9 Cent je Kilowattstunde senken, das entspricht einer Entlastung von 315 Euro
1425 pro Haushalt im Jahr.
- 1426 • Wir wollen einen Energie-Soli für Reiche (siehe Kapitel 1).
- 1427 • Strom- und Gassperren müssen gesetzlich verboten werden (siehe Kapitel 1).
- 1428 • Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom und Heizenergie wollen
1429 wir preisgünstige Sockeltarife schaffen (siehe Kapitel 1).
- 1430 • Wir wollen ein soziales Klimageld einführen (siehe Kapitel 1)

1431 **Klimaschutz und Klimaanpassung beschleunigen**

1432 Die Ampel hat den Klimaschutz in Deutschland massiv geschwächt, indem die Sektorziele im
1433 Klimaschutzgesetz abgeschafft wurden. Wir wollen das Klima schützen - weil wir es unseren
1434 Kindern schuldig sind, und weil kluger Klimaschutz keinen Wohlstandverlust für die große
1435 Mehrheit mit sich bringt. Gleichzeitig müssen wir uns auf diejenigen Klimaschäden
1436 einstellen, die nicht mehr zu verhindern sind: Es wird es mehr Starkregen, Hitzetage,
1437 längere Trockenzeiten und niedrige Grundwasserspiegel geben, auch wenn wir durch
1438 entschlossenen Klimaschutz Schlimmeres weiterhin verhindern können. Für Klimaanpassung ist
1439 bisher fast nichts passiert. Wir müssen jetzt investieren, um auf die Zukunft vorbereitet
1440 zu sein.

- 1441 • Wir wollen verbindliche Ziele und Emissionsgrenzen und machen den Konzernen klare
1442 Vorschriften. Die Sektorziele stellen wir wieder her.
- 1443 • Emissionshandel: Für Die Linke gilt: kein CO₂-Preis ohne sozialen Ausgleich (siehe
1444 Klimageld).
- 1445 • Wir lehnen den Emissionshandel in den Sektoren Wärme und Verkehr (ETS-2) ab:
1446 Stattdessen müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen gesetzt werden.
1447 Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme müssen den Umbau in den
1448 Sektoren unterstützen. In den Sektoren Wärme und Verkehr sorgt ein gesetzlich
1449 regulierter Rahmen für mehr soziale Gerechtigkeit und einen schnelleren ökologischen
1450 Umbau.
- 1451 • Klimaanpassung muss Gemeinschaftsaufgabe werden: Wir müssen uns jetzt an den
1452 Klimawandel anpassen, den Katastrophenschutz massiv aufwerten und investieren, um uns
1453 auf Hochwasser, Sturzfluten, Hitzewellen und Dürreperioden vorzubereiten. (s. Kapitel

1454 Öffentliche Daseinsvorsorge)

1455 **Energiewende durchsetzen**

1456 Der fossile Kapitalismus schlägt zurück: Unter dem Deckmantel der Technologieneutralität
1457 werden überkommene Geschäftsmodelle mit fossilen Energieträgern weiter abgesichert. Die
1458 Gaskonzerne reiben sich die Hände, der Klimaschutz kommt nicht voran. Unter Robert Habeck
1459 werden mit Steuergeld überdimensioniert Flüssiggas-Terminals (LNG) für Fracking-Gas
1460 ausgebaut. Die Grünen sind sogar für die riskante CO₂-Verpressung unter dem Boden unserer
1461 Meere (CCS). CDU und FDP verlieren sich nicht nur in irrationalen Träumen über die
1462 Anwendungsmöglichkeiten von Wasserstoff und E-Fuels im Pkw- und im Gebäudebereich, sie
1463 wollen sogar die Atomkraft zurück. Da passt es, dass rechte und liberale Parteien in der
1464 EU Investitionen in Gas-Infrastruktur und Atomkraftwerke zu nachhaltigen Geldanlagen
1465 erklärt haben.

1466 Die Linke will nur in echte erneuerbare Energiequellen und Infrastruktur investieren. Wir
1467 überlassen die Energiewende nicht dem Markt. Wir wollen Energieverbrauch reduzieren und
1468 die Energieeffizienz steigern.

1469 • Energieunabhängigkeit durch öffentliches Eigentum: Der größte Teil unserer
1470 zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Die öffentliche Hand soll
1471 sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große Teile der
1472 Energieproduktion in öffentliche Hand zurückzuholen. Das wollen wir nutzen, um
1473 Windrad- und Solarfabriken (wieder) in Deutschland anzusiedeln.

1474 • Energiewende für die Menschen vor Ort: Kommunen bekommen einen Bonus von 25.000 Euro
1475 pro Megawatt gebautem Windrad oder gebauter PV-Großflächenanlage direkt in die
1476 Gemeindekasse, sowohl für Bestands- als auch für Neuanlagen oder Repowering. So
1477 profitiert die lokale Bevölkerung direkt vom Ausbau der erneuerbaren Energien.
1478 Zusätzlich wollen wir Zahlungen von Betreibern von Wind- und Solaranlagen an
1479 Standortkommunen verpflichtend machen, auf Bestandsanlagen ausdehnen und von 0,2 Cent
1480 auf 0,5 Cent je eingespeiste Kilowattstunde Strom erhöhen.

1481 • Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in die öffentliche Hand überführt, demokratisch
1482 kontrolliert und europäisch koordiniert werden. Für Kommunen wollen wir einen
1483 Rekommunalisierungsfonds schaffen.

1484 • Investitionen in fossile Brennstoffe und Atomkraft sind keine nachhaltigen
1485 Geldanlagen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die positive Bewertung von
1486 Atomkraft und Gas, in der sogenannte Taxonomie der EU, gestrichen wird.

1487 • Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas und Erdgas darf keine
1488 neue, dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir fordern ein Frackingverbot in
1489 Deutschland. LNG, das durch Fracking gewonnen wurde, darf nicht importiert werden.
1490 Eine umlagefinanzierte Förderung neuer Gaskraftwerke lehnen wir ab – sie wäre sowohl
1491 klimaschädlich als auch sozial ungerecht.

1492 • Carbon Capture and Storage (CCS) – also die Abscheidung und die unterirdische
1493 Einlagerung von Kohlendioxid – ist keine Lösung für Klimaschutz. Die Speicherung von
1494 CO₂ unter der Erde ist mit hohen Risiken verbunden. Wir wollen CCS verbieten. Das
1495 sogenannte Carbon Capture and Utilization (CCU) – also die stoffliche Nutzung des
1496 entnommenen CO₂ – darf nicht dazu führen, dass die Energiewende ausgebremst und
1497 fossile Anwendungen und Produktionsprozesse länger als nötig betrieben werden. Wir
1498 wollen sie beim Industrieumbau nur dann fördern, wenn es nachgewiesenermaßen kein

1499 alternatives, CO2-freies Produktionsverfahren gibt.

1500 • Der Kohleausstieg muss bis 2030 umgesetzt werden. Allein durch den Emissionshandel
1501 wird das nicht gelingen.

1502 • Dem Ausstieg aus Atom und Kohle muss ein Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem
1503 Erdgas folgen. Die Linke will dafür ein Erdgasausstiegsgesetz mit verbindlichem
1504 Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter.

1505 • Wasserstoff ist der Champagner der Energiewende, teuer und energieintensiv. Deshalb
1506 darf Wasserstoff nur dort eingesetzt werden, wo er absolut unverzichtbar ist, vor
1507 allem in Bereichen der industriellen Produktion. Perspektivisch wollen wir, dass in
1508 allen Anwendungsbereichen lediglich Wasserstoff aus der Elektrolyse von Strom aus
1509 erneuerbaren Energiequellen zum Einsatz kommt.

1510 Gerechte Wärmewende

1511 Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine
1512 Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert,
1513 Heizungen umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für
1514 Mieter*innen und Eigenheimbesitzer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen.
1515 Eine warme Wohnung für alle muss bezahlbar sein. Mieter*innen können ihre Heizungen nicht
1516 wechseln, deshalb lehnen wir CO2-Preise im Wärmebereich ab.

1517 Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der
1518 Menschen ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor.
1519 Wir wollen die Leute nicht alleine lassen: Keine Normalverdiener*in darf durch Klimaschutz
1520 finanziell mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit
1521 Sanierungsbeauftragten für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine kommunale
1522 Wärmeplanung mit Beteiligung der Bürger*innen, Mieter*innen- und Umweltverbänden.

1523 • Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch
1524 in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die Förderung
1525 für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigen Einkommen kriegen
1526 den Heizungstausch mit bis zu 100% bezahlt, Menschen mit mittleren Einkommen anteilig
1527 gestaffelt. Für einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von
1528 30.000 Euro zum Beispiel 82% der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42% der
1529 Kosten erstatten, inklusive dem Tausch der Heizkörper, wenn dieser technisch
1530 notwendig ist. Ergänzend fordern wir vergünstigte Kredite der KfW, so dass Mehrkosten
1531 fürs Heizen vermieden werden können, da Investitionskosten für effiziente Heizungen
1532 so zu günstigen Konditionen gestreckt werden können. Spitzenverdiener*innen mit einem
1533 Einkommen von 250.000 Euro aufwärts müssen die Sanierung ihrer Luxusvillen selbst
1534 bezahlen.

1535 • Immobilienkonzerne dürfen Sanierungen nicht nutzen, um die Miete zu erhöhen, deshalb
1536 wollen wir die Umlage für energetische Sanierung abschaffen und das Konzept der
1537 Warmmietenneutralität verankern: Die Summe aus der Kaltmiete und der durch die
1538 Sanierung tatsächlich eingesparten Energiekosten muss gleich bleiben. Wir
1539 unterstützen das gemeinsame Drittelmodell von Mieterbund und BUND.

1540 • Wir wollen Vermieter verpflichten, Fördermittel in Anspruch zu nehmen und die
1541 finanziellen Vorteile weiterzureichen. Bisher nehmen nur 15 Prozent die Fördermittel
1542 in Anspruch.

1543 • Viel zu oft reißen Immobilienkonzerne Bestandsgebäude ab, treiben Mieter*innen aus

1544 der Wohnung, bauen neu und vermieten für das Doppelte oder verkaufen: Das ist eine
1545 ökologische Katastrophe und befördert Gentrifizierung – wir wollen das verbieten. Ein
1546 Abriss soll nur noch dann erlaubt sein, wenn die Gebäudesubstanz nicht mehr zu retten
1547 ist oder ein Vielfaches des bisherigen Wohnraums entsteht.

1548 • Um Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Konzepte für jedes einzelne Haus
1549 zu entwickeln, braucht es eine gute kommunale Wärmeplanung: Gerade in Ballungsräumen
1550 sind kollektive Lösungen in der Wärmeversorgung oft sinnvoll, deshalb wollen wir
1551 Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Nah- und Fernwärmenetze auszubauen.

1552 • Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu machen,
1553 fordern wir ein Gewinnverbot im Wärmebereich. Damit darf der Wärmepreis nicht höher
1554 als die tatsächlichen Wärmeerzeugungskosten sein.

1555 **Klimagerechtigkeit und Verkehrswende**

1556 **Ressourcen schonen**

1557 Wir verbrauchen weltweit mehr Ressourcen als unser Planet regenerieren kann. Der
1558 Ressourcenabbau stößt an seine natürlichen Grenzen. Grüne Technologien sind Teil des
1559 sozial-ökologischen Umbaus. Aber auch ihre Produktion ist abhängig von Rohstoffen, die es
1560 in Deutschland und Europa nicht in ausreichendem Maße gibt. Gleichzeitig wir immer mehr
1561 Energie verbraucht, um diese Ressourcen abzubauen. Bergbau findet oft unter nicht
1562 akzeptablen Bedingungen für Menschen und Umwelt statt. Unser Ziel ist eine Gesellschaft,
1563 die sparsam mit Ressourcen umgeht. Dafür braucht es ein Ressourcenschutzgesetz.

1564 • Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten, Trinkwasserschutzgebieten oder der
1565 Tiefsee. Die lokale Bevölkerung muss bei Bergbauprojekten und der Wertschöpfung
1566 beteiligt werden Und hat das Recht, nein zu sagen. Das gilt auch für den Lithiumabbau
1567 in Sachsen. Die Menschen vor Ort müssen von Bergbauprojekten profitieren.
1568 Umweltschutz und Trinkwasserschutz muss garantiert werden – egal ob in Deutschland,
1569 Europa oder anderswo auf der Welt.

1570 • Wir wollen keinen „grünen Kolonialismus“. Grüne Technologie darf sich nicht auf
1571 Ausbeutung von Natur und Menschen im globalen Süden stützen. Dafür fordern wir ein
1572 stärkeres Lieferkettengesetz, das Beschwerdemechanismen für Betroffene und
1573 Haftungsregeln bei Verstößen der unternehmerischen Sorgfaltspflichten enthält, und
1574 die Berücksichtigung starker sozialer und ökologischer Standards in Handelsabkommen.

1575 • Die finanzielle Unterstützung bei Klimaschutz und Minderung von Klimaschäden für
1576 Länder des globalen Südens muss massiv erhöht werden. Die verabredeten
1577 Finanzierungszusagen auf der Weltklimakonferenz im November 2024 sind weit unter dem
1578 realen Bedarf. Die Finanzierung darf nicht zu weiterer Verschuldung führen oder mit
1579 Entwicklungshilfe verrechnet werden.

1580 **Mehr Kreislaufwirtschaft, weniger Abfälle**

1581 Die Rohstoffwende kann nur gelingen, wenn wir Ressourcen länger nutzen und nach der
1582 Nutzung wieder in die Produktion einspeisen – so entsteht eine Kreislaufwirtschaft. Dafür
1583 benötigen wir strengere Vorgaben für Haltbarkeit und Produkte ohne Sollbruchstellen. Wir
1584 wollen Reparieren und Wiederverwenden, statt wegzuerwerfen. Was wirklich weg muss, wollen
1585 wir recyceln, damit wir wertvolle Rohstoffe wieder zurück in den Kreislauf führen können.

1586 • Wir fordern höhere gesetzliche Recyclingquoten und höhere Einsatzquoten für
1587 wiederverwertete Stoffe.

- 1588 • Wir wollen neue Ökodesignvorgaben für nachhaltige Produkte: Wir stellen Anforderungen
1589 an Lebensdauer von Produkten. Updates, Upgrades, Reparaturen und die Weiterverwendung
1590 müssen möglich sein. Auch das Recycling von Produkten am Ende ihres Lebenszyklus muss
1591 so einfach wie möglich sein.
- 1592 • Hersteller müssen für die Kosten für Rücknahme, Transport, Wiederaufbereitung oder
1593 Entsorgung ihrer Produkte verantwortlich sein.
- 1594 Rund 16 Millionen Tonnen Abfall werden jährlich aus Deutschland exportiert – oft in den
1595 globalen Süden. Dort wird er unter verheerenden sozialen und ökologischen Bedingungen
1596 entsorgt und verarbeitet.
- 1597 • Wir wollen weg vom Müll und hin zur Wiedergewinnung von Rohstoffen als Teil von
1598 regionalen Produktionsketten. Das Müllaufkommen wird insgesamt reduziert: Hierfür
1599 fordern wir Abgaben auf Einwegverpackungen für die Verkäufer und setzen uns in der EU
1600 für ein einheitliches Pfandsystem für Ein- und Mehrweggetränkeflaschen ein.
- 1601 • Müllexporte aus der EU wollen wir verbieten. Die illegale Müllverschiffung von
1602 Elektroschrott (E-Waste) wollen wir intensiver bekämpfen.
- 1603 • Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der Daseinsvorsorge
1604 zurück in die öffentliche Hand. Nur so kann eine soziale und ökologische
1605 Abfallwirtschaft garantiert werden.

1606 **IX. Mobilität für alle**

1607 Staufrust für Autopendler*innen und Stress beim Bahnfahren nehmen zu – und der
1608 Verkehrssektor trägt immer noch nichts dazu bei, dass die Klimaziele erreicht werden. Das
1609 9-Euro-Ticket kostet jetzt 58 Euro, die Bahn kommt zu spät und E-Autos sind zu teuer für
1610 Normalverdiener*innen und zu groß, um die Umwelt wirklich zu schonen. Dabei hat das 9-
1611 Euro-Ticket gerade gezeigt, dass ein gutes und günstiges öffentliches Verkehrsangebot
1612 stark angenommen wird.

1613 Die Ampel-Regierung hat mit einem höheren CO₂-Preis das Autofahren teurer gemacht. Die
1614 Alternativen, damit das Auto stehen bleiben kann, wurden aber nicht geschaffen. Kaum ein
1615 Zug fährt stündlich, dafür sind viele überfüllt. Fast die Hälfte der Strecken sind nicht
1616 einmal elektrifiziert. Aber die Bahn versenkt Milliarden in Prestigeprojekte wie Stuttgart
1617 21.

1618 Die Autolobby ruft nach E-Fuels und dem Aus für das Verbrenner-Aus. Dabei braucht es das
1619 Gegenteil: eine konsequente Mobilitätswende, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und
1620 des Schienennetzes sowie günstige Ticketpreise. Gute Verbindungen auch in der Nacht und im
1621 ländlichen Raum. Städte mit kurzen Wegen. Dann gibt es auch Planungssicherheit für die
1622 Industrie und im Schienen- und Fahrzeugbau entstehen gute Industriejobs (siehe Kapitel 8).

1623 Alternativen zum Fliegen und zum Autofahren müssen für alle funktionieren. Sonst kann
1624 niemand das Auto stehen lassen. Um den großen Investitionsbedarf der Verkehrsinfrastruktur
1625 vom jährlichen Bundeshaushalt unabhängig und damit längerfristig verlässlich zu machen,
1626 schlagen wir die Schaffung eines verkehrsträgerübergreifenden, mehrjährigen
1627 Infrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild vor.

1628 **Öffentlicher Nahverkehr - rund um die Uhr, in der Fläche, barrierefrei und bezahlbar**

1629 Das 9-Euro Ticket hat gezeigt: Ein sehr viel günstigerer Nahverkehr ist möglich und wird
1630 auch nachgefragt. Die Menschen wollen und brauchen ein sehr viel besseres öffentliches

1631 Verkehrsangebot. Jede zwanzigste Autofahrt konnte durch das Ticket vermieden werden – und
1632 dabei war es nur 3 Monate lang zu kaufen. Die Erhöhung des Abopreises auf 58 Euro ist
1633 fatal und die unterschiedlichen Lösungen in den Ländern müssen bundesweit einheitlich
1634 gestaltet werden. Mit einer Mehrwertsteuerbefreiung für den öffentlichen Nahverkehr wird
1635 kurzfristig Geld für den Nahverkehr frei. Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder
1636 einführen. Für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Senior*innen wollen wir ein
1637 sofortiges 0-Euro-Ticket. Die Mitnahme von Kindern und von Fahrrädern und Hunden muss
1638 inklusive sein. Für alle Abonent*innen fordern wir sechs Freifahrten pro Jahr im
1639 Fernverkehr. Perspektivisch fordern wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland. Die
1640 Pendlerpauschale wollen wir durch ein Mobilitätsgeld ersetzen. Das Dienstwagenprivileg für
1641 reiche Menschen, die sich Luxus-Autos (ob elektrisch oder nicht) damit kaufen, schaffen
1642 wir hingegen ab.

1643 Wir setzen uns für ein Recht auf nachhaltige Mobilität ein. Das heißt: Jede Ortschaft
1644 braucht tagsüber eine mindestens stündliche Anbindung an Bus und Bahn. Dabei können
1645 Angebote wie Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis einbezogen werden und die Grundversorgung
1646 ergänzen. Auch in der Nacht muss ein Grundangebot vorhanden sein, gegebenenfalls durch
1647 Rufangebote. Wir wollen die privatisierten Nahverkehrsunternehmen in die öffentliche Hand
1648 zurückholen und demokratisch organisieren! Unsere Busse und Bahnen sind zu wichtig, dass
1649 wir sie dem Markt überlassen können. Wir wollen öffentliche und gemeinnützige Car-Sharing-
1650 Plattformen fördern, um ein Leben ohne eigenes Auto zu fördern. Bei autonomem Fahren gibt
1651 es große technologische Herausforderungen sowie datenschutz- und haftungsrechtliche
1652 Bedenken. Wir machen uns deshalb keine Illusionen, dass autonomes Fahren absehbar die
1653 Mobilitätsprobleme lösen kann. Um die Fahrgastzahlen bis 2030 zu verdoppeln, werden
1654 150.000 Fahrer*innen im ÖPNV benötigt, weitere Zehntausende bei der Bahn. Mehr Personal
1655 ist nur mit besserer Bezahlung und Entlastung für die Beschäftigten zu haben.

1656 Die Mobilität der Zukunft gehört dem Fuß-, Rad-, und öffentlichen Nahverkehr. Sogenannte
1657 E-Fuels sind äußerst ineffizient und teuer. Sie werden, ebenso wie Biokraftstoffe und
1658 Wasserstoff, auch zukünftig knapp bleiben und können nur da eingesetzt werden, wo es
1659 wirklich keine bessere Alternative gibt. Biokraftstoffe sind für uns überhaupt nur eine
1660 Alternative, wenn sie regional produziert sind und nicht in der Konkurrenz zu
1661 Lebensmitteln stehen. Importe von Biokraftstoffen lehnen wir ab. Für den Individualverkehr
1662 sind sie keine realistische Option, ebenso wie E-Fuels. Deshalb ist die Orientierung auf
1663 E-Autos richtig. Es braucht langfristige Planungssicherheit für Verbaucher*innen und
1664 Industrie, daher halten wir am Auslaufen von Neuwagenverkauf für Verbrenner entsprechend
1665 der gültigen EU-Richtlinie fest. Nach Bedarf fördern wir den Umstieg auf effiziente E-
1666 Autos für Handwerk, soziale Dienste, Taxibetriebe, Kleingewerbe und Menschen auf dem Land
1667 mit niedrigem Einkommen. Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich ein
1668 Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und innerorts Tempo 30 – außer auf
1669 Hauptverkehrsachsen.

1670 **Bahn: Reparieren, ausbauen und gemeinnützig betreiben!**

1671 Die Bahn ist ein lebenswichtiger Teil der Daseinsvorsorge unserer Gesellschaft. Sie ist
1672 das Rückgrat des ÖPNV. Die Form einer Aktiengesellschaft mit ihren Profitinteressen steht
1673 dazu im Widerspruch. Mit der Gemeinwohlorientierung für die Infrastruktursparte der Bahn
1674 (InfraGo) wurde nur der halbe Weg gegangen. Wir wollen eine Bürgerbahn statt einer
1675 profitorientierten Bahn. Wir wollen einen integrierten Konzern statt Ausverkauf. Wir
1676 wollen eine Bahn in der Fläche statt teuren Prestigeprojekten.

1677 Damit die Bahn wieder pünktlich und zuverlässig fährt, muss das Netz saniert,
1678 elektrifiziert, Strecken reaktiviert und ausgebaut werden, natürlich barrierefrei. Wir
1679 halten am Ziel fest, bis 2030 den Anteil des Schienengüterverkehrs mindestens auf 25% zu
1680 erhöhen und den Schienenpersonenverkehr zu verdoppeln. Für uns ist klar: Planungs- und
1681 Baukapazitäten sind begrenzt. Wer Bahnstrecken und Brücken beschleunigt ausbauen und
1682 sanieren will, muss auf den Neu- und Erweiterungsbau von Autobahnen verzichten. Wir wollen
1683 uns beim Straßenbau auf die Sanierung des Bestands konzentrieren.

1684 Eine pünktliche Bahn braucht nicht nur sanierte Schienen. Sie benötigt auch genügend
1685 einsatzfähiges Personal. Dafür müssen die Arbeitsbedingungen attraktiver werden. Die
1686 langen Abwesenheiten im Fahrdienst und Zugservicebereich müssen verkürzt und durch
1687 zusätzliche Freizeit ausgeglichen werden.

1688 **Die Bahn muss zu einer echten Alternative werden.**

- 1689 • Wir wollen bezahlbare Bahnpreise! Dazu wollen wir die Deutsche Bahn gesetzlich
1690 verpflichten, die Strom- und Trassenpreise zu senken und die Mehrwertsteuer für
1691 Bahntickets abschaffen (siehe Kapitel 1 und 3).
- 1692 • Dafür braucht jede Großstadt stündliche Fern- und Nachtzugesverbindungen – quer durch
1693 Europa! So machen wir fliegen auf vielen Strecken überflüssig.
- 1694 • Flüge, die kürzer sind als 500 Kilometer oder fünf Zugstunden, wollen wir verbieten.
1695 Neue Flughafenkapazitäten sind nicht nötig.
- 1696 • Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir
1697 unterbinden. Bahn- und Flugverkehr müssen endlich steuerlich gleichgestellt werden:
1698 Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU und auf Flugtickets ins Ausland
1699 soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden.
- 1700 Die Zeit für übertriebenen Luxus der Reichen, die das Klima zerstören, ist vorbei.
- 1701 • Wir wollen Privatjets und Megayachten über 60 Metern Schiffslänge verbieten. Es darf
1702 keine öffentliche Förderung für Flugtaxis geben.
- 1703 • Während sich die einen den Besuch bei den Verwandten im Ausland kaum leisten können,
1704 machen andere Kurztrips zum Shoppen nach Dubai. Anstatt pauschaler Mehrbesteuerung
1705 von Flügen über den CO₂ Preis fordern wir eine Vielfliegersteuer: Ab dem fünften
1706 Flug pro Jahr kostet jeder weitere Flug weitere 200 Euro mehr.
- 1707 • Wir wollen den Güterverkehr auf der Straße reduzieren und auf die Schiene verlagern.
1708 Tausende Autobriden sind marode, sie sind schlicht nicht für die Menge und Schwere
1709 der heutigen LKW-Transporte ausgelegt.
- 1710 • Gigaliner und Oberleitungen für LKW lehnen wir deshalb ab. Wir müssen den
1711 Gütertransport neu denken. Regionale Wirtschaftskreisläufe vermeiden unnötige
1712 Transporte. Wir machen Schiene und Wasser zum Rückgrat des Güterverkehrs, damit dies
1713 gelingt, wollen wir Gleisanschlüsse und lokale Logistikzentren fördern. Auch
1714 Güterverkehr unter 300 Kilometern Wegstrecke muss wieder stärker auf die Schiene
1715 verlagert werden.
- 1716 • Gute Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer*innen heißt auch: Es muss vernünftige
1717 Raststätten geben. Wir wollen Raststätten wieder gemeinwohlorientiert organisieren
1718 und Sanifair abschaffen: Schluss mit der Toiletten-Abzocke!
- 1719 • Die Überseehäfen sollen besser untereinander kooperieren (nationale Hafenplanung) und
1720 Hinterlandanbindungen mit der Bahn bekommen. Der Bund muss endlich mehr Verantwortung

1721 für die enormen Hafeninvestitionen übernehmen. Privatisierung der Hafeninfrastruktur
1722 oder ihren Ausverkauf an Großreedereien führen zu strukturelle Abhängigkeiten und
1723 Sicherheitsrisiken. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, egal, ob beim Güterverkehr
1724 auf der Straße, der Schiene oder dem Wasser.

1725 **X. Agrarwende jetzt!**

1726 Wir brauchen eine soziale und ökologische Agrarwende, die ihren Namen auch verdient. Die
1727 Linke kämpft für eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft,
1728 die das Klima und die Natur schont und mit dem Tierschutz vereinbar ist.

1729 Wir stehen an der Seite der Landwirt*innen. Sie leisten für die Gesellschaft
1730 überlebensnotwendige Arbeit. Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, müssen davon
1731 gut leben können. Dafür wollen wir Grund und Boden gerechter verteilen und Landwirt*innen
1732 sozial absichern.

1733 Wir wollen nicht große Konzerne weiter in den Mittelpunkt der Agrarpolitik stellen,
1734 sondern die Versorgung der Menschen mit guten, bezahlbaren Lebensmitteln. Während die
1735 Lebensmittelkonzerne Extra-Profite einstreichen und die Inflation anheizen, können
1736 Landwirt*innen von ihren Erzeugnissen kaum leben. Einige wenige werden reicher, während
1737 die große Mehrheit höhere Preise für Lebensmittel zahlen muss.

1738 • Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen: Das ist unsere Gegenstrategie
1739 zur monopolartigen Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen. Dafür
1740 braucht es gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und wirksames Kartellrecht.
1741 Monopole müssen entflochten werden und Preiswächter müssen durchgreifen können (siehe
1742 Kapitel 1). Wo es nötig ist, wollen wir mit Mindesterzeugerpreisen Landwirt*innen
1743 schützen.

1744 • Gute Arbeitsbedingungen und Einkommen: Wir wollen flächendeckende Tarifverträge in
1745 der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, mit Mindestlohn und Sozialversicherung
1746 auch für Saisonkräfte.

1747 • Regionale Wirtschaftskreisläufe: Durch Aufbau regionaler Schlacht- und
1748 Verarbeitungskapazitäten, die Unterstützung regionaler Marketinginitiativen,
1749 Bürgerräten sowie einem täuschungssicheren staatlichen Regionalsiegel.

1750 • Landwirtschaft im Einklang mit der Natur: Das geht nur, wenn die hohen
1751 Produktionsstandards der heimischen Agrarwirtschaft vor billigen Importen aus
1752 Drittländern, die unseren Standards nicht entsprechen, geschützt werden.
1753 Freihandelsabkommen zeigen in die falsche Richtung. Es braucht eine eindeutige
1754 Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln.

1755 • Patente auf Leben verbieten, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen unterbinden.
1756 Auch die sogenannten modernen Verfahren der Gentechnik, wie zum Beispiel die
1757 Genschere, müssen den gleichen Kontrollen und Regularien unterliegen wie die älteren
1758 Verfahren.

1759 • Glyphosat und Neonikotinoide verbieten. Bis 2030 soll der Einsatz von
1760 Pflanzenschutzmitteln um mindestens 50 Prozent verringert werden. Wir wollen
1761 Transparenz und ein strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.
1762 Durch eine ambitionierte Pestizidreduktions-Strategie und die Entwicklung von
1763 Düngemittelalternativen unterstützen wir die Agrarbetriebe beim ökologischen Umbau.

- 1764 • Bauernland gehört nicht in die Hand von Spekulanten und Investoren, die nicht aus der
1765 Landwirtschaft kommen: Wir stehen für ein Agrarstrukturgesetz, das gemeinschaftliches
1766 und öffentliches Eigentum an Grund und Boden stärkt und die Bäuer*innen schützt.
- 1767 • Sozialverträglicher Umbau der Tierhaltung: Für mehr Tierwohl, Klimaschutz und
1768 Umweltschutz. Wir wollen eine Ausweitung der Bundesförderung für tiergerechte
1769 Haltungssysteme für alle Tierarten, für die Einschränkung von Lebendtiertransporten,
1770 stärkere Kontrollen und dezentrale Schlachtstrukturen. Häufigere unangekündigte
1771 Kontrollen und härtere Strafen bei Verstößen gegen den Tierschutz sind nötig. Große
1772 Fleischfabriken, die Tier und Mensch gleichermaßen schaden, wollen wir dichtmachen.
- 1773 • Berichtswesen und Antragstellung vereinfachen: Hohe Umwelt- und
1774 Verbraucherschutzstandards in der Landwirtschaft sind uns wichtig. Sie müssen
1775 regelmäßig überprüft werden. Das Prinzip, Landwirtschaftsförderung an hohe
1776 Umweltstandards zu knüpfen, ist richtig. Landwirt*innen müssen für Fördergelder aber
1777 oftmals unnötig komplexe und teilweise redundante Anträge ausfüllen und sie an
1778 verschiedene Landes-, Bundes- und EU-Behörden verschicken. Wir wollen die Beantragung
1779 von Fördermitteln EU-weit vereinfachen und digitalisieren, damit Landwirt*innen
1780 weniger Zeit am Schreibtisch verbringen müssen.

1781 **Bezahlbares und gesundes Essen für alle**

1782 Gute Ernährung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen eine Landwirtschaft
1783 und Lebensmittelproduktion, die Klima und Umwelt schützt und alle Menschen mit
1784 hochwertigen Produkten versorgt. Die Linke will, dass bezahlbares, gesundes und
1785 nachhaltiges Essen für alle garantiert ist.

1786 • Öffentliche Einrichtungen sollen ihre Lebensmittel regional und umweltfreundlich
1787 beziehen und sich an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung
1788 halten.

1789 • Lebensmittel im Handel brauchen ein einheitliches staatliches Label, das Klima,
1790 Umwelt, Tierschutz, Gesundheit und soziale Aspekte berücksichtigt. Das muss überall
1791 erkennbar und transparent sein. Wir fordern mehr Lebensmittelkontrollen und dass die
1792 Ergebnisse im Internet und an der Ladentür veröffentlicht werden müssen.

1793 • Wir fordern ein Werbe- und Marketingverbot für ungesunde Lebensmittel, besonders für
1794 Kinder und Jugendliche. Der Zuckergehalt insbesondere in Softdrinks muss geregelt und
1795 begrenzt werden, ohne die Verbraucher*innen zu belasten.

1796 • Lebensmittelverschwendung soll verboten werden (siehe Kapitel 1), ebenso die
1797 Spekulation mit Lebensmitteln (siehe Kapitel 6).

1798 • Containern muss endlich entkriminalisiert werden.

1799 **Artensterben stoppen, Natur und Meere schützen**

1800 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und zerstörte Ökosysteme
1801 wiederherstellen: saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und eine wachsende
1802 biologische Vielfalt. Nur eine intakte Natur sichert auch das Leben für uns Menschen.

1803 • Die Mittel für natürlichen Klimaschutz müssen verdoppelt werden. Damit investieren
1804 wir in die Wiederherstellung von Ökosystemen und verbinden Klima- mit Naturschutz.
1805 Internationale Arten- und Naturschutzabkommen müssen konsequent umgesetzt werden.
1806 Schutzgebiete wie Natura 2000 und Wildnisflächen wollen wir ausweiten. Deutschland
1807 gehört in Europa zu den Schlusslichtern bei streng geschützten Flächen. Wir fordern 5

1808 Prozent Wildnisflächen.

1809 • Wir fordern eine Positivliste zur Haltung von Haustieren, um exotische Tiere vor der
1810 Entnahme aus der Natur zu schützen.

1811 Die Linke unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen und fordert ein
1812 wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände.

1813 **Wasser ist Menschenrecht**

1814 Mit dem Klimawandel spitzen sich die Verteilungskonflikte zu. Wollen wir Wasser nutzen für
1815 Lebensmittelanbau und öffentliche Schwimmbäder oder für Golfplätze und private
1816 Swimmingpools? Die Linke steht in diesen Fragen auf der Seite der Mehrheit der Menschen:
1817 Gemeinwohl vor Profitinteressen. Wasser gehört in die Hände der Bürger*innen. Die
1818 öffentliche Hand muss den Zugang für alle zu fairen Preisen garantieren.

1819 • Bei der Planung und Verwirklichung von großen Industrieprojekten – wie Tesla in
1820 Grünheide – muss die lokale und regionale Versorgung mit Wasser geschützt werden. Die
1821 dauerhafte Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser darf nicht gefährdet werden.

1822 • Wir brauchen eine naturnahe Renaturierung von Gewässern und einen Aktionsplan
1823 Niedrigwasserschutz, um die Wasserversorgung aber auch das Leben in Gewässern zu
1824 gewährleisten. Dazu dient auch die Revitalisierung von Mooren und die
1825 Wiedereinrichtung von Auwäldern.

1826 **Meere schützen**

1827 Die Weltmeere machen rund 73 Prozent der Fläche unseres Planeten aus. Sie bieten
1828 Lebensräume für Tiere und Pflanzen, sind Nahrungsquellen, regulieren das Klima und
1829 produzieren Sauerstoff. Jedes Jahr gelangen acht Millionen Tonnen Müll in die Ozeane. Die
1830 Förderung von Öl und Gas vergiftet das Wasser, Überfischung und Klimaerwärmung zerstören
1831 Lebensräume.

1832 • Deutschland hat im September 2024 das UN-Hochseeschutzabkommen unterzeichnet, das
1833 Hochseegewässer unter Schutz stellt. Das Abkommen muss schnell ratifiziert und 30
1834 Prozent der weltweiten Meeresflächen bis 2030 unter Schutz gestellt werden.

1835 • Die Linke setzt sich dafür ein, dass Fischfang wirksam reguliert und der Schutz der
1836 Meere mit verbindlichen Standards und harten Sanktionen durchgesetzt wird.
1837 Fischereisubventionen sollen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards
1838 gekoppelt werden.

1839 • Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Einleitungen von Landwirtschaft und
1840 Industrie müssen drastisch gemindert werden. Den Tiefseebergbau wollen wir
1841 international verbieten.

1842 • Kommerzieller Walfang muss gestoppt werden. Deutschland soll insbesondere auf
1843 Norwegen, Island und Japan Einfluss nehmen, um die Bejagung der Wale zu beenden.
1844 Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.

1845 **Tiere schützen**

1846 Die Linke steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und
Tieren.

1847 Tiere sind keine Dinge und kein Mittel zu Profit, sondern fühlende Wesen. Tierschutz muss
1848 unabhängig von Profitinteressen durchgesetzt werden: von der Landwirtschaft bis zum
1849 Forschungslabor.

- 1850 • Wir setzen uns für eine umfassende Reformierung des Tierschutzgesetzes ein. Das
1851 Gesetz soll besser durchgesetzt werden und härtere Strafen vorsehen.
- 1852 • Wir fordern das bundesweite Verbandsklagerecht und die Verankerung eine*r
1853 unabhängigen, an der Gesetzgebung beteiligten Bundestierschutzbeauftragte*n.
- 1854 • Es braucht einen ambitionierten und konkreten Ausstiegsplan aus Tierversuchen.
1855 Schwerbelastende Tierversuche müssen sofort verboten werden.
- 1856 • Der Handel mit Tieren muss streng reguliert werden. Anonymität im Internet, Wilderei
1857 und der illegale Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Wir wollen ein Verbot der
1858 Herstellung und des Importes von Pelzen.
- 1859 • Wir schützen wilde Tiere, indem wir Biotope verbinden. Durch Tierkorridore, Zäune und
1860 Geschwindigkeitsbegrenzungen reduzieren wir Wildunfälle.
- 1861 • Die Haltungsstandards in Zoos, im Gewerbe und in Haushalten müssen an die Tiere
1862 angepasst werden. Soziale Tiere dürfen nicht einzeln gehalten werden. Delfinarien,
1863 Wildtiere in Zirkussen und die Tierhaltung auf Jahrmärkten wollen wir verbieten. Wir
1864 streiten für ein Importverbot von Tieren, die in Zoos und Aquarien nicht artgerecht
1865 gehalten werden können. Wild gefangene Tiere dürfen nicht in Zootierhandlungen
1866 verkauft werden.
- 1867 • Qualzuchten und medizinisch nicht notwendige Eingriffe in die körperliche
1868 Unversehrtheit wollen wir verbieten.

1869 **XI. Planbares Leben und starke Kommunen**

- 1870 In der Stadt wie auf dem Land ist ein Grundangebot an öffentlichen Dienstleistungen
1871 unabdingbar. Man muss sich darauf verlassen können, dass der Bus fährt und man zu Fuß und
1872 mit dem Rad Geld abheben und Brötchen kaufen kann. Niemand will 30 Kilometer zur Kita oder
1873 zur Arztpraxis fahren. Es ist gut, wenn es in der Nähe Orte gibt, wo etwas los ist und
1874 mehr möglich ist als Spaziergehen und Netflix. Ganz offensichtlich regelt der Markt das
1875 nicht. In den letzten Jahrzehnten wurde die Infrastruktur systematisch kaputt gekürzt. Die
1876 Orientierung auf Profit hat dazu geführt, dass nichts mehr funktioniert. Die Eckkneipe
1877 bleibt geschlossen, wenn die Menschen sich den Besuch dort nicht mehr leisten können. Die
1878 Folge: Wer kann, zieht weg und die Angebote kommen nicht zurück. Damit die öffentliche
1879 Daseinsvorsorge wieder funktioniert muss Schluss sein mit Privatisierung und Kürzungen.
- 1880 Die Versorgung mit den grundlegenden Dingen muss endlich wieder funktionieren! Ein gutes,
1881 bezahlbares Angebot in der öffentlichen Daseinsvorsorge muss das Minimum sein. Wir wollen
1882 aber noch viel mehr: Mit guten öffentlichen Angeboten schaffen wir eine hohe
1883 Lebensqualität für alle und nicht für wenige. Momentan ist Versorgung eine Klassenfrage:
1884 Wer Luxusautos fährt, braucht keinen Nahverkehr. Wer einen Swimmingpool hat, braucht keine
1885 öffentlichen Schwimmbäder. Gute öffentliche Dienstleistungen kommen hingegen allen zugute.
1886 Wir fordern:
- 1887 • Kommunen müssen in der Lage sein, die notwendige soziale Infrastruktur vorzuhalten -
1888 hierfür brauchen wir eine Infrastrukturgarantie: Bus, Bäcker, eine Möglichkeit zum
1889 Geldabheben, Arztpraxen und Begegnungsorte müssen in jedem Ort vorhanden sein.
1890 Schwimmbäder, Jugendzentren, Wohnungslosenhilfe und Schulpsycholog*innen sind
1891 unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu müssen die Kommunen
1892 ausreichend finanziert werden.

- 1893 • Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese muss
1894 in vollem Umfang der Bund tragen. Kosten, die von Bund oder Ländern verursacht
1895 werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).
- 1896 • Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer
1897 ein. Es soll einen höheren Mindeststeuersatz für die Kommunen geben, um Steuerdumping
1898 einzelner Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit zu vermeiden.
- 1899 • Förderung auch ohne Eigenmittel der Kommunen: Wenn die Kommunen nur auf Fördermittel
1900 zugreifen können, wenn sie Eigenanteile erbringen, sind die Kommunen ausgeschlossen,
1901 die die Förderung am dringendsten benötigen. Wir wollen Bundesprogramme für Kommunen
1902 verstetigen und bürokratische Hürden abbauen!
- 1903 • Die Kommunen müssen ihre Aufgaben stärker eigenständig wahrnehmen können, statt sie
1904 an private Anbieter zu vergeben! Der lokale Energieversorger und kommunale
1905 Wohnungsbaugesellschaften sollten keine Profite machen müssen, um den kommunalen
1906 Haushalt zu sanieren. Wir fordern einen Re-Kommunalisierungsfonds aus Bundesmitteln,
1907 auf den Kommunen und Länder zurückgreifen können, um privatisierte Betriebe zurück in
1908 die öffentliche Hand zu holen und gemeinnützig zu betreiben.
- 1909 • Wir wollen Selbstverwaltung und lokale Mitbestimmung stärken und den Spielraum der
1910 Kommunen vergrößern.
- 1911 • Wir setzen uns für autofreie Innenstädte ein – selbstverständlich mit Ausnahmen für
1912 Menschen mit besonderen Bedarfen oder Lieferverkehr. Ob auf dem Weg zur nächsten
1913 Haltestelle oder Bahnhof oder auch von A nach B, überall soll es angenehm und sicher
1914 sein, sich zu Fuß oder per Rad zu bewegen. Die alltägliche Versorgung soll an allen
1915 Orten in 15 Minuten fußläufig erreichbar sein. Wir setzen uns für mehr Platz auf den
1916 Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen
1917 ein. Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.
- 1918 • Die sogenannte „Smart City“ darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue
1919 Technologien gehören in Bürger*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des
1920 Wohnumfelds zu verbessern.
- 1921 • Mit zunehmender Klimaerwärmung müssen wir unsere Städte umbauen. Die Hitze wird im
1922 Sommer unerträglich, und eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben und es kommt
1923 immer häufiger zu Trinkwasserknappheit. Das trifft besonders Menschen, die ihre
1924 Arbeit im Freien verrichten, aber auch Kinder auf Spielplätzen und alte Menschen.
1925 Klimaanpassung und Katastrophenschutz müssen als selbstverständliche Aufgaben der
1926 öffentlichen Versorgung definiert werden.
- 1927 • Wir wollen mehr Parks und Grünflächen, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten gegen die
1928 Hitze, öffentliche Toiletten und Wasserspender. Gebäude- und Flächenbegrünung wollen
1929 wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben. Wir müssen
1930 Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte müssen zu Schwammstädten werden und vor
1931 Flutkatastrophen geschützt werden. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem
1932 Umland wollen wir durch eine bessere Raumplanung verbessern.
- 1933 • Wir wollen Sorgearbeit vergesellschaften! Um die Nahversorgung im Wohnumfeld zu
1934 sichern, wollen wir leerstehendes Gewerbe (insbesondere große Gewerbeflächen wie
1935 Shoppingmalls oder Warenhäuser) in kommunale oder genossenschaftliche Hand überführen
1936 und zu Sorgezentren umnutzen. Sie sollen Menschen entlasten durch
1937 Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige und leicht zugängliche soziale

- 1938 Dienstleistungen wie Gesundheitsberatung, Bildungsberatung und administrativer Hilfe.
 1939 Zudem braucht es konsumfreie Orte, an denen sich Menschen treffen können.
- 1940 • Die Städtebauförderung muss auf inklusive und umfassend barrierefreie
 1941 Stadtentwicklung ausgerichtet werden, in denen ein gleichberechtigtes Zusammenleben
 1942 aller Menschen mit und ohne Behinderung erreicht wird: universelles Design (Design
 1943 für alle bzw. Nutzen-für-alle-Konzept) gemäß Artikel 2 der
 1944 Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.
- 1945 • Bundesregularien sollen es Stadt planer*innen ermöglichen, verstärkt „Freiräume“, wie
 1946 für Clubkultur, zu berücksichtigen, die für eine partizipative und experimentelle
 1947 Nutzung offenstehen.
- 1948 Außerdem fordern wir für alle Städte und Gemeinden:
- 1949 • Ein Bildungssystem, das Ungerechtigkeit bekämpft, anstatt sie zu verstärken. Wir
 1950 wollen den Ausbau einer familienentlastenden Infrastruktur mit guter Erreichbarkeit
 1951 vorantreiben. Gute Schulen und Kitas müssen in allen Stadtteilen selbstverständlich
 1952 sein (siehe Kapitel 16).
- 1953 • Pünktliche Busse und Bahnen, die auch ins Umland regelmäßig fahren und in Zukunft
 1954 kostenfrei sind (siehe Kapitel 9).
- 1955 • Zugang für alle zu überwiegend lokal und gemeinwirtschaftlich produzierter,
 1956 preiswerter Energie zu sozial gestaffelten Preisen (siehe Kapitel 1 und 8).
- 1957 • Die Gesundheitsversorgung und die Pflege an den Bedürfnissen der Patient*innen und
 1958 Beschäftigten ausgerichtet anstatt an Wettbewerb, Kostendruck und Profit. Wir
 1959 unterstützen Modellprojekte für neue Versorgungsformen wie die bestehenden und
 1960 entstehenden Stadtteilgesundheitszentren und Polikliniken (siehe Kapitel 5).
- 1961 • Bezahlbaren Wohnraum für alle (siehe Kapitel 2).

1962 XII. Gerechtigkeit für Ostdeutschland

- 1963 Die Menschen in Ostdeutschland haben in den letzten 35 Jahren eine Menge erreicht. Nach
 1964 dem industriellen und sozialen Kahlschlag und der Massenarbeitslosigkeit nach der Wende
 1965 haben sie sich ein neues Leben aufgebaut. Der Ausverkauf durch die Treuhand wirkt aber
 1966 immer noch nach: Von wenigen Leuchtturmregionen abgesehen, bilden die ostdeutschen
 1967 Bundesländer noch immer die größte zusammenhängende strukturschwache Region
 Deutschlands.
- 1968 Die Einkommen sind durchschnittlich 17 Prozent niedriger als im Westen, die Renten auch
 1969 nach 40 Versicherungsjahren 150 Euro geringer als in Westdeutschland. In
 1970 Führungspositionen sind Ostdeutsche deutlich seltener vertreten, daran hat die
 1971 Ampelregierung nichts geändert. Ostdeutsche leisten so viel wie alle anderen, aber sie
 1972 bekommen nicht das Gleiche dafür. Das muss sich endlich ändern!
- 1973 • Jede*r vierte Ostdeutsche muss mit einem Einkommen nur knapp über dem Mindestlohn
 1974 zurechtkommen. Fast 30 Prozent der Ostdeutschen arbeiteten für weniger als 14 Euro
 1975 pro Stunde. Der gesetzliche Mindestlohn muss hoch auf mindestens 15 Euro und die
 1976 Tarifbindung gestärkt werden, damit alle von ihrer Arbeit gut leben können (siehe
 1977 Kapitel 7).
- 1978 • Sichere Renten und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung! Der Umrechnungsfaktor
 1979 für Ostrenten muss bis 2030 fortgeführt werden oder bis zu dem Zeitpunkt, an dem die

- 1980 Durchschnittslöhne im ersten Flächenland im Osten höher sind als in einem
 1981 Westflächenland. Wir fordern eine rechtliche Korrektur der Rentenüberleitung. Eine
 1982 Rente nach Mindestentgeltpunkten muss die Renten für Beschäftigte erhöhen, die
 1983 weniger als 80 Prozent des Durchschnittsentgelts bekommen haben.
- 1984 • Verlässliche Investitionspläne müssen die wirtschaftliche Transformation absichern,
 1985 speziell auch in den Autoregionen und neue Arbeitsplätze im Bau und der Wartung von
 1986 Schienenfahrzeugen schaffen. Die Beschäftigten sichern wir mit
 1987 Beschäftigungsgesellschaften- und Einkommensgarantien ab. Wirtschafts- und Sozialräte
 1988 können an die Tradition der Runden Tische in Ostdeutschland anschließen.
 1989 Genossenschaftliche Wirtschaftsformen, Betriebsübernahmen durch die Belegschaften und
 1990 kommunale Eigenbetriebe wollen wir stärken und fördern - u.a. durch unseren
 1991 Investitionsfonds für die Industrie (siehe Kapitel 8).
- 1992 • Kommunen brauchen verlässliche Finanzierung für die Daseinsvorsorge vor Ort. Wir
 1993 wollen soziale Zentren in allen Gemeinden schaffen, die Unterstützung und
 1994 Basisleistungen wie Bank, Post und Internetzugang ermöglichen. Gesundheitsversorgung
 1995 durch niedergelassene Ärzte, Ambulanzen und Krankenhäuser muss flächendeckend
 1996 gesichert und der Kahlschlag gestoppt werden! (siehe Kapitel 11) Bus- und
 1997 Bahnanschluss in jedes Dorf mindestens im Stundentakt und Rufangeboten in der Nacht
 1998 (siehe Kapitel 9).
- 1999 • Ausbildungsbetriebe in Ostdeutschland müssen gestärkt werden, damit Jugendliche ihre
 2000 Ausbildung in der Nähe ihres Heimatortes machen können.

2001 **XIII. Geschlechtergerechtigkeit herstellen - Arbeit umverteilen**

- 2002 Noch immer haben Frauen weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer. Sie
 2003 erhalten durchschnittlich weniger Geld und arbeiten fast doppelt so häufig im
 2004 Niedriglohnsektor. Wir verstehen uns als sozialistische und feministische Partei und
 2005 streben die materielle Gleichstellung der Geschlechter an. Unser Ziel ist die gerechte
 2006 Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und Erwerbsarbeit sowie von
 2007 sozialen, politischen und ökonomischen Machtressourcen zwischen allen Geschlechtern. Das
 2008 bedeutet für uns Geschlechtergerechtigkeit.
- 2009 • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefördert werden. Im Leben soll
 2010 genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und
 2011 Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Freizeit und
 2012 Kultur sein. Wenn alle ihre Erwerbsarbeitszeit auf eine „vollzeitnahe Teilzeit“
 2013 verkürzen (mehrheitlich die Männer) bzw. erhöhen (mehrheitlich die Frauen)
 2014 profitieren alle davon. Die „vollzeitnahe Teilzeit“ muss zur „neuen
 2015 Normalarbeitszeit“ in Bereichen des öffentlichen Sektors werden, z. B. in
 2016 Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kitas. Wir unterstützen die Gewerkschaften in allen
 2017 Branchen bei ihren Forderungen nach einer geringeren Wochenarbeitszeit oder einer
 2018 Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen.
- 2019 • Wir wollen die Steuerpolitik geschlechtergerechter machen und setzen uns für eine
 2020 Reform des Ehegattensplittings in Richtung einer Individualbesteuerung mit
 2021 übertragbarem Grundfreibetrag ein. So wirken wir alten Geschlechterrollen in der
 2022 Steuerpolitik entgegen.
- 2023 • Wir halten an der Forderung nach politischer Parität fest. Wir setzen uns dafür ein,

2024 dass es im Wahlrecht die Regelung gibt, dass 50 Prozent der Listenplätze und Mandate
2025 bei öffentlichen Wahlen auf Frauen entfallen müssen.

2026 • Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung für alle sind zentrale Voraussetzungen
2027 für eine selbstbestimmte Familien- und Lebensplanung. Deshalb muss die
2028 Entscheidung gegen eine Schwangerschaft frei von Zwängen, Hindernissen und
2029 Stigmatisierung möglich sein. § 218 StGB muss ersatzlos gestrichen werden. Die
2030 Versorgungslage ungewollt Schwangerer muss deutschlandweit verbessert werden und
2031 Beratungsangebote freiwillig statt verpflichtend sein. Der Schwangerschaftsabbruch
2032 muss als medizinischer Eingriff gelten, der zur gesundheitlichen Versorgung dazu
2033 gehört.

2034 • Sämtliche Verhütungsmethoden sollen von den Krankenkassen bezahlt werden.

2035 • Selbstbestimmung bei der Geburt: In einigen Regionen ist die Wahlfreiheit bei der
2036 Geburt nicht mehr möglich, da die klinische Geburtshilfe zentralisiert wurde oder die
2037 freiberufliche Geburtshilfe weggefallen ist. Natürliche Geburten sind weniger
2038 profitabel, die Kaiserschnittquote ist deshalb drastisch erhöht. Ohne eine wohnortnahe
2039 Versorgung werden Kinder ggf. unterwegs geboren. Wegen Personalmangel und Überlastung
2040 müssen oft mehrere Geburten gleichzeitig betreut werden müssen. Wir fordern eine
2041 flächendeckende, gute Versorgung in der Geburtsmedizin und Geburtshilfe.

2042 • Eine Grundausstattung an Menstruationsprodukten sollen in allen öffentlichen
2043 Einrichtungen kostenfrei abgegeben werden.

2044 • Selbstständige Frauen, die schwanger und bald Mutter werden, brauchen eine faire und
2045 finanzielle Absicherung, damit dies nicht zu einem Risiko für Frau und Kind wird. Wir
2046 wollen dafür die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen stärker in die
2047 Pflicht nehmen. Wir wollen mehr Selbstbestimmung für die Frauen beim Mutterschutz.
2048 Einige Bestimmungen beim Beschäftigungsverbot sind nicht mehr zeitgemäß und
2049 widersprechen den Wünschen der schwangeren Frauen.

2050 • Eine künstliche Befruchtung ("Kinderwunschbehandlung") muss auch bei unverheirateten
2051 heterosexuellen Paaren sowie lesbischen und queeren Paaren von den gesetzlichen
2052 Krankenkassen (teil-)finanziert werden.

2053 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
2054 häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür
2055 muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung
2056 und Prävention von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden. Frauenhäuser müssen
2057 bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle
2058 Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und
2059 barrierefrei zur Verfügung stehen. Das Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge
2060 tragen, dass Partnerschaftsgewalt als Kindeswohlgefährdung anerkannt wird.

2061 • Das „Gesetz über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt“ muss
2062 auch in der betrieblichen Praxis angekommen. Wir wollen deshalb u.a. das
2063 Arbeitsschutzgesetz um die Aspekte „Gewalt und sexuelle Belästigung“ ergänzen.

2064 • Wir wollen alle neuen Gesetze auf ihre Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit
2065 untersuchen. Die Bundesregierung muss eine ressortübergreifende und langfristig
2066 angelegte Gleichstellungsstrategie verabschieden.

2067 Queere Kämpfe haben viel erreicht. Doch weiterhin und sogar wieder zunehmend gibt es
2068 Anfeindungen, Diskriminierung und Gewalt gegenüber queeren Menschen. Rechtsextreme

2069 Angriffe auf queere Demonstrationen und Räume häufen sich. Die Linke kämpft für Vielfalt
2070 und Freiheit. Wir streiten dafür, dass Freiheit und Emanzipation nicht an den Geldbeutel
2071 gebunden ist, Ohne eine gute soziale Sicherung für Jede*n, ohne ausfinanzierte queere
2072 Projekte und Antidiskriminierungsarbeit werden queere Menschen nicht wirklich
2073 selbstbestimmt leben können.

2074 • Queere Orte, Jugendzentren, Projekte, Bars und Clubs müssen geschützt werden - auch
2075 vor Wuchermieten und Kürzungen staatlicher Zuschüsse. Die queere Jugendarbeit muss
2076 kommunale Pflichtaufgabe werden. Queere Selbstorganisation muss gestärkt werden -
2077 auch im ländlichen Raum.

2078 • Artikel 3 des Grundgesetzes muss um den Schutz der sexuellen Orientierung und der
2079 geschlechtlichen Identität erweitert werden.

2080 • Studien belegen, dass queere Menschen durchschnittlich schlechter bezahlt werden.
2081 Hiergegen bedarf es wirksamer Maßnahmen wie der betrieblichen Selbstorganisation
2082 queerer Menschen, des Abschlusses von Betriebs- oder Dienstvereinbarungen und der
2083 Arbeit von Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

2084 • Das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) ist in seiner jetzigen Form mangelhaft und muss
2085 verbessert werden. Absurde Regelungen etwa mit Blick auf den Kriegsfall oder
2086 rassistische Ausschlüsse etwa von Geflüchteten müssen gestrichen werden.

2087 • Queerfeindliche Gewalt und Diskriminierung muss überall bekämpft werden. Dafür
2088 braucht es einen ausfinanzierten Aktionsplan „Queer leben“. Darüber hinaus wollen wir
2089 ein bundesweites Antidiskriminierungsgesetz und eine Novelle des Allgemeinen
2090 Gleichbehandlungsgesetzes.

2091 • Wir wollen, dass es eine umfassende Gesundheitsversorgung queerer Menschen gibt und
2092 diese - gerade für trans* - auch von den Krankenkassen übernommen wird. Medizinische
2093 Versorgungseinrichtungen müssen niedrigschwellig und diskriminierungsfrei sein,
2094 Zugangsmöglichkeiten z. B. zur PreP (Prä-Expositions-Prophylaxe) ausgebaut werden.

2095 • Regenbogenfamilien müssen gleichgestellt werden. Das Abstammungsrecht muss reformiert
2096 werden, denn es diskriminiert queere Familien.

2097 **XIV. Ein Land, in dem alle mitbestimmen können**

2098 Wir wollen ein Land, in dem alle mitbestimmen können und gleiche Rechte haben. Kein Mensch
2099 darf ausgegrenzt werden! Wir unterstützen alle, die von Diskriminierungen, Hetze und
2100 rechter Gewalt betroffen sind. Wenn Demokratiefeinde unsere Rechte einschränken wollen,
2101 dann setzen wir dem mehr Mitbestimmung und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse zur
2102 Verteidigung unserer Demokratie entgegen. Wir halten aber auch nicht still, wenn Parteien
2103 der sogenannten „Mitte“ die Parolen und Rhetorik der Rechtsradikalen übernehmen, sondern
2104 wehren uns lautstark gegen diese Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts. Wir stellen
2105 uns gegen Antisemitismus und Rassismus in jeglicher Form und egal, woher er kommt.
2106 Antifaschismus heißt, auf allen Ebenen und mit allen demokratischen Mitteln die radikale
2107 Rechte in ihre Schranken zu weisen und die Bedingungen zu bekämpfen, die den Rechtsruck
2108 erst möglich gemacht haben und weiterbefördern. Wir setzen auf mehr direkte Demokratie,
2109 auf Maßnahmen gegen Lobbyismus und für mehr Transparenz. Keine Demokratie ohne freie
Rede!

2110 Die Linke verteidigt Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Das schließt den Schutz

2111 von Whistleblowern ein! Ohne diese Freiheiten gibt es keinen demokratischen Diskurs.

2112 • Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide

2113 Bürger*inneninitiativen, Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide auf

2114 Bundesebene einführen. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die

2115 Einführung von Referenden ein, d. h., die Bürger*innen können gegen parlamentarische

2116 Entscheidungen ein Veto einlegen.

2117 • Die Linke setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen

2118 Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 16

2119 Jahre ein. Die Linke streitet für ein Wahlrecht auf allen Ebenen für Menschen auch

2120 ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die sich seit mindestens fünf Jahren in

2121 Deutschland aufhalten.

2122 **Überwachung statt Sicherheit? Nein Danke!**

2123 Wer Strafgesetze verschärfen will, spricht von Sicherheit. Statt Sicherheit werden aber

2124 immer lückenlosere Überwachungsphantasien umgesetzt, von Videokameras bis zur Kontrolle

2125 der Chats auf dem privaten Handy.

2126 Wir wollen keine Sicherheitspolitik, die in die Privatsphäre der Menschen eingreift.

2127 Stattdessen müssen Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft in die Lage versetzt werden, mit

2128 der dynamischen Entwicklung von Kriminalität Schritt zu halten - von der

2129 Wirtschaftskriminalität über Cyber-Attacken hin zu Manipulation mithilfe von KI und

2130 Algorithmen in sozialen Medien. Sicherheit muss stadtteilgerecht sein: Die Polizei muss

2131 ansprechbar sein und deeskalierend auftreten. Für Obdachlose und Suchtabhängige braucht es

2132 keine Ausgrenzung aus den Innenstädten, sondern bessere Hilfsangebote und eine Stärkung

2133 der Sozialarbeit.

2134 • Wir wollen den Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle

2135 „Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ersetzen. Als erster

2136 Schritt muss das V-Leute-System des Inlandsgeheimdienstes und seine Verstrickungen

2137 mit der extremen Rechten aufgedeckt und beendet werden.

2138 • Datenschutz wirksam durchsetzen! Wir wollen das Recht auf informationelle

2139 Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und

2140 Onlinedurchsuchungen („Staatstrojaner“), nichtindividualisierte Funkzellenabfragen,

2141 Rasterfahndung (auch per Handy), allgegenwärtige Videoüberwachung, Späh- und

2142 Lauschangriffe. Biometrische Videoüberwachung und Chat-Kontrollen wollen wir

2143 verbieten.

2144 • Sicherheit vor Sicherheitspaketen! Die Vielzahl an neuen Befugnissen für

2145 Ermittlungsbehörden sind ein Einfallstor für sogenanntes „racial profiling“:

2146 Strafverfolgung auf Basis von rassistischen Stereotypen. Wir lehnen es ab, dass

2147 äußere Merkmale wie Hautfarbe, vermutete oder tatsächliche Religionszugehörigkeit,

2148 Sprache oder Herkunft der betroffenen Menschen, als verdächtig eingestuft und als

2149 Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen,

2150 Ermittlungen und Überwachungen werden.

2151 • Sonderstrafrecht stoppen! Die Antiterrorgesetzgebung der Bundesregierungen der

2152 vergangenen 30 Jahre gehört auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Verbrechen zu

2153 bekämpfen und Gefahren abzuwehren, ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden. Hierfür

2154 braucht es kein politisches Sonderstrafrecht.

2155 **Polizei im Rechtsstaat**

2156 Polizist*innen brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute und moderne Ausbildung. Auch
2157 eine moderne Personalmitbestimmung gehört dazu.

2158 • Deeskalation statt Aufrüstung! Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmende
2159 Ausstattung mit Maschinengewehren und -pistolen, Schützenpanzern und Sprengstoff
2160 lehnen wir ab, ebenso wie den Einsatz von „weniger tödlichen Waffen“ wie Taser und
2161 Gummigeschosse. Bewaffnete SEK dürfen nicht gegen Demonstrationen eingesetzt werden.
2162 Den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir massiv einschränken. Im
2163 Zusammenhang mit Versammlungen, Ansammlungen im öffentlichen Raum und
2164 Veranstaltungen
2165 soll er verboten werden.

2166 • Eine individuelle Kennzeichnungspflicht muss eingeführt werden. Es muss
2167 selbstverständlich werden, dass Polizeibeamt*innen den Bürger*innen individuell
2168 erkennbar gegenüberreten. Zur Aufklärung und Vermeidung von Übergriffen sollen
Einsatzprotokolle und Polizeivideos bei Treuhandstellen aufbewahrt werden.

2169 **Unabhängigkeit der Politik – die Macht der Lobbyist*innen einschränken**

2170 Im Bundestagswahlkampf 2021 erhielten die Parteien über 100 Millionen. Euro an
2171 Parteispenden. In 12 EU-Ländern sind Spenden von Unternehmen oder juristischen Personen an
2172 Parteien verboten. In weiteren 13 EU-Ländern sind solche Spenden durch Obergrenzen
2173 begrenzt. Deutschland hinkt hinterher. Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die
2174 keine Spenden von Konzernen annimmt. Dabei bleibt es.

2175 • Den Gesetzesvorlagen der Bundesregierung muss eine Auflistung der
2176 Interessenvertreter*innen sowie der Sachverständigen beigelegt werden, deren
2177 Stellungnahmen bei der Erstellung und Erarbeitung berücksichtigt wurden oder die
2178 sonst mitgewirkt haben (legislative Fußspur).

2179 • Abgeordneten muss es verboten sein, Spenden anzunehmen. Die Nebenverdienste von
2180 Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen. Unternehmensspenden an
2181 Parteien sowie das - steuerlich absetzbare! - Parteisponsoring wie
2182 Unternehmensstände auf Parteitagungen wollen wir verbieten. Spenden von Privatpersonen
2183 sind auf 25000 Euro im Jahr zu begrenzen. Auch nachträgliche »Dankeschön-Spenden« und
2184 Bestechung mit dem Ziel der Imagepflege des Lobbyisten müssen uneingeschränkt als
2185 Abgeordnetenbestechung strafbar sein.

2186 • Bundesminister*innen und parlamentarische Staatssekretär*innen müssen nach ihrem
2187 Ausscheiden aus dem Amt mindestens drei Jahre bzw. für die Dauer des zeitlichen
2188 Anspruchs auf Übergangsgeld warten, bevor sie in Unternehmen wechseln, mit deren
2189 wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren.

2190 • Kein Lobbyismus an Schulen! Soweit Forschung und Einrichtungen oder auch einzelne
2191 Studien von Lobbyisten bezahlt werden, muss das transparent gemacht werden.

2192 **Religionsfreiheit**

2193 Wir verteidigen das Recht auf Religionsfreiheit: das Recht der Freiheit des Glaubens, des
2194 Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Wir
2195 verteidigen jüdische Menschen, Muslim*innen und alle anderen religiösen Minderheiten, wenn
2196 sie wegen ihrer Religion diskriminiert werden. Wir treten für die institutionelle Trennung
2197 von Staat und Religion sowie die Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen
2198 mit den christlichen Kirchen ein.

- 2199 • Die Linke unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen für den
2200 erwerbsarbeitsfreien Sonntag.
- 2201 • Wir fordern zusammen mit den Gewerkschaften die Abschaffung des Sonderarbeitsrechts
2202 in den Kirchen, in Diakonie und Caritas.
- 2203 • Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches
2204 Bekenntnis zu einer Religion ein. Die Linke verteidigt das Selbstbestimmungsrecht von
2205 muslimischen Frauen, spricht sich gegen ein Verbot religiös motivierter Bekleidung
2206 aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.
- 2207 • Wir wollen einen Ethikunterricht, in dem alle Schüler*innen mit ihren
2208 unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen
2209 gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können.
- 2210 • Die Militärseelsorge in der jetzigen Form wollen wir durch einen Seelsorgevertrag für
2211 alle Angehörigen der Bundeswehr ersetzen, der eine gleichberechtigte Betreuung durch
2212 alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften garantiert.
- 2213 • Die Kirchen sollen in Zukunft ihre Steuern bzw. Beiträge selbstständig einziehen. Wir
2214 treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung der
2215 Staatsleistungen an die Kirchen ein. In einer weltanschaulich und religiös
2216 vielfältigen Gesellschaft müssen alle die gleichen Möglichkeiten der Finanzierung
2217 haben. Wir treten für die Gleichstellung aller Religions- und
2218 Weltanschauungsgemeinschaften als gleichberechtigte Körperschaften des öffentlichen
2219 Rechts ein. Im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus fordern wir einen Beauftragten
2220 für muslimisches Leben.
- 2221 Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische
2222 Religionsgemeinschaften. Das muslimische Zuckerfest und der jüdische Yom Kippur sollen
2223 gesetzliche Feiertage in Deutschland werden, denn der Islam und das Judentum gehören zu
2224 Deutschland.

2225 **XV. Extreme Rechte stoppen!**

- 2226 Die politischen Kräfte, die gesellschaftlichen Hass schüren, Ungleichheit befürworten und
2227 menschliches Leben als unterschiedlich wertvoll einschätzen, werden lauter. Dass die
2228 Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben hat, hat die Rechte
2229 stärker gemacht, nicht schwächer. Dagegen braucht es eine soziale Politik für alle
2230 Menschen und massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft
2231 zusammenhält. Alle Menschen sind gleichwertig und haben dieselben Grundrechte. Von diesem
2232 fundamentalen Prinzip werden wir niemals abrücken.
- 2233 Die Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken! Protest und Aufklärung gegen rechts sind
2234 eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der
2235 mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche
2236 Demokratiebündnisse, Migrant*innenselbstorganisationen sowie Antifa-Initiativen müssen mit
2237 einem echten wirksamen Demokratiefördergesetz stärker unterstützt und langfristig
2238 finanziell abgesichert werden.
- 2239 Wir werden die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Bundestag vorantreiben und
2240 Druck machen für die Freigabe aller Akten der Geheimdienste u. a. zum Oktoberfest-Attentat
2241 und zum NSU-Komplex. Wir fordern das Verbot militanter, bewaffneter, neonazistischer

2242 Organisationen und unterstützen, dass das Bundesverfassungsgericht ein Verbot der AfD
2243 prüfen soll.

2244 Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an die
2245 Opfer von damals und heute zu bewahren. Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom
2246 Faschismus endlich ein bundeseinheitlicher Feiertag werden. Die politische Bildung wollen
2247 wir stärken.

2248 **XVI. Gute Bildung**

2249 Bildungsmisere und Kita-Katastrophe: Das sind die Schlagworte zum deutschen
2250 Bildungssystem. Kinder aus wirtschaftlich schwachen und nicht akademischen Haushalten
2251 haben nach wie vor schlechtere Chancen auf gute Bildung. In den Schulen bröckelt der Putz
2252 von der Decke, Turnhallen sind gesperrt und die Toiletten sind oft unbrauchbar. Dabei
2253 solle Bildung Priorität Nummer eins für das Gemeinwesen sein! Wir wollen dafür sorgen,
2254 dass hochwertige, inklusive und lebenslange Bildungsangebote zur Selbstverständlichkeit
2255 werden.

2256 Der Sanierungsstau an Schulen beträgt mittlerweile knapp 55 Milliarden Euro. An den
2257 Hochschulen fehlen bis zu 60 Milliarden Euro. Überall fehlt es an Lehrkräften und
2258 pädagogischem Personal. Bis 2035 werden 177 500 Lehrer*innen fehlen. In den Kitas fehlen
2259 aktuell 125 000 Fachkräfte. Es braucht dringend mehr Investitionen und ausreichend gut
2260 qualifiziertes Personal in Bildung und Erziehung.

2261 • Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss aufgehoben und
2262 stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert
2263 werden. Privatisierungen müssen im Bildungssektor ausgeschlossen werden.

2264 • Wir wollen ein Bildungsrahmengesetz, um länderübergreifende Mindeststandards und
2265 gleiche Rechtsansprüche, soziale und personelle Rahmenbedingungen in allen Ländern
2266 gleichermaßen zu sichern.

2267 • Bildungseinrichtungen, insbesondere Kitas und Schulen, müssen vor Hitzewellen besser
2268 geschützt werden. Dafür müssen Investitionsmittel bereitgestellt werden.

2269 • Wir wollen, dass Schulbücher und andere Lernmittel kostenlos zur Verfügung gestellt
2270 werden. Wir fordern außerdem eine kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und
2271 kostenfreie Beförderung von Schüler*innen. Damit gute Bildung nicht vom Geldbeutel
2272 abhängt.

2273 • Lernen soll in der Schule stattfinden. Über Hausaufgaben wird soziale Ungleichheit in
2274 ungleichen Schulerfolg übersetzt, deshalb wollen wir sie abschaffen.

2275 **Kitas und Kinder stärken**

2276 Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz wird vielerorts nicht umgesetzt: Es fehlen 430 000
2277 Plätze. Die Kita-Gruppen sind zu groß und das Personal ist überlastet. Viele
2278 Erzieher*innen verlassen den Beruf. Wir fordern wir ein Kitaqualitätsgesetz, das Kinder
2279 und Beschäftigte in den Fokus stellt und den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz umsetzt.

2280 • Bessere Betreuungsschlüssel: Mindestens eine*r Erzieher*in für maximal 3 Kinder unter
2281 drei Jahren und für 8 Kinder ab drei Jahren – unter Berücksichtigung von Ausfall- und
2282 Vorbereitungszeiten und Elternarbeit.

2283 • Gebührenfreie Kitas: Alle Eltern müssen Zugang zu einem Platz haben, unabhängig vom

- 2284 Einkommen.
- 2285 • Gesundes Essen: Kostenloses, gutes Mittagessen in allen Kitas und Schulen.
- 2286 • Die Löhne in Sozial- und Erziehungsdiensten müssen steigen! Kinderbetreuung ist
2287 harte, wichtige Arbeit.
- 2288 • Hochschulniveau für die Ausbildung: Zugänge wollen wir erleichtern und die Qualität
2289 der Ausbildung erhöhen.
- 2290 • Stärkung von Kompetenzen im Kita-Team: Alltagsintegrierte Sprachbildung und Förderung
2291 von Mehrsprachigkeit.
- 2292 **Eine Schule für alle**
- 2293 Das gegliederte Schulsystem bleibt ein Brandbeschleuniger für soziale Ungleichheit. Wir
2294 setzen dagegen auf eine Schule für alle. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle
2295 Schulabschlüsse an. Unser Ziel: Eine inklusive Schule, in der alle Kinder unabhängig von
2296 Herkunft, Förderbedarf oder sozialen Umständen gemeinsam lernen und wachsen können.
- 2297 • Jede*r Schüler*in soll Zugang zu einer Ganztagsbetreuung, am besten eine
2298 Gemeinschaftsschule haben. Statt Hausaufgaben findet das Lernen und die Wiederholung
2299 von Lernstoff gemeinsam statt.
- 2300 • Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei sein, mit ausreichend Fachkräften und
2301 passender Ausstattung für alle Kinder. Zwei-Lehrer*innen-System: Zwei Lehrkräfte pro
2302 Klasse schaffen mehr individuelle Förderung. Multiprofessionelle Teams von
2303 Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und medizinisches
2304 Fachpersonal arbeiten zusammen, um den individuellen Bedürfnissen der Schüler*innen
2305 gerecht zu werden.
- 2306 • Jedes Kind hat ein Recht auf individuelle Förderung. Unabhängig von den Fähigkeiten
2307 setzen wir uns dafür ein, dass jedes Kind so begleitet wird, dass es sich bestmöglich
2308 entfalten kann. In Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe aber nicht, indem es
2309 durch die Etikettierung nach verschiedenen Förderbedarfen diskriminiert und
2310 ausgesondert wird.
- 2311 • Sprachkompetenzen stärken: Wir wollen ein Bundesprogramm aufsetzen, dass die Aus-,
2312 Fort- und Weiterbildungen von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache sowie Sprach-
2313 und Alphabetisierungskurse auch für die Eltern und Geschwister von migrantischen
2314 Kindern ermöglicht. Wir wollen das Angebot zum Spracherwerb an Schulen erweitern und
2315 fordern, dass Herkunftssprachen in Schulen auch als Erst- oder Zweitsprache anerkannt
2316 werden.
- 2317 • Die Mitbestimmungsrechte von Schüler*innen müssen ausgebaut werden.
- 2318 • Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeit müssen flächendeckend und dauerhaft an
2319 jeder Schule verfügbar sein.
- 2320 • Unabhängigkeit: Verbot von Werbung und Lobbyismus in Schulen. Keine Werbung der
2321 Bundeswehr in Schulen und Universitäten. (siehe Kapitel 6)
- 2322 • Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss an allen Schulen auch für digitale Geräte
2323 sichergestellt sein. In den Schulen muss eine ausreichende Netzwerkinfrastruktur
2324 geschaffen werden. Die Medien- und Datenschutzkompetenz der Kinder und Jugendlichen
2325 muss möglichst früh gefördert werden.
- 2326 • Lernsoftware darf nicht als Ersatz für Lehrpersonal eingesetzt werden. KI darf nicht

- 2327 für Bewertung oder die Vorhersage von Lernerfolgen eingesetzt werden. Lehrkräfte
2328 müssen in KI, Datenschutz und digitaler Technik geschult werden.
- 2329 • Digitalisierung darf nicht zum Einfallstor der Profitinteressen von Unternehmen
2330 werden. Die Software soll den Standards quelloffener freier Software entsprechen und
2331 sogenannte Open Educational Resources (OER) bevorzugen.
- 2332 **Ausbilden, sonst wird umgelegt**
- 2333 Fast 3 Millionen junge Menschen haben keinen Abschluss. Wer einen Ausbildungsplatz sucht,
2334 hängt oft in Warteschleifen fest – vor allem Hauptschüler*innen und Migrant*innen sind
2335 benachteiligt. Gleichzeitig klagen Betriebe über Fachkräftemangel, bilden jedoch immer
2336 seltener selbst aus. Die Hälfte der Auszubildenden ist überlastet, weil sie den
2337 Fachkräftemangel kompensieren müssen. Die Qualität und Ausbildungsbedingungen müssen
2338 dringend verbessert werden. Bis 2030 müssen 160 000 zusätzliche Lehrkräfte in der
2339 beruflichen Bildung eingestellt werden.
- 2340 • Solidarische Ausbildungsumlage: Betriebe, die nicht ausbilden, sollen in einen Fonds
2341 einzahlen, um Ausbildungsplätze und Verbundausbildungen für andere Betriebe zu
2342 finanzieren.
- 2343 • Unternehmen müssen sich an der Schaffung von öffentlichen, bezahlbaren Wohnheimen für
2344 Auszubildende, insbesondere im ländlichen Raum, finanziell beteiligen.
- 2345 • Jede Ausbildung soll vollqualifizierend und gebührenfrei sein. Schulgeld entfällt,
2346 und Azubis erhalten eine Mindestausbildungsvergütung (80 % durchschnittlichen
2347 tariflichen Ausbildungsvergütung der Branchen). Nach der Ausbildung sollen alle
2348 Azubis unbefristet übernommen werden – ohne erneute Probezeit im selben Betrieb.
- 2349 • Schulische Ausbildungen (Fachschulausbildungen nach DQR 6) bleiben erhalten.
2350 Auszubildende in dieser Schulform erhalten für eine 3-jährige Ausbildung grundlegend
2351 Aufstiegs-Bafög (AFBG), ohne dieses mit Sanktionen zu belegen. Der Bafög-Satz wird
2352 stetig der Inflation angeglichen. Ebenso werden Träger dieser Ausbildungsform durch
2353 die Länder gefördert.
- 2354 • Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen sicherstellen, dass alle die gleichen
2355 Chancen auf eine Ausbildung haben. Das Kriterium der „Ausbildungsreife“ der
2356 Arbeitsagentur muss abgeschafft werden. Berufsvorbereitende Maßnahmen sollen mit
2357 einem Angebot für ein verbindlichen Ausbildungsplatz enden.
- 2358 • Das Berufsbildungsgesetzes (BVA DiG) muss reformiert werden, so dass die Verbesserung
2359 der Ausbildungsqualität im Mittelpunkt steht und ein Rechtsanspruch auf eine
2360 vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.
- 2361 • Geschlechterspezifische Unterschiede am Ausbildungsmarkt sollen (auch) durch
2362 geschlechtersensible Bildung und die Aufwertung schlecht bezahlter Berufe mit hohem
2363 Frauenanteil überwunden werden. Politische Bildung, Medienkompetenz und KI-Wissen
2364 sollen Teil der beruflichen Ausbildung sein.
- 2365 • Mitbestimmung: Die Rechte von Auszubildenden wollen wir stärken. Ihre Mitwirkung in
2366 den Personalvertretungen muss garantiert werden.
- 2367 • Wir unterstützen die Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugenden bei ihrem Kampf für
2368 bessere tarifvertragliche Lösungen. Die Ausbildung in den Berufen, die nicht dual
2369 geregelt ist, also zum Beispiel in allen Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufen,
2370 muss besser finanziert werden.

2371 **Weiterbildung fördern**

2372 Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als
2373 Pflicht zur Selbstoptimierung. Eine entscheidende Voraussetzung sind gute
2374 Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung bei allen Trägern und Bereichen der
2375 Erwachsenenbildung. Wir streiten für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für alle
2376 Lehrkräfte in der Weiterbildung.

- 2377 • Honorarverträge sollten in feste Stellen umgewandelt werden. Freie Dozent*innen
2378 müssen eine an den Tarif angegliche Vergütung erhalten.
- 2379 • Die Agenturen für Arbeit und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe
2380 die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung und Tarifbindung sicherstellen.
- 2381 • Für Weiterbildung in allen Bereichen muss eine gesetzliche Freistellung möglich sein,
2382 nicht nur für die berufliche Weiterbildung.
- 2383 • Menschen ohne Ausbildung sollen verlängerte Umschulungen und erleichterte
2384 Externenprüfungen bekommen, damit sie anerkannte Berufsabschlüsse erreichen können.
- 2385 • Wir fordern ein Weiterbildungsgeld, nicht nur in Transformationsbranchen (siehe
2386 Kapitel 7 und 8).

2387 **Ein gutes Studium für alle**

2388 Jede*r dritte Studierende in Deutschland ist arm. Nur 12,5 % der Studierenden profitieren
2389 vom Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Bedarfssätze liegen unterhalb der
2390 Armutsgrenze. Die Linke fordert, ein BAföG für Alle, das heißt: eltern-, alters- und
2391 herkunftsunabhängig, existenzsichernd und als Vollzuschuss. Die Höhe muss regelmäßig an
2392 Lebenshaltungskosten angepasst werden. Auch Menschen mit Duldung oder humanitären
2393 Aufenthaltstiteln sollen Zugang erhalten.

- 2394 • Hochschulen öffnen: Wir wollen den Zugang zur Universität mit Fachabitur, beruflicher
2395 Ausbildung oder vergleichbaren Abschlüssen. Wir wollen keine Studiengebühren,
2396 unabhängig vom Pass.
- 2397 • Geflüchtete und internationale Studierende: Unbürokratische Anerkennung von
2398 Abschlüssen und vereinfachte Zugangswege zum Studium. Dafür müssen zusätzliche
2399 Studienplätze geschaffen werden.
- 2400 • Demokratische Hochschulen: Wir wollen ausfinanzierte und demokratisch wirkmächtige
2401 Fachschaften, die die Studierendenschaft organisieren.
- 2402 • Ein Mentoringprogramm für Studierende aus Nichtakademikerfamilien

2403 **Wissenschaft und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung**

2404 Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) führt zu massiver Befristung und
2405 unsicheren Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft. Dies erschwert unabhängige Forschung
2406 und langfristige Personalplanung:

- 2407 • Dauerstellen für Daueraufgaben: Insbesondere für PostDocs, die zentrale Aufgaben in
2408 Forschung und Lehre übernehmen. Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche
2409 Mitarbeitende sollen planbare Arbeitsbedingungen erhalten.
- 2410 • Haushaltsfinanzierte Promotionsstellen sollen mindestens sechs Jahre laufen und
2411 Promovierenden ausreichend Zeit für ihre Dissertation bieten. Die Tarifsperre im
2412 WissZeitVG wollen wir aufheben.
- 2413 • Steuermittel zur Forschungsförderung sollen nur an tarifgebundene Einrichtungen

- 2414 vergeben werden.
- 2415 • Grundfinanzierung statt Drittmittelabhängigkeit, um Wissenschaftsfreiheit zu sichern
2416 und Kettenbefristungen zu vermeiden.
- 2417 • Das Professorinnenprogramm zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen
2418 Karrierestufen weiterentwickeln.
- 2419 • Studentische Beschäftigte müssen tarifvertraglich abgesichert werden.
- 2420 • Aus- und Aufbau digitaler Infrastrukturen an den Hochschulen: Wir fordern einen
2421 Hochschul-Digitalpakt mit zusätzlichen finanziellen Mitteln durch Bund und Länder.
- 2422 • Programme zum internationalen Austausch und vor allem zum Schutz politisch verfolgter
2423 und gefährdeter Wissenschaftler*innen wollen wir absichern und ausbauen.
- 2424 • Zivilklauseln, die zivile Forschung garantieren, sollen an allen Hochschulen und
2425 Forschungseinrichtungen verankert und Friedensforschung gefördert werden.
- 2426 • Verträge zwischen Hochschulen und privaten Unternehmen oder Stiftungen müssen
2427 offengelegt werden. Öffentliche Forschungsmittel dürfen nicht zur Bereicherung
2428 Einzelner missbraucht werden.
- 2429 • Keine politische Einmischung des Bildungsministeriums in die Fördermittelvergabe für
2430 Wissenschaftler*innen

2431 **XVII. Eine moderne Einwanderungsgesellschaft gestalten**

- 2432 Die Migrationsdebatte von rechts macht Migrant*innen und Geflüchtete zu Sündenböcken für
2433 die verfehlte Politik im Interesse der Reichen. Menschen mit Migrationsgeschichte sind in
2434 allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und leisten wertvolle Arbeit – ganze
2435 Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen. Statt einer Debatte zwischen einem
2436 „Wir“ und „die anderen“ orientiert sich Die Linke am Leitbild einer demokratischen und
2437 sozialen Einwanderungsgesellschaft. Um diese zu gestalten und ein gutes Ankommen für
2438 Geflüchtete zu ermöglichen, müssen entsprechende gesetzliche, finanzielle und strukturelle
2439 Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit insbesondere die Kommunen nicht mit den
2440 Herausforderungen allein gelassen werden.
- 2441 • Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und
2442 Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns.
2443 Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger*innen müssen schneller
2444 anerkannt werden.
- 2445 • Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in
2446 Deutschland lebenden Menschen. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen die
2447 deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Es ist gut, dass die Einbürgerungsreform
2448 Mehrstaatlichkeit generell zulässt, aber an den hohen Einkommenshürden wurde nichts
2449 verändert. Wir wollen, dass die Einbürgerung nicht mehr vom Geldbeutel abhängt. Nach
2450 fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik soll jeder einen Rechtsanspruch auf
2451 Einbürgerung haben. Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne
2452 Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem
2453 unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldung leben müssen.
- 2454 • Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der
2455 Doppelbestrafung, lehnen wir ab. Straftäter*innen müssen unabhängig vom

- 2456 Aufenthaltsstatus ein reguläres Strafverfahren im Inland erhalten und gegebenenfalls
2457 Haftstrafen im Inland verbüßen.
- 2458 • Wir wollen ein Bundespartizipationsgesetz, um Menschen mit Migrationsgeschichte
2459 besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören
2460 eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen
2461 Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein
2462 Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und
2463 Politik einbezogen wird. Migrantische Selbstorganisationen müssen Teil des
2464 Partizipationsrats sein.
- 2465 • Antirassismus ins Gesetz: Es braucht eine klare Arbeitsdefinition von
2466 institutionellem und strukturellem Rassismus. Zudem fordern wir eine grundlegende
2467 Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die insbesondere die
2468 Klagefristen verlängert, ein Verbandsklagerecht vorsieht, die Diskriminierungsformen
2469 „Staatsangehörigkeit“, „Aufenthaltsstatus“, „familiärer Status“ und „sozialer Status“
2470 umfasst und auch staatliches Handeln einbezieht. Eine*r Antirassismusbeauftragte*r
2471 muss es auch weiter geben. Es braucht zudem ein gesetzliches Verbot rassistischer
2472 Polizeikontrollen („racial profiling“) und die Abschaffung von anlasslosen
2473 polizeilichen Kontrollbefugnissen sowie verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen
2474 im gesamten Öffentlichen Dienst. Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss
2475 dem Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein Bundesministerium für
2476 Migration und Partizipation. In Artikel 3 des Grundgesetzes soll eine Schutz- und
2477 Förderklausel für von rassistischer Diskriminierung Betroffene eingefügt werden.
- 2478 • Wir fordern die Schaffung eine*s Beauftragten für muslimisches Leben und den Kampf
2479 gegen antimuslimischen Rassismus. (siehe Kapitel 14)
- 2480 • Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und
2481 Transfeindlichkeit, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus und für mehr
2482 Demokratie engagieren, sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete
2483 Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant*innen wollen wir durch ein
2484 Demokratiefördergesetz stärker und endlich dauerhaft fördern (vgl. Kapitel 15).
- 2485 • Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und
2486 solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft
2487 oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.
- 2488 Die Kommunen dürfen mit den Aufgaben der Versorgung von Geflüchteten nicht allein gelassen
2489 werden! Es braucht mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen
2490 Zusammenhalt, d. h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal
2491 in Schulen, Kitas, Wohnen, Gesundheit, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel
2492 11).
- 2493 • Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine
2494 uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Niemand soll darauf warten müssen, sein
2495 Leben selbst in die Hand zu nehmen.
- 2496 • Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die die Bedingungen für
2497 Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Teilhabe
2498 von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die
2499 öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Außerdem muss der Bund über eine Pro-
2500 Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten.

2501 • Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen
2502 flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender
2503 Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der
2504 solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.

2505 **Niemand flieht freiwillig**

2506 Das Chaos an den europäischen Grenzen ist ein Politikversagen. Wir finden uns nicht damit
2507 ab, dass jedes Jahr Tausende von Menschen an den europäischen Grenzen sterben. Wir wollen
2508 legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht Schleppern die
2509 Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die
2510 Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.

2511 • Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein
2512 ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente
2513 zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der
2514 Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung
2515 muss umgehend beendet werden. Pushbacks sind illegal und müssen beendet werden.

2516 • Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt
2517 werden. (siehe Kapitel 6)

2518 • Asylrecht ist Menschenrecht. Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab.
2519 Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an
2520 den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von
2521 Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder
2522 »Hotspots«) lehnen wir ab. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat
2523 entschieden: Asylsuchende brauchen einen Zugang zu wirksamem Rechtsschutz an der
2524 Grenze. In Deutschland muss es eine unabhängige Asylverfahrensberatung durch
2525 Wohlfahrtsverbände und Vereine geben.

2526 • Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf
2527 nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert
2528 werden. Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab. Verfolgung wegen
2529 sexueller Orientierung und von trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQA*)
2530 muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden. Systematische
2531 Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen sind
2532 unzulässig.

2533 • Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Anerkennung von Klima- und
2534 Umweltfolgeschäden sowie Armut müssen als Fluchtgründe sowie eine entsprechende
2535 humanitäre Visavergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das
2536 Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für
2537 Schutzsuchende.

2538 • Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit
2539 sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.

2540 • Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen,
2541 Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale
2542 Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten
2543 unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.

2544 **XVIII. Inklusion und Teilhabe – selbstverständlich!**

2545 Nach unserem Verständnis ist Inklusion genau der benötigte Gegenentwurf zu sozialer
2546 Spaltung, zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung. Ein tiefgreifender Prozess zum
2547 Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten, der sich auf all die Menschen bezieht, die
2548 von Teilhabe ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden - aufgrund
2549 ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihrer geschlechtlichen Identität oder
2550 ihrer sexuellen Orientierung, oder ihres Geschlechtes, aufgrund ihrer körperlichen
2551 Verfassung oder besonderer Lernbedürfnisse, vor allem aufgrund von Armut. Dabei erkennen
2552 wir an, dass Menschen mit Behinderung nach wie vor in besonderer Weise in vielen
2553 Lebensbereichen benachteiligt sind. 2023 wurde Deutschland von der UN auf die Umsetzung
2554 der UN-Behindertenrechtskonvention geprüft und vor allem für das stark ausgebaute System
2555 von Sonderstrukturen, sowohl in der schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in
2556 Werkstätten, als auch in Form von großen stationären Wohneinrichtungen kritisiert. Das
2557 muss nicht sein und verstößt gegen die Menschenwürde. Wir wollen, dass Menschen mit
2558 Behinderungen an allen Aspekten des Lebens selbstverständlich teilhaben können.

2559 Der Begriff „Inklusion“ wird oft auf Bildung beschränkt oder für Einsparungen missbraucht.
2560 Für Die Linke ist der Begriff der Gegenentwurf zu sozialer Spaltung, Ausgrenzung, Hass und
2561 der Abwertung von Menschen durch Faschisten und Rassisten. Wir wollen eine Gesellschaft,
2562 in der alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen
2563 Entscheidungen teilhaben können – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer
2564 körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter
2565 oder ihrer sexuellen Orientierung.

2566 • Barrierefreiheit umfassend herstellen und (auch) die Privatwirtschaft dazu
2567 verpflichten. Dafür müssen verbindliche Regelungen in das Allgemeine
2568 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)
2569 aufgenommen werden, mit denen private Anbieter*innen von öffentlich zugänglichen
2570 Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet werden.
2571 Im AGG wollen wir ein Verbandsklagerecht, damit Antidiskriminierungsverbände ohne
2572 individuell klagewillige Betroffene Klage erheben können.

2573 • Bildung inklusiv machen – inklusives Lernen in allen Bildungseinrichtungen. Die
2574 Förderschulen müssen umstrukturiert und sonderpädagogisches Personal an Regelschulen
2575 flächendeckend eingesetzt werden. Bei den meisten Menschen entsteht eine Behinderung
2576 erst im Laufe ihres Lebens. Deshalb ist es wichtig, dass Aus-, Fort- und
2577 Weiterbildungen inklusiv ausgerichtet sind und inklusive Bildung bis ins hohe Alter
2578 möglich ist.

2579 • Arbeitswelt inklusiv machen: Die Arbeitslosenquote bei Menschen mit Behinderung ist
2580 doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung. Die Beschäftigungspflicht von Menschen
2581 mit Behinderungen muss wieder auf sechs Prozent angehoben werden. Die Betriebe dürfen
2582 sich daraus nicht rauskaufen können.

2583 • Inklusionsbetriebe besser fördern, sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur
2584 Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Sie brauchen eine bessere öffentliche
2585 Finanzierung.

2586 • Mindestlohn auch in den Werkstätten: Die Europäische Mindestlohnrichtlinie schreibt
2587 vor, dass auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung Mindestlohn gezahlt wird.
2588 Auch in Deutschland muss dies unverzüglich umgesetzt werden!

- 2589 • Wohnortnahe Versorgung herstellen: Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung
2590 muss nah am Wohnort von Patient*innen und Klient*innen sichergestellt und zur
2591 kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.

2592 **XIX. Medien für die plurale Gesellschaft**

2593 Für demokratische Aushandlung und Meinungsbildung braucht es vielfältige Medien. Aber
2594 Zeitungen sterben und gehören stärker zu Großkonzernen. Private Plattformen verfügen über
2595 große Meinungs- und Marktmacht und setzen sie ein. Hassbotschaften und Fake News nehmen
2596 zu. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte ein Gegengewicht sein. Er muss seine
2597 demokratische Funktion besser erfüllen können. Journalistische Standards in der
2598 Medienlandschaft müssen gestärkt werden.

- 2599 • Die Programmvielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss erhalten bleiben,
2600 einschließlich Arte, 3-Sat und Kulturradios. Breitgefächerte gesellschaftspolitische
2601 Informationen müssen gestärkt werden, für die bei den Privaten kaum Platz ist.
- 2602 • Die Gehalts- und Ausgabenstrukturen im öffentlich-rechtlichen-Rundfunk müssen
2603 offengelegt werden, einschließlich Beraterstrukturen. Öffentliche Gelder nur bei
2604 transparenten Finanzen!
- 2605 • Um Meinungsvielfalt zu erhalten, müssen Fusionen bei Medien stärker kontrolliert
2606 werden. Non-Profit-Journalismus muss als gemeinnützig anerkannt werden.
- 2607 • Systematische Einschüchterungsklagen oder Abmahnungen gegen kritische Recherchen
2608 müssen geahndet werden. Betroffene brauchen kostenlose juristische und psychosoziale
2609 Unterstützung.
- 2610 • Medienschaffende müssen besser vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt geschützt
2611 werden. Straftaten gegen Medienschaffende sollten gesondert erfasst werden und von
2612 Schwerpunktstaatsanwaltschaften bearbeitet werden.
- 2613 • Die Vertraulichkeit in Redaktionen und im Umgang mit Quellen muss gegen staatliche
2614 Überwachung geschützt werden.
- 2615 • Durch Künstliche Intelligenz erzeugte Medieninhalte müssen gekennzeichnet werden und
2616 die Plattformen haften bei Falschinformationen und Rechtsverstößen durch solche
2617 Inhalte. Die Nutzung urheberrechtlich geschützten Materials für das Training von KI-
2618 Modellen muss vergütet werden.
- 2619 • Nicht kommerzielle Vervielfältigung und Nutzung urheberrechtlich geschützten
2620 Materials darf nicht kriminalisiert werden. Das Leistungsschutzrecht für
2621 Presseverlage und das Datenbankschutzrecht sollen abgeschafft werden.
- 2622 • Soziale Einrichtungen und Menschen mit Behinderung wollen wir vom Rundfunkbeitrag
2623 befreien. Beitragsbefreiungen sollten für Berechtigte automatisch erfolgen.

2624 **Kultur - Vielfältig und für alle zugänglich**

2625 Der Zugang zu Kultur soll nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen, dass Kunst und Kultur
2626 allen zugänglich ist und nicht vorrangig über den Markt geregelt werden. Kunst und Kultur
2627 müssen als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich gefördert werden. Kulturförderung sollte
2628 Pflichtaufgabe werden. Länder und Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass
2629 sie Kulturförderung leisten können.

2630 Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir brauchen

2631 Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit,
2632 branchenspezifische Honoraruntergrenzen und rechtlich abgesicherte Ausstattungsvergütungen
2633 für bildende Künstler*innen. Die Künstlersozialkasse muss für weitere Berufsgruppen
2634 geöffnet und der Bundeszuschuss erhöht werden. Bei der Kulturförderung brauchen wir
2635 Vielfalt und Sensibilität für Diskriminierungen. Das schließt paritätisch besetzte Gremien
2636 und Jurys ein. Wir brauchen klare rechtliche Regelungen für die Rückgabe unrechtmäßig
2637 erworbener Kulturgüter in Museen und Bibliotheken. Die Herkunftsgeschichte muss mit
2638 öffentlichen Mitteln erforscht werden.

2639 **Verbraucher*innen stärken. Schluss mit den Schuldenfallen**

2640 Die Konzerne nutzen ihre Macht gegenüber den Verbraucher*innen aus. Wir wollen die Rechte
2641 der Verbraucher*innen stärken, dafür braucht es mehr Transparenz, einen starken, gut
2642 finanzierten Verbraucherschutz sowie klarere Regeln für die Konzerne.

2643 • Schluss mit Mogelpackungen und versteckte Preiserhöhungen. Wir fordern die
2644 Abschaffung der Vorkasse bei Reisen und Schutz vor Airline-Insolvenzen. Von
2645 Sammelklagen sollen alle geschädigten Verbraucher*innen automatisch profitieren.

2646 • Es braucht ein starkes Verbraucher*inneninformationsgesetz und strengere
2647 Transparenzstandard und Haftung für Onlinemarktplätze und Onlineplattformen. Gegen
2648 Green- and Socialwashing muss aktiver vorgegangen werden.

2649 • Verbraucherhilfe in sozialen Quartieren und ländlichen Gebieten muss ausgebaut
2650 werden.

2651 • Schuldenfallen und ihre Profiteure bekämpfen: Schluss mit Wucherpreisen auf
2652 Verbraucherkredite. Telefonische Verträge sollen nur mit schriftlicher Bestätigung
2653 gelten.

2654 • Wir fordern kostenfreie und schnelle Schuldnerberatung. Die Inkasso-Abzocke muss
2655 beendet werden. Die Schufa soll durch eine unabhängige öffentliche Einrichtung
2656 ersetzt werden.

2657 • Verbraucherschutz bei Finanzprodukten: Wir wollen unabhängige Finanzberatung durch
2658 Verbraucherzentralen stärken. Finanz- und Versicherungsprodukte dürfen nicht auf
2659 Provision verkauft werden. Jede*r hat ein Recht auf ein kostenfreies Basiskonto.

2660 **XX. Digitalisierung fürs Gemeinwohl – statt für Konzernprofite**

2661 Wir setzen uns dafür ein, dass sich Digitalisierung an den Bedürfnissen der Menschen
2662 orientiert, den Alltag erleichtert, die Demokratie stärkt und hilft das Klima zu schützen.
2663 Dazu müssen Profitinteressen zurückgedrängt und staatlicher Überwachungswut ein Riegel
2664 vorgeschoben werden.

2665 • Teilhabe an der digitalen Gesellschaft muss für alle sichergestellt sein – auch auf
2666 dem Land und für Menschen mit kleinem Geldbeutel. Deshalb wollen wir den kommunalen
2667 und gemeinnützigen Ausbau von Glasfasernetzen fördern, unnötigen Doppelausbau
2668 verhindern, das Recht auf Internetzugang von aktuell 10 Mbit/s auf 100 Mbit/s
2669 Downloadgeschwindigkeit erhöhen und die Preise so deckeln, dass sich alle den Zugang
2670 dazu leisten können. Es macht keinen Sinn, dass jeder Anbieter ein eigenes Mobilfunk-
2671 und Glasfasernetz aufbaut. Ein einziges Netz, über das alle ihre Dienstleistungen
2672 anbieten können, spart Baukosten, Material und Umweltbelastung – und ermöglicht
2673 schneller flächendeckendes Netz überall. Die Kosten für den Netzzugang und die

- 2674 erforderlichen Geräte müssen bei der Grundsicherung und anderen Sozialleistungen
2675 berücksichtigt werden. Öffentliche Stellen müssen Geräte und fachkundiges Personal
2676 bereitstellen, um vor Ort beim Ausfüllen von Online-Anträgen zu helfen.
- 2677 • Für uns gilt der Grundsatz: Was mit Steuergeldern bezahlt wurde, muss allen zu Gute
2678 kommen. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche Güter entstehen. Wir wollen viel
2679 mehr Open-Source-Software – das macht uns unabhängiger von digitalen Monopolen und
2680 ihren hohen Lizenzgebühren. Software, die öffentliche Verwaltungen einkaufen oder
2681 entwickeln lassen, darf nur noch in Ausnahmefällen proprietär sein. Einmal
2682 entwickelte Programme können in anderen Verwaltungen und Kommunen ohne größere
2683 Zusatzkosten genutzt werden. Wir werden ein Recht auf Open Data schaffen und ein
2684 Transparenzgesetz: Bei öffentlichen Dienstleistungen und Verwaltungen anfallende
2685 Daten müssen anonymisiert kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Das gilt
2686 gleichermaßen für alle privaten Anbieter öffentlicher Leistungen. Auch die Ergebnisse
2687 öffentlich geförderter Forschung müssen kostenfrei öffentlich zugänglich sein (Open
2688 Access).
- 2689 • Zum Gemeinwohl gehören hohe IT-Sicherheitsstandards und Schutz vor digitaler
2690 Massenüberwachung durch Staat oder Konzerne. Deshalb wollen wir IT-
2691 Sicherheitsforschung entkriminalisieren, Sicherheitslücken ausnahmslos schließen und
2692 das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unabhängiger machen. Es muss
2693 auch Kommunen und kleine Unternehmen bei der IT-Sicherheit unterstützen. Den Einsatz
2694 von Staatstrojanern und Chat-Kontrollen lehnen wir ab. Sicherheitslücken dürfen nicht
2695 mehr absichtlich zu Überwachungszwecken offengehalten werden – sie stehen dann auch
2696 Kriminellen offen. Die Bundesnetzagentur braucht ausreichend Personal, um
2697 Verbraucherschutz und den Digital Services Act wirksam umzusetzen.
- 2698 • Der elektronische Personalausweis und die Gesundheitskarte müssen an eine physische
2699 Chipkarte gebunden bleiben. Bei Ausweisvorgängen im Internet dürfen keine Daten
2700 gespeichert werden.
- 2701 • Um Machtmissbrauch durch digitale Monopole zu verhindern, werden wir rechtliche
2702 Spielräume zur Zerschlagung der Monopole ausschöpfen, das Kartellrecht und seine
2703 Umsetzung stärken und personalisierte Onlinewerbung verbieten. Die Vorstellung von
2704 Daten als verkäuflichem Eigentum lehnen wir ab. Öffentliche und genossenschaftliche
2705 Plattformen für gemeinnützige Dienstleistungen und wirkliche soziale Netzwerke
2706 fördern wir als Alternative zu den profitorientierten Plattformen der
2707 Konzerngiganten.
- 2708 • Wir brauchen klare rechtliche Vorgaben, um den Energie- und Ressourcenverbrauch der
2709 Digitalisierung zu senken. Garantieplichten und Mindestupdatepflichten müssen
2710 deutlich verlängert werden, Softwareprogrammierung und Geräteeinstellung von Anfang
2711 an energiesparend sein, die Vorgaben für Rechenzentren verstärkt werden. Der Staat
2712 muss seinen Einfluss als großer Abnehmer nutzen, um soziale und ökologische Standards
2713 in den Lieferketten durchzusetzen. Einen Digitalzwang lehnen wir ab.
- 2714 • Die Bundesregierung muss Forschung zu sozialen und ökologischen Auswirkungen
2715 digitaler Technologien stärker fördern, damit wir informiert und demokratisch darüber
2716 entscheiden können, welche Technologien uns als Gesellschaft voranbringen und welche
2717 nicht hilfreich sind.

